Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 162 29.Januar 1977

D 1870 CX

* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 koln
der andere buchladen
zulpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

Einzelverkaufspreis:

1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse
auf das postscheckkonto:
frankfurter
informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen.
bitte genaue anschrift
und abonummer ange-
ben, gegebenenfalls
stichwort "neuabo" oder
"adressänderung".

INLAND

INTERNATIONALES

BERICHTIGUNG ZUM LETZTEN ID

Es geht um die verfluchte 27igste Seite des letzten ID, Nr. 161. Kennern wird aufgefallen sein, daß es genau dieselbe Seite 27 war, die schon im ID 160 zu finden war. Der Artikel über Faschismus in der Türkei wurde dadurch mittendrin abgebrochen. Irgendwie hatte sich der Film der Seite 27 (ID 160) unter das Lay-Out für ID 161 gemischt. In dieser Nummer also findet ihr die unterbliebene Seite 27 und zwar auf der diesnümmrigen Seite 27!

Im Stammheim-Bericht im ID 161 war der Wurm drin, oder wer auch immer. Es fängt schon bei der Überschrift an: um das Stammheimer Land r e c h t handelte es sich selbstverständlich.
Dann am Ende des ersten Abschnitts: Natürlich sollte die Verhandlung n i c h t am Ende des Verhandlungstages fortgesetzt werden.
Ganz und gar verkehrt dann im dritten Abschnitt: da stehen zwei einander widersprechende Versionen von Prinzings Abgang. Wir hatten bis nach Redaktionsschluß widersprüchliche Meldungen über den Hergang und so passierte es, daß die Version, nach der Prinzing zurückgetreten sei, sich selbst aber für nicht befangen erklärte, vor der richtigen Information, daß Prinzing zurückgetreten wurde, stehen blieb. Manchmal geht in jedem Arbeitsgang ein bischen was schief und raus kommt etwas ganz und gar Schiefes.

BETR.: SONDERNUMMER ZU KKW'S

FRANKFURT
26. Januar

Bei uns geben Bestellungen in großer Zahl für die Nummer 156/57 des ID ein. Eine zweite Auflage in Höhe von 1.000 Exemplaren ist in Sicht. Interessenten mögen sich doch bitte so schnell als möglich schriftlich melden — mit ungefährer Angabe der Bestellmenge. Der Preis ist variabel: Bei Bestellungen von mehr als 10 beträgt der Einkaufspreis 1,25 DM, der Verkaufspreis 1.50 DM. Bei Bestellungen von weniger als 10 Exemplaren kostet's 1.50 DM. Alle die, die schon bestellt haben, bitten wir um noch etwas Geduld.

STAATSANWALT WILL HERAUSGABE VON PRESSEFOTOS ERZWINGEN

ITZEHOE
23. Januar

Die schleswig-holsteinische Staatsanwaltschaft will die Herausgabe von Pressefotos über Teilnehmer an den Protestdemonstrationen in Brokdorf erzwingen. Der bei der Itzehoer Zeitung „Norddeutsche Rundschau" beschäftigte Redakteur Joachim Kohlstedt erhielt eine Vorladung für den 24. Januar. Er soll dann alle in seiner Redaktion vorliegenden Negative über die Brokdorf-Demonstrationen ausliefern. Der Journalist hat erklärt, daß er dieses Ansinnen zurückweise und notfalls in Beugehaft gehen werde. Er betrachtete das Vorgehen der Staatsanwaltschaft als einen Angriff auf die Pressefreiheit.
(aus: „Extra Dienst" 21.1.77)

DOKUMENTATION ÜBER FASCHIST RÖDER IN VORBEREITUNG

HAMBURG
25. Januar

Über die Aktivitäten der faschistischen Röder-Bande und deren Verbindungen zu anderen faschistischen Organisationen soll eine Dokumentation des Antifaschistischen Arbeitskreises informieren. Da die Materialsammlung kurz vor dem Abschluß ist, die Sammlung von Aktivitäten aber auch so umfangreich wie möglich sein soll, ruft die Gruppe noch einmal auf, verfügbares Material zu schikken.
Kontaktadresse: **Antifaschistischer Arbeitskreis, Postamt 36 — postlagernd — 2000 Hamburg 36.**

NEUE ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGENS BLATT

MÜNCHEN
25. Januar

Weil es Staatsanwalt und Kripo zu kalt und unfreundlich ist zu dieser Jahreszeit, haben sie sich gedacht: wärmen wir uns am BLATT. Gesagt — getan. 2 neue Ermittlungsverfahren schlüpften aus dem Eis:

BLATT 80: wegen Beleidigung des Herrn Richter Sauter in der Erklärung von Peter Schult.

BLATT 79: wegen jugendgefährdender Schrift (ihr erinnert euch: der Päderastie-Artikel, igittigitt!). Die Verfahren gegen die Kioske sind eingestellt worden, unsere Beschwerde gegen die Beschlagnahme wurde allerdings verworfen. So harren wir der Dinge, die da auf uns zu schlittern....
(aus: 86. BLATT, Stadtzeitung für München)

WIR SCHREIBEN FÜR DIE „KATZ"

KAISERSLAUTERN
26. Januar

Kaiserslauterns Alternative Zeitung (KATZ) ist mit der Nullnummer erschienen. Eine echte Verbreiterung der Alternativpresse.
Redaktionsanschrift: Villenstr. 11, 675 Kaiserslautern

Dr. Stoltenberg's Marsch-Milchschokolade.
Stolti
von strahlenden Kühen.

Für 40 Pfennig und bei Abnahme von mindesten 30 Stück für 30 Pfennig ist diese Postkarte zu kaufen. Der Erlös geht voll an die BUU zur Unterstützung des Kampfes gegen das KKW Brokdorf.
bei: Basisgruppe Oberstufenkolleg, c/o Hartmut Cieslo, Wertherstr. 432, 48 Bielefeld 1

COURAGE JETZT AUCH AM KIOSK

WESTBERLIN
24. Januar

Entgegen ihren kühnsten Hoffnungen, so schreiben die Courage-Frauen, ist es ihnen gelungen, in den Kioskhandel für Westdeutschland zu kommen. Ab der Februar-Nummer also, wird die Courage im gesamten Bundesgebiet an Zeitungskiosken verkauft. Bisher war die Frauenzeitung, die seit September 1976 monatlich erscheint (siehe ID 131) in der Bundesrepublik nur im linken Buchhandel und in Frauenbuchläden zu kaufen.

Einfach mal beim Kiosk umdie Ecke nachfragen, sollte sie nicht da sein, so kann der Kioskbesitzer bestellen bei:

Frauenbuchvertrieb Danielle de Baat, Laubacher Str. 6 1000 Berlin 33.

ZUM STREIK IN BERLIN

WESTBERLIN ÜBERSICHT
27.Januar

In Berlin (west) streiken zur Zeit die PH (Pädagogische Hochschule), die FHSS (Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik), die eFHSS (evangelische Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik), der ZBW (Zweiter Bildungsweg), verschiedene Fachbereiche der FU (Freie Universität), TU (Technische Universität), und der HDK (Hochschüle der Künste).

13JÄHRIGER SCHÜLER FESTGENOMMEN – POLIZEI-EINSATZ BEI AUSGELAGERTEN PH-SEMINAREN!

Seit Donnerstag letzter Woche wurden auf Anordnung des Senats über 50 Seminare an die 3. Dessauerstr. ausgelagert. Mehrere Einsatzwagen der Polizei sollten täglich dafür sorgen, daß die „lernwilligen" Studenten nicht durch Streikposten am Betreten des Gebäudes gehindert werden. Im Verlauf der letzten Woche und auch in dieser Woche beteiligte sich eine wachsende Anzahl von Schülern nach Schulschluß an Diskussionen mit Studenten.

Das nahm heute die Polizei zum Anlaß, einen Schüler mit auf das nächstliegende Revier zu nehmen, um ihn durch seinen Erziehungsberechtigten abholen zu lassen. Als einige Studenten und SChüler seine Entlassung auf dem Revier forderten, wurde ein Student herausgegriffen und seine Personalien festgehalten. Spontan zogen etwa 300 PH Studenten vor das Revier und drückten dort lautstrak ihren Protest aus. Der Schüler wurde erst nach etwa 1 Stunde wieder frei gelassen.

Zu dem Vorfall verfaßten die Schüler ein eigenes Flugblatt:

POLIZEI KLAUT SCHÜLER

„Gestern haben einige Schüler der SChule Dessauerstr. mit den streikenden Studenten der PH nach Schulschluß geredet, weil sie es in den Pausen und AUA-Stunden nicht dürfen. Dabei wurde ein Mitschüler von der Polizei „geklaut" und im Polizeiauto auf das Polizeirevier mitgenommen. Er hatte uns zuvor seine Meinung über die Polizei und die Streikbrecher gesagt, wie z.B.: „Wenn die Streikbrecher Lehrer werden, sollen sie Kotztüten mitbringen." Wir wollten auch von der Polizei wissen, warum sie hier sind, und stellten ihnen verschiedene Fragen: „Wissen Sie überhaupt, warum die von der PH streiken"? oder „Würden Sie auch die Knüppel einsetzen? " Auf sone Frage antworteten sie nicht oder wichen aus. Außerdem sagten die Polizisten zu den Studenten, sie sollen die Schüler wegschicken. Als das nicht sofort geschah, rempelten sie uns an und schleppten einen Schüler mit. Daraufhin sind ca. 12 Schüler und Stundenten zum Revier gegangen und forderten dort die sofortige Freilassung. Der Beamte drohte uns mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Beim Verlassen des Gebäudes nahmen sie einen Studenten fest. Dann sind wir zur PH gefahren und haben die Leute über den Vorfall informiert. Fast 300 Studenten sind dann zum Revier gegangen und haben in Sprechchören die sofortige Freilassung des Schülers verlangt. Kurz zuvor wurde der Student nach Überprüfung seiner Personalien wieder freigelassen.

WAS SAGT IHR DAZU,DASS DIE POLIZEI SOGAR GEGEN SCHÜLER VORGEHT, WEIL SIE NICHT WOLLEN, DASS WIR WISSEN, DASS DIE STREIKENDEN STUDENTEN RECHT HABEN.
BESPRECHT MIT LEHRERN, ELTERN, SCHÜLERN UND STUDENTEN DIESEN VORFALL!"

AUSLAGERUNGEN VON PH – SEMINAREN ERFOLGLOS!!!!!

Im ZUsammenhang mit dem Streik an der pädagogischen Hochschule, Berlin, der sich gegen politische Disziplinierung und Berufsverbote richtet, sollten auf Anordnung des Senators für Wissenschaft und Kunst seit Donnerstag letzter Woche über 50 Lehrveranstaltungen hauptsächlich an Steglitzer SChulen ausgelagert werden.

Die Auslagerung von Lehrveranstaltungen bedeutet, daß die Lehre der unmittelbaren Aufsicht des Staates unterstellt wird; d.h. daß Lehrveranstaltungen unter „Polizeischutz" und unter Einlaßkontrollen durchgeführt werden, sowie Verwaltungsbeamte angewiesen worden sind, Berichte über den Verlauf der Lehrveranstaltung und Vorkommnise an den Senat zu erstellen.

Unter diesen Bedingungen war die große Mehrheit unter den Studenten und ein Teil der Dozenten nicht bereit, Veranstaltungen durchzuführen. Die Maßnahmen des Senats verfehlten ihr Ziel.

Nur wenige Seminare fanden statt und auch diese nur mit geringer studentischer Beteiligung. In vielen Diskussionen mit Lehrern und Schülern konnten die Studenten für den Streik und ihre Forderungen eine breitere und interessierte Öffentlichkeit erreichen.

STREIKKURIER NR. 9 12.1.77

LEISTUNGEN NACH DEM BAFÖG KÖNNEN NICHT WEGEN EINES VORLESUNGSSTREIKS ZURÜCKGEFORDERT WERDEN!

In der letzten Zeit, u.a. ausgelöst durch den „Löffler-Brief" sind offensichtlich Befürchtungen unter den Studenten laut geworden, dass ihnen aufgrund des Streiks eine Rückzahlung der Bafög-Leistungen, im Zusammenhang mit einer Semesteraberkennung, auferlegt werden könnte. Einschlägige Überlegungen, den Streik durch Entzug der ohnehin kümmerlichsten Lebensquellen aus dem „Armutsförderungsgesetz" für Studenten und Schüler zu brechen, soll angeblich auch beim akademischen Senat ausgekocht werden. Es dürfte wohl ein kaum lösbares Prblem sein, Tausende von solidarischen Studenten zur Rückzahlung von bereits verbrauchten Leistungen zu zwingen. Im Übrigen wird der akademische Senat, wie auch wir, zu dem Ergebnis kommen, dass er an solch einem Vorgehen schon durch die höchstrichterliche Rechtsprechung gehindert ist.

Das BVerwG, 5. Senat, Urteil vom 17. 10. 76, VC 4173, war mit einem einschlägigen Fall beschäftigt. Der Fall kam natürlich aus Bayern. Das Amt für BAFöG hat von einem Studenten die Ausbildungsförderung zurückverlangt, weil er nachweislich, wie alle, an einem Vorlesungsstreik teilgenommen hatte. Das hat er auch nie geleugnet. Rechtsgrundlage dafür war § 20, Abs. 2 BAföG, der besagt, daß bei einer Unterbrechung der Ausbildung eine Rückforderung des Förderungsbetrags vorgenommen werden kann. Alle Instanzen, das VerwG, der bayrische VGH als auch das zitierte BVerwG gaben dem klagenden Studenten Recht, bzw. der beklagten Verwaltungsbehörde unrecht. Das BVerwG führte aus: „ Eine Vernachlässigung der Ausbildung durch Fernbleiben von Vorlesungen bei gleichzeitiger Teilnahme an Seminaren und Praktika stellt keine Unterbrechung der Ausbildung dar. Das gilt jedenfalls dann, wenn eine Pflicht zur Anwesenheit bei den belegten Vorlesungen nach der Ausbildungsordnung nicht bestand."

Das Gericht betont: „Es ist sogar üblich, sich gelegentlich das erforderliche Wissen anstatt durch den Besuch der Vorlesung durch Bücherstudium anzueignen." Häusliches Studium ist dem Besuch von Vorlesungen also gleichwertig. Nach dieser REchtsprechung muß folgendes gelten: Ein Vorlesungsstreik allein rechtfertigt die Einstellung oder Rückforderung von Leistungen nach dem BAföG

nicht. Der Nachweis, daß die Studienleistungen nicht erbracht wurden, dürfte der Verwaltung angesichts der Bedeutung des häuslichen Studiums in den meisten Fällen nicht gelingen. Anders liegt es dort, wo Praktika in den Prüfungsordnungen vorgesehen sind. Mediziner, Chemiker, Biologen usw. dürften bei der Notwendigkeit von Laborplätzen nur schwer beweisen können, daß sie auch zu Hause einen haben, an dem sie alles nachholen.

Einen Rettungsanker gibt es aber auch für sie: Sie könnten ja auch mit Gewalt daran gehindert worden sein, ihren Platz einzunehmen, was zumindest eine Überschreitung der Höchstförderungsdauer rechtfertigt. Denn eine Kollektivhaft kann es hier nicht geben. Die Verwaltung müßte jedem einzelnen fein säuberlich nachweisen, daß er bewußt gestreikt hat. In dem für die Ämter der BAföG Verwaltung richtungsweisenden Kommentar von Blanke Rothe wird auch, dieser REchtssprechung folgend, eine Sanktionierung eines hochschulpolitischen Streiks und das BAföG pauschal abgelehnt, mit der Begründung, daß gesellschaftspolitische Konflikte in anderer Weise beigelegt werden sollen. Dem ist fast nichts hinzuzufügen. Außer vielleicht der stärksten Versicherung an den Senat, daß seine Drohungen in dieser Richtung, Semesteraberkennung und BAföG-Streichung genau das Gegenteil bewirken müssen, als sie beabsichtigen.

ZENTRALE ÖFFENTLICHKEITS – AG

Wie vielleicht noch nicht alle wissen, besteht seit Dezember ein Plenum für alle Medien- und Öffentlichkeitsgruppen an Berliner Hochschulen. Dieses Plenum soll die Öffentlichkeitsarbeit im Streik a) innerhalb und zwischen den Hochschulen, b) nach außen, (bürgerliche Medien, andere Unis's , Bevölkerung) koordinieren und verbessern.

Ab Donnerstag haben wir ein Büro im Publizistischen Institut der FU am Rüdesheimer Platz. Es wird Werktags von 9 - 18 Uhr besetzt sein. Unter der Nummer 822 32 32 App. 38 können Video, Film Tonband u.a. -gruppen angefordert werden, um etwas aufzunehmen oder zu zeigen. Wir bauen außerdem ein Archiv für Fotos, Video und Filme auf. (Wobei diese Materialien natürlich nicht im Institut gelagert werden.) Schließlich soll das Büro auch als Informationsstelle für Journalisten dienen. Überhaupt soll dort alles zusammenlaufen, was an Öffentlichkeitsarbeit gemacht wird.

Vorläufige Materialliste:
Folgendes Material aus der letzten Streikphase ist zur Information bzw. Agitation auf Veranstaltungen (Feten, AG's, VV's usw.) brauchbar. Obwohl es zum größten Teil nur Informationswert hat, ist es nicht nur für Institute/FB's an FU, TU, PH und Fachhochschulen geeignet, die nicht gestreikt haben, da dort die Mobilisierung in letzter Zeit abbröckelte und es außerdem genug Leute gab, die nicht mitgemacht haben, weil sie mangels Information zu unsicher waren, als „Verspätete" einen Einstieg zu finden.

Videofilme:
Publizisten – „Was lange gärt, wird endlich Wut" (fertig zusammengestellter Film über die Streikbewegung, ca. 30 Min)
– Lämmert-Rede auf der Uni VV vom 6.12.76 nach dem Polizeieinsatz vorm Präsidialamt (ca. 30 Min)
– Tagesschau – Satire (20 Min)
– Interview mit Ingi Hoppe (Berufsverbot-Betroffener), nur bei ganz speziellen Interessen am Fall
– momentan wird noch ein Film zu Berufsverboten zusammengeschnitten, Termin der Fertigstellung ist noch ungewiß, wird dann bekanntgegeben
– Film über PH Streik

Tonbänder:
– SFB-Sendung der Publizisten zum Streik innerhalb der Sendereihe „Hochschule und Gesellschaft" vom 14.12.76 (30 Min)
– SFB- Sendung „Hochschule und Gesellschaft" vom 17. 12.76 enthält: Löffler Interview, Interview mit dem Chef der CARP Sekte in Westberlin und einen Beitrag zu der SChlägerei in Tübingen von der faschistischen Wehrsportgruppe Hoffmann (30 Min.)
– Band mit diesen beiden Sendungen, dazu ein Sketch über Radikale, Songs von Musikgruppen und die Rede Uwe Wesels in der Kirche.
– außerdem einige Stunden Mitschnitte verschiedener Art (z.B. Kirche), die allerdings noch nicht ausgewertet sind und deshalb auch nicht ausgeliehen werden.

Außerdem gibt es zahlreiche Theater- und Musikgruppen (Gewerbelehrer, Psychologen, Theaterwissenschaftler, Mediziner, Wiso)
In Arbeit sind ein Super-8-Film über den Streik, Videofilme über Christof und Peter und Berufsverbot.
In den nächsten Tagen wird eine kleine Pressedokumentation fertig, zur Berichterstattung im Tagesspiegel, Morgenpost und Spandauer Volksblatt.Wahrscheinlich ab 28.2.77 beginnt eine Fotoausstellung über den Streik in der Amerika-Gedenk-Bibliothek.

Am Freitag, den 14. 1. um 18.00 Uhr treffen wir uns wieder dann jeden Dienstag und Freitag um 18.oo Uhr. Alle, die mit Medien oder in Öffentlichkeits-AG's arbeiten sollten zu diesen Terminen ins Institut für Publizistik, Rüdesheimerstr. 1 kommen. Dort können auch 16 mm Filme und Videobänder zu anderen Themen (88a, Berufsverbote, Brokdorf usw.) vermittelt werden.

STREIK AUCH AN DER DEUTSCHEN FILM- UND FERNSEHAKADEMIE BERLIN

BERLIN
26. Januar

Auf der Vollversammlung am 13.1.77 haben die Studenten der Deutschen Film- und Fernsehakademie einstimmig beschlossen, ab Mittwoch, 19.1.77, in den aktiven Streik zu treten.
Löffler, Lämmer und Co. versuchen mit allen Mitteln durch
- Erpressung (Semesteraberkennung, Bafög-Abzug
- Drohung (Verhaftung von Streikräten, Polizeieinsätze in den Unis)
- Bestechung (Bafög-Erhöhung um DM 20,–)

die Streikfront der Berliner Studenten aufzubrechen.
Diesen Spaltungsversuchen wollen wir Geschlossenheit und eine Ausweitung der Streikfront entgegenstellen.
Wir verstehen unsere politische Filmarbeit als Beitrag zur Entwicklung einer demokratischen Medienöffentlichkeit. Dabei zeigen sich schon während unserer Ausbildung Schwierigkeiten, die die Arbeit unabhängiger politischer Filmemacher betrifft. So werden von uns hergestellte Filme in den Fernsehanstalten nicht oder nur teilweise übernommen, sowie durch Auflage von Selbstzensur inhaltlich entstellt. Die Zensurparagraphen §88a/130a sind ein weiterer Schritt, die Filmarbeit inhaltlich einzuengen. Im öffentlich-rechtlichen Bereich häufen sich die Fälle von Zensur und Repression. Um nur ein Beispiel zu nennen: ein Film über die Besetzung des LIP–Werkes der Filmemacherin Edith Schmidt im Auftrag des WDR wurde wegen Unausgewogenheit abgelehnt und die vorgeschossenen Produktionskosten eingeklagt, was einem praktischen Berufsverbot gleichkommt. Diese Repressions- und Zensurmassnahmen reihen sich in den allgemeinen Abbau demokratischer Rechte ein.

POLIZEI–EINSATZ AN DER FILMAKADEMIE

Seit Mittwoch, den 19.1.77, befinden sich die Studenten der Deutschen Film- und Fernsehakademie im aktiven Streik gegen Berufsverbote und für ihre soziale Absicherung.

Im Rahmen dieses aktiven Streiks wurden Film- und Wochenschaubeiträge über die Aktionen an den Berliner Hochschulen gedreht und Filmvorführungen organisiert. Am Donnerstagnachmittag kam die Antwort der Universitätsbüro-

kratie: In einem Telegramm wurde uns Drehverbot in Teilen der FU ausgesprochen. Damit soll ein wichtiges Mittel zur Gegenöffentlichkeit zerschlagen werden.

Die Auseinandersetzung spitzte sich letzten Freitag an der Akademie zu. Als die Studenten der DFFB ein Streiktransparent mit der Aufschrift "Filmstudenten streiken gegen Berufsverbote" am Haus befestigten, drohte Barsig (Intendant des SFB), der sich auf sein Hausrecht berief, das Transparent durch Polizeieinsatz entfernen zu lassen. Die Studenten bestanden jedoch weiterhin auf ihrem selbstverständlichen Recht, die Öffentlichkeit über ihren Streik zu informieren.

Daraufhin belegte Akademiedirektor Rathsack die Studenten mit

1. Verbot aller Produktionsmittel wie Filmgeräte, Schneideräume, Trickstudio usw. zu benutzen.
2. mit der Beschlagnahmung jeglichen Materials.

Rathsack wörtlich: "Die Akademie ist geschlossen."
Der Höhepunkt der Auseinandersetzung war der Auftritt von SFB-Intendant Barsig selbst. In Begleitung mehrerer Ziviler, versuchte er unter Polizeischutz das Transparent gewaltsam zu entfernen. Weil die Studenten Widerstand leisteten, gelang ihm das nicht. Daraufhin gab er den Bullen den Einsatzbefehl. Ein Teil des Transparentes wurde von ihnen beschlagnahmt.

Nach der Auseinandersetzung drohte Barsig allen Studenten der Akademie Berufsverbot an. Barsig wörtlich: "In meinem Sender werden sie alle hier keine Anstellung finden!"
Trotz Polizeieinsatz und Aussperrung geht unser Streik weiter.

Der Eingriff Barsigs, der Polizeieinsatz, die Aussperrungsmassnahmen an der Akademie sowie das Drehverbot durch die Universitätsbürokratie bilden einen massiven Angriff gegen die bestehende Streikfront an den Berliner Hochschulen.
Die Dokumentierung der Streikereignisse, die von verstärkten Polizeieinsätzen bestimmt sind, soll behindert werden.
Trotz der Aussperrung und der anderen Angriffe werden die streikenden Studenren der DFFB ihre Gegenöffentlichkeits keitsarbeit weiterführen. Wir versuchen mit allen Mitteln die teilweise abgedrehten Filmwochenschau fertigzustellen.
Ausserdem werden wir verstärkt Filmveranstaltungen durchführen.
Über weitere Kampfmassnahmen an der Akademie wird beraten.

Streikrat an der DFFB. Tel. 030/303 62 48

ZUM STREIK IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Resolution der Stuttgarter ASTEN-Konferenz

Stuttgart 26. Januar — Die ASTEN von den Hochschulen aus dem Großraum Stuttgart beschlossen folgende Resolution, einen Aufruf zur Demonstration in Stuttgart am 27. Januar, den wir hier gekürzt wiedergeben.

- Für die Zurücknahme der KuMi-Pläne zur Schließung der lehrerbildenden Uni-Fachbereiche, zur Schließung der Pädagogischen Hochschulen und der Sparmaßnahmen insgesamt
- Gegen die Hochschulformierung durch HRG und LHG
- Für 600,-- DM BAFöG und 1.200,-- DM Elternfreibetrag rückwirkend ab 1. 10. 1976 sowie eine Erhöhung auf 690,-- DM BAFöG und 1.400,-- DM Elternfreibetrag noch 1977
- Für den Erhalt und die gesetzliche Verankerung der verfaßten Studentenschaften mit politischem Mandat
- Kein Ordnungsrecht und keine Polizeieinsätze an den Hochschulen

Was das baden-württembergische Kultusministerium offensichtlich von langer Hand geplant hat und in den nächsten Monaten zur Realität werden soll, stellt den bisherigen Höhepunkt der kulturpolitischen Barbarei in der Bundesrepublik dar.

Laut dem geheimen Strukturplan des Kultusministeriums sollen an den Hochschulen des Landes insgesamt 1.390 Stellen gestrichen werden. Diese Streichungen sollen zu einer totalen Abschaffung der lehrerbildenden und großer Teile der gesellschaftswissenschaftlichen sowie medizinischen Fachbereiche an den Universitäten Mannheim, Konstanz, Karlsruhe, Stuttgart, Hohenheim und Heidelberg führen. Bis 31. 12. 1976 sollen 450, bis September 1977 weitere 450 und bis März 1978 abermals 490 Stellen gestrichen werden.

Bis September 1977 sollen an der Uni Stuttgart z. B. folgende Fachbereiche gestrichen werden: Anglistik, Romanistik, Germanistik, Geschichte, Politik, Biologie. Die zum Ausbau der Fachbereiche bisher investierten Mittel liegen brach. Millionen für Lehrmittel, Büchereien und die Ausbildung der Lehrkräfte wären zum Fenster hinausgeschmissen worden.

Dadurch werden auch Studenten von Musik- und Kunsthochschulen sowie aller Fachhochschulen betroffen, die an den Universitäten ihre Beifächer studieren.

Zudem plant die Landesregierung den drastischen Abbau der Kapazitäten an den Pädagogischen Hochschulen. Statt bisher 19.000 Studenten sollen in den nächsten Jahren höchstens noch 9.000, „besser" aber nur 6.000 an den Pädagogischen Hochschulen für einen späteren Lehrerberuf ausgebildet werden.

Die SAK (Stuttgarter ASten Konferenz) weist entschieden die Auffassung von Kultusminister Hahn, die nach den Stellenkürzungen errechnete Personalausstattung entspreche dem tatsächlichen Bedarf, als zynisch und den Interessen der arbeitenden Bevölkerung an einer ausreichenden Zahl von qualifizierten Ausgebildeten entgegengesetzt, zurück.

Einige Beschlüsse der ASTENkonferenz des Landes Baden-Württemberg

Am 27. Januar 1977 findet ein landesweiter Streik statt. An diesem Tag werden mindestens 6 regionale Demonstrationen durchgeführt (Mannheim, Stuttgart, Freiburg, Konstanz, Tübingen oder Reutlingen, Schwäbisch Gmünd).

Teilnahme der LandesASTENkonferenz an der Demo der GEW am 4. Februar 1977. Eine von der LAK zu bildende Verhandlungskommission setzt sich in Verhandlungen mit der GEW für eine gleichberechtigte Durchführung der Demo zwischen GEW und LAK ein.

Minimalforderungen der LAK sind, daß folgende Forderungen und Themenkomplexe in die Thematik der Demonstration aufgenommen werden:

- Lehrerarbeitslosigkeit
- Keine Stellenstreichungen im Bildungsbereich
- Weg mit den Berufsverboten
- Erhaltung der verfaßten Studentenschaft mit politischem und imperativem Mandat, Satzungshoheit und Beitragsautonomie

FDP und GdP fordern Polizeihochschule

Stuttgart/ Freiburg 21. Januar — Die unverzügliche Einrichtung einer Polizeifachhochschule in Baden Württemberg haben die Freien Demokraten und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) gefordert. Zugleich wurde endlich eine Entscheidung über den Standort dieser Bildungseinrichtung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst verlangt. Der GdP-Landesvorsitzende Dietrich Siemann betonte bei einer Veranstaltung seiner Organisation in Freiburg für die Verwaltung gebe es eine derartige Fachhochschule bereits seit sechs Jahren, und seine Gewerkschaft empfinde es als „eine grobe Benachteiligung", daß eine entsprechende Institution für die Polizei noch nicht bestehe. Der stellvertretende Landesvorsitzende Klaus Rösch unterstrich im Pressedienst des FDP-Landesverbandes, die Zeit für die Entscheidung für die Polizeifachhochschule sei „jetzt überreif", nachdem der Landtag bereits 1973 den Auftrag zur Erarbeitung eines Konzepts einstimmig erteilt habe.

aus der „Süddeutschen" vom 21. 1. 1977

LANDESDEMO GEGEN NEUES LANDESHOCHSCHULGESETZ

DÜSSELDORF 24. Januar — Am 19.1. war in Düsseldorf eine landesweite Demo gegen den Entwurf für ein nordrhein-westfälische Studentenschaftsgesetz, das vermutlich in den kommenden Semesterferien beschlossen werden soll. Dieses Gesetz ist offensichtlich ein vorgezogener Teil des Landeshochschulgesetzes und geht in der Frage der Verfaßten Studentenschaft auf „hochschulpolitische Belange" wie z.B. den Studentensport zu beschränken, imperatives Mandat abzuschaffen (von FVV's und SVV's ist keine Rede mehr), Haushaltspläne des Asta vom Landesrechnungshof und Satzungen von der Hochschulleitung absegnen zu lassen. Studentische Wahlen sollen erst ab einer Wahlbeteiligung von 40% gelten, bei Neuwahl 30%, wenn die nicht zustande kommen — Staatskommissar?

Bochumer, Wuppertaler, Essener, Dortmunder, Siegener, Münsteraner Studenten und was noch so dazwischen liegt, im ganzen mehrere Tausend (Zeitung: 4000, warn aber mehr), zogen durch die Düsseldorfer Altstadt zum Landtag, wo ein Go-in beim Rau stattfinden sollte. Aber der Landtag war abgeriegelt mit Gittern, Stacheldrahtrollen und (aber wohl nicht für uns) in einen „Bannkreis" geschlagen, in dem laut § .. das Beteiligen an einer öffentlichen Versammlung verboten ist. Wasserwerfer und berittene Polizei bewachten die heiligen Hallen, die dann auch in ihrer Ruhe belassen blieben. (zu deutsch: es wurde nicht gestürmt). Auf der Kundgebung vor dem Rathaus gab es Diskussionen mit Bullen, dann verlief sich alles in der Altstadt.
Solidarität ist unsere Kraft — für die verfaßte Studentenschaft! Und die Anerkennung des allgemeinpolitischen Mandats!

DISKUSSIONEN ÜBER KKW'S IM FACHBEREICH PHYSIK

FRANKFURT 26. Januar — Am 19. Januar wurde, wie im letzten ID berichtet, eine Physik-Vorlesung von Professor Bethge, der mit über 100 anderen Physikern zusammen einen offenen Brief an den Bundestag den weiteren Ausbau des Atomenergieprogramms gefordert hat, gestört. Da er nicht mit 16 als Leichen verkleideten Leuten diskutieren wollte, brach er die Vorlesung ab. Als er die Vorlesung wieder aufnehmen wollte, forderten die Studenten ihrerseits eine Diskussion. Bethge erklärte sich bereit, am 26. Januar über die Gründe, warum er den offenen Brief unterstützt hat, zu diskutieren. Er meinte, daß eine Kritik am Atomenergieprogramm nur auf Uniformiertheit beruhe.

Der anberaumte Termin fand nach der „Atomphysik"-Vorlesung statt. Die meisten der 80 Leute, die an der Vorlesung teilnahmen, blieben da; insgesamt kamen 150 Leute zu der Diskussion. Bethge setzte vor Beginn der Diskussion fest, daß er nur bereit wäre, fachliche Fragen zu beantworten. Zu den Gründen seiner Unterschrift wollte er entgegen seiner Äußerung letzter Woche keine Stellung nehmen, wenn sowas angesprochen würde, würde er sofort gehen. Diese Drohung wiederholte er während der Veranstaltung mehrmals. Zu seiner Unterstützung hatt er einen Herrn Schütze bestellt. der sich als Experte für Reaktorsicherheit vorstellte. Es stellte sich heraus, daß beide den meisten Fragen auswichen, bzw. einige falsch beantworteten.

Zu folgenden Fragen konnten sie keine zufriedenstellenden Antworten geben:
Endlagerung des hochradioaktiven Atommülls, die Vorfälle in Grundremmingen und Biblis, was mit den zu erwartenden KKW-Ruinen passiert, anfallende Strahelnbelastung außerhalb der KKW's bei normalem Betrieb und deren Auswirkung auf die Biosphäre.
Folgende Antworten sprechen für sich:
die Druckkessel, in denen die Kernreaktionen ablaufen, sind so entwickelt, daß sie nicht platzen, denn sie werden nach den Richtlinien des Verbandes der Großkesselbesitzer gebaut, wie uns Herr Schütze aufklärte. Darauf, daß das KKW Biblis schon zweimal aufgrund gerissener Kessel abgeschaltet werden mußte, erklärte Bethge: „da steckt man nicht drin, das kann bei einem von 35 durchaus vorkommen".
Schütze: „In der BRD gibt es keine KKW-Ruine". Nach dem Hinweis, daß in Bayern doch schon eine existiert, antwortete er: In der BRD gibt es genügend Ruinen , da kommt es auf eine mehr nicht an.

Nochmals angesprochen auf die Motivation für seine Unterschrift unter den offenen Brief meinte Bethge, er brauche sich vor Studenten nicht zu rechtfertigen und benutze diesen Anlaß sich der Diskussion zu entziehen und verließ eiligst den Saal.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß Bethge selbst zu sicherheitstechnischen Fragen wenig Ahnung hatte. Er kannte keine Studien über Reaktorsicherheit, obwohl er eigentlich darüber Informationen bieten wollte. Auch scheinen sich seine Gedanken mehr um die Finanzierung seiner Kernforschungswerke durch Bund und Industrie zu drehen, als um die Fragen um Sinn und Sicherheit von KKW's.

Die Betroffenheit der anwesenden Studenten zeigte sich darin, daß sich anschließend spontan eine Initiativgruppe bildete, die sich weiterhin hiermit und mit weiteren Aktionen beschäftigen wird.

EINE ANDERE SEITE DES KAPITELS „SAUBERE UNIVERSITÄT"! RATIONALISIERUNG IM REINIGUNGSDIENST

FRANKFURT 20. Januar — Im Kernbereich der Universität Frankfurt sind etwa 300 der etwa 1400 nichtwissenschaftlichen Universitätsbeschäftigten Arbeiter. Davon gehören über 100, also über ein Drittel, der niedrigsten Lohngruppe 2 an. Die meisten von ihnen sind Reinigungsfrauen. Je nach Anstellungsdauer beträgt der Lohn der Lohngruppe 2 zwischen 900.- und 1000.- DM Netto.

Nun wurde durch Erlaß des Hessischen Finanzministers vom 23.3.76 festgelegt, daß beim Reinigungsdienst in den Dienstgebäuden und -räumen „aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten grundsätzlich der Übergang von der Eigenreinigung zur Fremdreinigung zu vollziehen (ist). Dementsprechend dürfen keine neuen Reinigungskräfte mehr eingestellt und ausscheidende nicht mehr ersetzt werden. "

WAS BEDEUTET „FREMDREINIGUNG" DER UNIVERSITÄT?

Zweck der „Fremdreinigung" ist die Rationalisierung durch ungeheure Antreiberei und Herabsetzung des Lohns um 30 - 50 %. Dies soll an einem Beispiel veranschaulicht werden, das von Kollegi_nnen im Reinigungsdienst der Universität berichtet wurde: Die Fläche z.B., die vorher von einer bei der Universität angestellten Reinigungsfrau gereinigt wurde, der etwa 900.-DM ausgezahlt worden war, wird jetzt von einer Kollegin der Reinigungsfirma Krepp bearbeitet, die DM 180.- ausgezahlt bekommt. Sie muß dieselbe Arbeit etwa in einem Drittel der Zeit für einen Hungerstundenlohn verrichten. Sollte die Arbeit wegen der ungeheuren Arbeitshetze schlecht gemacht worden sein, und Anlaß einer Beschwerde seitens der Universität sein, so droht der Kollegin die sofortige Entlassung, wie in einem Fall bekannt. Ergebnis ist: Mit diesen Praktiken dürfte nicht nur der Profit der Reinigungskapitalisten beträchtlich sein, sondern auch der Einsparungseffekt des Landes Hessen. Inzwischen wird die Universität etwa zu 80 % von Reinigungsunternehmen gereinigt.

Niemand wird der Landesregierung und der Universitätsspitze abnehmen, daß sie von diesen Praktiken und den Hungerlöhnen nichts weiß. Pfeifen dies doch inzwischen die Spatzen von den Dächern, selbst in der Tagespresse ist davon zu lesen.

Von den Unternehmen, die Reinigungsaufträge von der UNiversität haben, waren bisher auszumachen:
– Robert Mayer, Glas- und Gebäudereinigungs KG (z.B. Niederursel—
– Bruno Krepp (z.B. Uni-Kliniken)
—Walter Giese (z.B. Kernbereich, Kliniken)
– Immerblank (Glasreinigung)
– Reinigungsdienst Rhein-Mein K.Geins KG

2 UNTERNEHMEN TREIBEN ES DABEI BESONDERS TOLL:

1. Besonders verrufen unter den Reinigungsfrauen ist die Firma Bruno Krepp. Sie stellt ohne Papiere ein und spart dadurch Versicherung und Steuer. Einer Reinigungsfrau zahlt Kapitalist Krepp für täglich 4 Stunden Arbeit DM 250.- monatlich, das macht einen Stundenlohn von etwa 4.-DM (der niedrigste Stundenlohn der Lohngruppe 2 ist dagegen mit DM 7.87 angegeben). Wie andere Reinigungsunternehmer auch beschäftigt Krepp fast nur ausländische Kolleginnen, die häufig darauf angewiesen sind, jede Arbeit anzunehmen, in der Hoffnung, Zeit zu gewinnen, sich nach andere Arbeit umzusehen. Häufig sind auch Reinigungsfrauen im ö.D. wegen des niedrigen Lohns dringend auf eine bezahlte Nebentätigkeit bei so einem Unternehmen angewiesen. Wer nicht rausfliegen will, so wurde uns über die Firma Krepp berichtet, muß von seinem niedrigen Lohn auch noch die als Vorarbeiter eingesetzten Antreiber mit DM 10.- — 20.- bestechen, damit sie die Arbeit nicht nachträglich noch schlecht machen, was zur Entlassung führt.

2. Firma Walter Giese: Sie ist inzwischen schon durch die Tagespresse bekannt-berüchtigt. Erst am 22.12.76 stand in der Frankfurrter Rundschau zu lesen: „Horst Ausschill, prominenter SPD-Politiker und Chef des Glas und Gebäudereinigunsgunternehmens Walter Giese und Co KG, wird von seinem Betriebsrat und der Gewerkschaft unsoziales Verhalten vorgeworfen... Wie mehrfach berichtet, waren die Sozialdemokraten in Hessen sowie Ausschill in der Öffentlichkeit kritisiert worden, weil der SPD-Unternehmer bevorzugt worden sein soll: demnach habe er als Vertriebener vom hessischen Sozialministerium Bescheinigungen erhalten, die ihm öffentliche Aufträge bevorzugt einbrachten. Ausschills Reinigungsimperium mit heute 7000 Beschäftigten bekam auch vor 5 Jahren den Zuschlag von der Flughafen AG (FAG) sowohl zum Säubern von Flugzeugkabinen alsauch der Flughafengebäude. Der „KAbinenauftrag" läuft am 31. Dezember dieses Jahres ab. Die FAG kündigte inzwischen der Vertrag und schrieb ihn neu aus... Horst Ausschill hatte den etwa 300 überwiegend weiblichen und ausländischen Arbeitnehmern allerdings — wie er sagt— vorsorglich vor Bekanntwerden der Ausschreibung gekündigt."

Die Art und Weise, die von ihm beschäftigten Arbeiter loszuwerden, paßt dabei ganz zu der Methode, an sie heranzukommen. Eine portug. Kollegin, die etwa 2 1/2 Jahre bei der Firma Giese geschafft hat, berichtete: Giese holt seine Arbeitskräfte u.a. direkt aus Portugal, stellt ihnen dort Arbeitspapiere aus, bezahlt ihnen den Flug nach Westdeutschland und läßt sie dann wie z.B. diese Kollegin für DM 650.- bis 700.- (netto) 45 Stunden in der Woche arbeiten: Montag bis Freitag 8 Stunden, Samstag 4 Stunden und jeden 2. Sonntag noch einmal 3 Stunden. (Unter diesen Bedingungen arbeiten gegenwärtig mindesten noch 30 Kollegen in der Uniklinik zu einem Stundenlohn von etwa DM 3.50 netto).

Daß der staatliche Dienstherr auf diese Art und Weise viel Geld für andere Zwecke freibekommt, ist leicht einzusehen. Sofern er noch einige Reinigungskräfte beschäftigt, zahlt er ihnen einen so niedrigen Lohn, daß diese sich gezwungen sehen, sich zu bezahlter Nebentätigkeit bei Reinigungskapitalisten zu verdingen.

Die ÖTV-Betriebsgruppe Universität Kernbereich sieht es als ihre Aufgabe, eine weiter Anwendung des Reinigungserlasseszu verhindern. Dazu ist es notwendig, daß alle Kollegen, die zusätzliche Informationen über die Arbeitsbedingungen der Firmen zu wissen, diese der Betriebsgruppe mitteilen. Es muß eine öffentliche Meinung geschaffen werden, die einen günstigen Boden dafür bereitet, diese Rationalisierungsmaßnahme erfolgreich zurückzuschlagen.

aus: Flugblatt der ÖTV-Betriebsgruppe Universität (Kernbereich)

LETZE FRANKFURTER KURZNACHRICHTEN

FRANKFURT 27. Januar — Donnerstagmorgen wurde ein Informations fest von Studenten des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften durch einen massiver Polizeieinsatz auseinandergetrieben und das Hörsaalgebäude abgeriegelt. Daraufhin bildete sich ein Demonstrationszug, der von den Ordnungskräften jedoch daran gehindert wurde, das Unigelände zu verlassen. Auf einer Uni VV in der Mensa gegen Mittag und anschließenden Versammlungen von Aktionsgruppen der einzelnen Fachbereiche wurden dann weitere Aktionen für die nächsten Tage geplant. Nächste Woche sollen Fachbereichsvollversammlungen und eine Uni-VV stattfinden, die die Frage eines Uni-Streiks diskutieren sollen.

Auch an Frankfurts Schulen gärt es. Abendgymnasium und Schüler der Hermann Hesse Schule befinden sich im Streik.

• • • • • •

25 Bewohner des besetzten, ehemals katholischen Jugendwohnheims am Ziegelhüttenweg besetzten am Donnerstag das Büro des Frankfurter Jugendamtsleiters Faller, der leider in Urlaub war. Sie forderten, daß die Stadt dringend notwendige Reparaturen in ihrem Haus durchführen solle (vor einigen Tagen waren mehrere Wasser- und Heizungsrohre geplatzt, die Feuerwehr pumpte den Keller aus und sperrte ‚Sicherheitshalber' sämtliche Wasser- und Gasanschlüsse), außerdem wollten die Jugendlichen, daß die Stadt für die Heiz- und Stromkosten aufkommt.

Ende Dezember hatte der alte Träger, die katholische Kirche, den Stadtwerken erklärt, daß er die Rechnung nicht mehr bezahlen wolle und seitdem droht den Jugendlichen

ständig eine totale Strom-, Gas- und Wassersperre, also ein Rausschmiß auf Umwegen.

Nach vier Stunden rief der zuständige Bürgermeister die Bullen und erstattete gegen die Jugendlichen Anzeige wegen ‚Hausfriedensbruch'. Zehn Jugendliche wurden vorläufig festgenommen.

WIE EIN GEDICHT

BERLIN 20. Januar *Studenten demonstrierten mit Sex, Schnaps und Musik.*

an der berliner uni
wird seit drei wochen
mehr demonstriert
gefeiert
und getrunken als gelehrt

fast alle fachbereiche
von den medizinern
bis hin zu den
geschichtswissenschaftlern
werden bestreikt
oder boykottiert

der höhepunkt
der unruhen an der fu
fand gestern abend
in der city von berlin
statt

rund 15000 demonstranten
zogen singend
gitarre spielend
tamburine und trommeln schlagend
mit kind und kegel
von der grunewald-ecke
potsdamer straße über
die nürnberger und tauentzienstraße
zum wittenbergplatz

es war wie auf dem karneval
immer wieder versuchten
anheizer mit sprechtüten
den massen
neue parolen einzuhämmern
kinder schrien
bei den männern ging
die schnapsflasche rum
hunderte von autofahrern
die von der arbeit
nach hause wollten
veranstalteten hupkonzerte

auf dem wittenbergplatz
war schluß
fackeln beleuchteten
eine gespenstische szene
männer und frauen
tanzten wie toll
der wein lief in strömen
eine parole
erfüllte sich:
happy strike —
glücklicher streik

auch auf dem uni-gelände
war die hölle los
im fachbereich der
wirtschaftswissenschaftler
wurde eine
lust-fete
vorbereitet
die streikenden
darunter viele
mitglieder der
extrem-radikalen kpd/ml
berauschten sich
bei einer „siegesparty"
im hörsaal
an der garystraße

einzige gewinner
der aktionen:
die würstchenbuden
überall
wo gestreikt
oder gefeiert wurde
standen bis zu
hundert menschen
nach einer
currywurst mit salat
an...

Ob Ihr es nun glaubt oder nicht: das ist wortwörtlich der Text eines Artikels aus der Bild-Zeitung vom 2.12.76 über den Streik an den Westberliner Hochschulen und der Demonstration der über 22000 gegen Berufsverbote und politische Unterdrückung am 1.12.76. Es wurde kein Wort weggelassen oder hinzugefügt. Deshalb vergeßt nicht und habt acht: der Faschismus kommt nicht über Nacht!

In weißen Kitteln, die Gesichter mit riesigen Pflastern beklebt, zogen die demonstrierenden Studenten mit großen Transparenten zum Wittenbergplatz.

Studenten demonstrierten mit Sex, Schnaps und Musik

rb. **Berlin, 2. Dezember**
An der Berliner Uni wird seit drei Wochen mehr demonstriert, gefeiert und getrunken als gelehrt. Fast alle Fachbereiche, von den Medizinern bis hin zu den Geschichtswissenschaftlern, werden bestreikt oder boykottiert. Der Höhepunkt der Unruhen an der FU fand gestern abend in der City von Berlin statt.

Rund 15 000 Demonstranten zogen singend, Gitarre spielend, Tamburine und Trommeln schlagend, mit Kind und Kegel von der Grunewald- Ecke Potsdamer Straße über die Nürnberger und Tauentzienstraße zum Wittenbergplatz.

Es war wie auf dem Karneval: Immer wieder versuchten Anheizer mit Sprechtüten den Massen neue Parolen einzuhämmern. Kinder schrien, bei den Männern ging die Schnapsflasche rum, Hunderte von Autofahrern, die von der Arbeit nach Hause wollten, veranstalteten Hupkonzerte.

Auf dem Wittenbergplatz war Schluß. Fackeln beleuchteten eine gespenstische Szene: Männer und Frauen tanzten wie toll, der Wein lief in Strömen. Eine Parole erfüllte sich: Happy strike — glücklicher Streik.

Auch auf dem Uni-Gelände war die Hölle los. Im Fachbereich der Wirtschaftswissenschaftler wurde eine Lust-Fete vorbereitet.

Die Streikenden, darunter viele Mitglieder der extrem-radikalen KPD/LM, berauschten sich bei einer „Siegesparty" im Hörsaal an der Garystraße.

Einzige Gewinner der Aktionen: die Würstchenbuden. Überall, wo **gestreikt oder gefeiert wurde,** standen bis zu hundert Menschen nach einer Currywurst mit Salat an...

DRITTES TREFFEN DER ALTERNATIV PRESSE

HANNOVER 23.Januar Am Wochenende vom 21. auf den 23.Januar hat das dritte Treffen der alternativen Presse stattgefunden. Teilgenommen haben ca. 20 Projekte aus der gesamten BRD. Wie nach dem zweiten (Kasseler) Treffen wollen wir kein vollständiges Protokoll veröffentlichen sondern nur auf die Schwerpunkte und Beschlüsse eingehen.

Eine Reihe von Volksblättern aus Nordrhein-Westfalen,mit denen es beim letzten Treff in Kassel kontroverse Diskussionen gab, waren in Hannover nicht anwesend. Um Spekulationen vorzubeugen, wurde vom Plenum ein Brief verabschiedet, in dem sie aufgefordert werden, sich weiter an der Diskussion der überregionalen Zusammenarbeit zu beteiligen und ihre Einschätzungen offenzulegen. Als Grundlage werden in dem Brief vier Punkte formuliert, die als Konsens der in Hannover versammelten Alternativzeitungen über eine Koordinierung im Bereich Gegenöffentlichkeit zur Diskussion stehen:

"1. Publizistisch werden Themen und politische Zusammenhänge aufgegriffen, über die die bürgerliche Presse schweigt oder die sie entstellt. Wir schaffen uns unsere eigenen Medien, in denen wir uns außerhalb der Zwänge der bürgerlichen Öffentlichkeit artikulieren und Nachrichten und Diskussionen verbreiten.

2. Politisch stellen wir die Kommunikation und den Informationsfluß unter den Gruppen und Initiativen her, indem wir Erfahrungen von linker Basisarbeit vermitteln und austauschen. Unsere politische Handlungsfähigkeit setzt eine selbstgeschaffene Infrastruktur voraus, in der die Alternativzeitungen eine wichtige Funktion einnehmen.

3. Thematisch suchen wir in einer von allen Zeitungen getragenen überregionalen Seite den Konsens über aktuelle politische Entwicklungen, um mit der Veröffentlichung von Schwerpunkt-themen unsere Kräfte gemeinsam einzusetzen.

4. Um uns vor staatlichen Eingriffen (Beschlagnahmung,Gerichtsverfahren etc.) zu schützen und um den Mechanismus der Selbstzensur vorzubeugen, wird mit dem Solidaritätsfond und durch gemeinsamen Abdruck der angegriffenen Veröffentlichung die Zeitung unterstützt, die ins Schußfeld der Zensurbehörden gekommen ist." (Auszug aus dem offenen Brief)

Einige Leute von den Zeitungen Klüngelkerl (Dortmund), Hildesheimer Initiativzeitung, Blatt,Provinz (Wiesbaden) und ID wollen mit den ferngebliebenen Blättern einen Termin ausmachen, um zu klären, wie eine weitere Zusammenarbeit aussehen kann.

DER SOLIDARITÄTSFOND

Über eine vertragliche Fassung wurde nur kurz diskutiert und auch keine Einigkeit erreicht. Der Punkt ist noch nicht erledigt und wird auf dem nächsten Treffen noch mal anstehen.

Bis dahin wird der zusammengekommene Betrag und bis zum nächsten Treffen eingehendes Geld vom ID (Tom) verwaltet. Die Kontobezeichnung des Solidaritätsfonds lautet nach wie vor:
Thomas Meusert,Zeitungssolidaritätsfond,Postscheckkonto-Nummer 332190 – 604,Postscheckamt Frankfurt.
Bisher sind 2.488,25 DM auf dem Konto eingetroffen. Darunter zwei Spenden zu je 500,-.Eine genaue Übersicht über die Beteiligung am Fond findet sich in diesem ID auf der Liste der Alternativzeitungen. All denen, die sich in Zukunft am Fond beteiligen wollen, ist ein Dauerauftrag zu empfehlen. Auch wäre es gut, genaue Angaben über die Höhe des monatlichen Beitrags zu machen, da sonst Mißverständnisse entstehen können.

ÜBERREGIONALE SEITE

Der Ansatz wird weiterentwickelt. Durch das große Engagement in der Anti-KKW-Bewegung, besonders bei Brokdorf,ist es relativ problemlos gewesen, die Absprache über eine gemeinsame KKW-Seite im Dezember einzuhalten. Das betrifft vor allem die Vorbereitungsgruppen, die die allgemeinen Beiträge verfassen sollten.

Die Hamburger Gruppe hatte mit dem Beitrag für die Januar-Nummer (= Reaktion der bürgerlichen Medien auf die Alternativ-Presse) schon größere Schwierigkeiten. Es zeigte sich, daß die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Projekten allein durch die Existenz der überregionalen Seite nicht verbessert wird, wenn zwischen den großen Treffen – in ungefähr vierteljährlichem Abstand – die Zusammenarbeit so gering wie gegenwärtig ist.

Deshalb wurde vorgeschlagen, daß die Schwerpunktthemen von den Gruppen, die sie übernehmen, in direkter Zusammenarbeit mit den regional benachbarten Projekten diskutiert und erarbeitet werden. So soll der Bericht zum Schwerpunktthema ‚Werkschutz' vom ID in Zusammenarbeit mit ‚Provinz' und ‚Pflasterstrand' entstehen.

Die Berichte zu überregionalen Seiten müssen spätestens am 15. des Monats verschickt werden, damit sie zum Redaktionsschluß rechtzeitig vorliegen!

Für die nächsten Monate wurden folgende Schwerpunktthemen vereinbart:

WERKSCHUTZ

Das Material zum Schwerpunkt Werkschutz sammelt der ID und der Arbeiterkampf – es soll bis Ende Januar einer der beiden Redaktionen zugeschickt werden. Das vom ID und Arbeiterkampf bearbeitete Material soll spätestens 15.Februar in den Redaktionen der Alternativzeitungen sein. Veröffentlicht werden soll es im **März**.

KNAST

Sammler und Auswerter des Materials: Info BUG und Blatt – bis zum 28.Februar beliefern. Ausgewertetes Material bis zum 15.März in die Redaktionen.Veröffentlichungsmonat:**April**.

NEOFASCHISMUS IN DER BRD

Sammler und Auswerter des Materials: Arbeiterkampf – bis 31.März. Das ausgewertete Material soll auf dem nächsten Treffen in Frankfurt diskutiert werden und dann der Termin der Veröffentlichung festgelegt werden.

Vorschläge für weitere Schwerpunkte waren: Frauen; Psychiatrie

NÄCHSTES TREFFEN

Der Termin wurde auf den 22.-24.April festgelegt. Ort: Frankfurt/Wiesbaden. Die Vorbereitungsgruppe dafür besteht aus ID/Provinz/Pflasterstrand.

Aus den Fehlern lernen: Es fehlte bei den ersten Treffen eine Strukturierung der Themen und Diskussionen nach unseren gemeinsamen Interessen. Diese müssen erst einmal ermittelt werden und wegen der Kürze der Zeit auch eine Beschränkung auf Schwerpunkte beschlossen werden.
Vorschläge fürs nächste Mal: die Projekte schicken an den ID eine Wunschliste mit Themen und Thesen und kurzen Beiträgen dazu. Einsendeschluß ist der 15.März. Die eingegangenen Wunschlisten werden von der Vorbereitungsgruppe durchgesehen und ein Arbeitsgruppenplan auf dieser Grundlage zusammengestellt.

Die Arbeitsgruppenvorschläge inclusive Beiträge dazu werden dann wieder rechtzeitig an die Projekte zurückgeschickt.

ADRESSEN VOM TREFFEN DER ALTERNATIVPRESSE IN HANNOVER

Aufgeführt sind **Name, Auflage, Adresse, Telefon, Erscheinungsweise** und **Redaktionsschluß** (Rs). Zeitungen, die am **Solidaritätsfondu (PSchKto Nr. Ffm 33 21 90- 604)** teilnehmen wollen, sind mit „ja" vermerkt, die, die schon Zutaten in den Topf geworfen haben, mit „bez". Diese Zeitungen wollen an einer monatlichen gemeinsamen Seite arbeiten und verzichten auf Copyright untereinander. Zeitungen ,die in Hannover nicht vertreten waren, sind mit einem (x) gekennzeichnet.

Blatt – Stadtzeitung für München 12.500
Adelgundenstr. 18
8000 München 22 Tel.: 089 / 223 221
14-tägig mittwochs, Rs Freitag vor Erscheinen Sol.bez.

Chaos –Jugendzeitung für Nenndorf und Umgebung 350
Schillerstr. 26
3052 Bad Nenndorf Tel.: 05723 / 32 96
erscheint unregelmäßig, gilt auch für Rs Sol.ab jetzt

Die Zeitung – Jugendzeitung Lübeck (x) 500
Michael W.Schorsch, Lachswehrallee 7
2400 Lübeck Tel.: 0451 / 85 30 8
erscheint unregelmäßig Sol.ja

Fragezeichen – Stadtzeitung für Hannover 1200 –1500
Internationalismus Buchladen, Postfach 3003
3000 Hannover Tel.: 0511 / 17 17 3
monatlich zum 1.,Rs bis zum 15 oder 20. Sol.bez.

Giessener Anzünder (x) 800
c/o Jürgen Walter, Wilhelmstr. 13
6300 Gießen Tel.: 0641 / 7 61 51
erscheint unregelmäßig, gilt auch für Rs Sol.ja

Graswurzelrevolution (x) 3.000
c/o Conni Nath, Speckstr. 8
3400 Göttingen
monatlich, Rs Monatmitte ? ? nicht bez

Große Freiheit – Stadtzeitung für Hamburg und Umgeb. 5.000
Buchladen „Hälfte des Himmels", Schlüterstr. 79
2000 Hamburg Tel.: 040 / 41 6 42 62
monatlich zum 15., Rs Monatsanfang Sol.bez.

Hagener VolksBlatt e.V. (x) 2.000
c/o Jörg hoppe, Buscheystr. 56
5800 Hagen
monatlich zum Monatsanfang, Rs Monatsmitte Sol.ja

Hildesheimer Initiativ Zeitung 1.000
Margit hilbig, Ahornweg 23 32153
3200 Hildesheim Tel.: 05121 / 43570
monatlich zum M.anfang, Rs Monatsmitte Sol.ja

Info-BUG (Berliner Undogmatischer Gruppen) 3.300
c/o Sozialistisches Zentrum, Stephanstr. 60
1000 Berlin 21 kein Telefon
wöchentlich am Montag, Rs Freitag, ganz aktuelle:Sonntag Sol.bez.

Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten
Postfach 90 03 43 4.500
6000 Frankfurt 90 Tel.: 0611 / 70 43 52
wöchentlich montags, Rs Donnerstag 16 Uhr Sol.bez.

Jedermann
Gasthof Alte Post
8991 Hergensweiler
erscheint monatlich, überregional,Rs jeweils 15. d. M. ? ?

Klenkes – Zeitung Aachener Bürgerinitiativen (x) 4.000
Oppenhoffallee 107
5100 Aachen Tel.: 0241 / 50 77 66
monatlich, Rs 20. d. Vormonats, Treffen 4x monatl. Sol.bez.

Klüngelkerl – Dortmunder Volksblatt 3.500
Ostermarschstr. 3
4600 Dortmund 1 Tel.: 0231 / 83 14 06
monatlich, Rs 15. d. Vormonats Sol.ja

Knipperdolling 1.000
D. Schnack, Schillerstr. 74a
4400 Münster Tel.: 0251 / 66 12 17
monatlich zum 1. Sol.bez.

Kölner VolksBlatt (x) 7.ooo - 10.000
Hohenzollernring 97
5000 Köln Tel.: 0221 / 52 97 94
monatlich zum 1., Rs zum 15. d. Vormonats ? ?

Kompost – Grüne Kraft (x) 3.500 Herbst, 5.000 Winter
W. Pieper
6941 Löhrbach im Odenwald kein Telefon
4x im Jahr zu den Zeitenwenden, Rs 4 Wochen vorher Sol.bez.

Kriewelsches 1.000
c/o Th. Mostertz, Oranienring 62
4150 Krefeld Tel.: 02151 / 27 44 8
erscheint unregelmäßig, nächste wahrsch. Februar ? ?

Oh wie schön (x) 1.500
Aktion Politischer Buchladen, Nauklerstr. 20
7400 Tübingen
monatlich, Rs am 20.des Vormonats Sol.bez.

Pflasterstrand (x) 2.500
c/o Kulturzentrum, Kurfürstenstr. 16
6000 Frankfurt 90
14-tägig am Mittwoch, Rs Freitag vor Erscheinen Sol.ja

Provinz – Stadtzeitung für Wiesbaden & Mainz 2.000
Adlerstr. 30 (Gerard 06131/363346)
6200 Wiesbaden (Günther 6121/307390)
monatlich zum 1., Rs bis zum 15. Sol.bez.

Radikal – Verlag Gruppe A 3.000
Gustav- Müller-Str. 46 (821 06 41)
1000 Berlin 62 Tel.: 030 / 784 78 87
14-tägig, Rs jeden zweiten Sonntag Sol.bez.

s' Blättle – Stadtzeitung für Stuttgart und Umgebung 17.00
c/o Baumreute 34
7000 Stuttgart 1 Tel.: 0711 / 60 64 57
monatlich am 1. Sonntag, Rs 10 Tage vorher Sol.ja

Schnürschuh – Stadtzeitung für Bremen 600
Fedelhören 43
2800 Bremen 1 Tel.: 0421 / 37 06 10
monatlich, Rs jeweils am 20. d. M. ? ?

Sponti-Info – Nürnberg/Erlangen 600
c/o Bücherkiste, Jakobstr. 26
8500 Nürnberg
monatlich unregelmäßig Sol.ja

Stadtzeitung für Freiburg 2.500
Adlerstr. 5
7800 Freiburg Tel.: 0761 / 336 50
monatlich zum 1., Rs 18. bis 20. d. Vormonats Sol.

Stad(t)tzeitung in und um Kassel 3.300
Zeche-Marie-Weg 7 (ab 15.4.: Bebelplatz 149)
3500 Kassel Tel.: 0561 / 40 31 44
monatl. zum 1. Rs 20. (ab Mai 14-tägig, Rs Do vor Er.) Sol.bez.

Stadtzeitung Saarbrücken 1.500
Jens Jakobi, St.Johanner-Markt 21
6600 Saarbrücken Tel.: 0681 / 3 72 46
etwa alle 2 Monate, geplant monatlich, Rs am 20. Sol.bez.

Volksfoto (x) 500
c/o Produzentengalerie, Schaperstr. 19
1000 Berlin 15 Tel.: 030 / 881 74 31
4x im Jahr ? ?

Was lefft – Erlanger Stadtzeitung 1.500
Altstädter Kirchplatz 7
8520 Erlangen Tel.: 09131 / 27789
monatlich zum 1., Rs vor dem 25. Sol.ja

Wat löppt (x) 2.000
Luisenstr. 100
5600 Wuppertal 1 Tel.: 0931 / 43 50 50
monatlich nein

Würzburger Alternative 500
Ali Schuster, Spessartstr.49
8700 Würzburg Tel.: 0931 / 41 23 48
monatlich im Semester Sol.bez.

INITIATIVEN:

Löwenzahn, c/o Dave Suchmann, Baurat-Gerber-Str..7, 34 Göttingen
Stadtblatt, Helma Ossenkopp, Luisenstr. 19 , 48 Bielefeld 1
Stadtzeitung, Ottmar Gendera, Burgstr. 17, 34 Göttingen
Zeitungsinitiative, Wohngemeinschaft, Düsseldorfer Str.128, 433 Mülheim Tel.: 0208 / 48 12 29

Arbeiterkampf – Zeitung des Komm. Bundes 18.000
Lerchenstr. 75
2000 Hamburg 50 Tel.: 040 / 43 53 46
14-tägig, Rs 8 Tage vorher, in aktuellen Fällen bis 2 Tage

DRITTER VERHANDLUNGSTAG IM PROZESS GEGEN K.H.ROTH UND R.OTTO

KÖLN 25.Januar Zu Beginn der Verhandlung verlas Dr.Draber wieder wie üblich eine ärztliche Bescheinigung vom 25.1.77, unterzeichnet von den Anstaltsärzten der JVA Bochum Dr.Hoffmann und Dr.Uhlenbruch, mit dem Inhalt, daß Karl-Heinz Roth verhandlungsfähig sei.

RA Hannover erinnerte anschließend an den Antrag der Roth-Verteidigung vom 20.1.77,Prof.Dr.Beck als Sachverständigen zu bestellen zur gutachterlichen Klärung der Fragen, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang Karl-Heinz haft- und verhandlungsfähig sei, ob und in welcher Weise Karl-Heinz transportiert werden könne.
Draber, der am 2.Verhandlungstag noch angeregt hatte, alle Anträge der Verteidigung zu diesem Punkt schriftlich bis Freitag, den 21.1.77 zu stellen, bestand nun darauf, daß der Antrag mündlich in der Hauptverhandlung gestellt werde.

Hannover wiederholte seinen Antrag. Nach Beratung wurde der Antrag insoweit zurückgewiesen, wie die Frage der Verhandlungsfähigkeit für den heutigen Tag angesprochen sei. Im übrigen wurde der Antrag zurückgestellt.

Danach folgten die Ablehnungsanträge gegen die Richter Draber und Eggeling. Der Ablehnungsantrag gegen Draber wurde begründet aus seinem Verhalten gegenüber den Verteidigern von K.H.Roth vor Beginn der Hauptverhandlung, in der Hauptverhandlung und desweiteren mit seiner Verantwortlichkeit für die Haftbedingungen von K.H.Roth und seine mangelhafte medizinische Versorgung.

Der Ablehnungsantrag gegen Richter Eggeling wurde begründet aus der Tatsache, daß er am 17.1.77 in einer Verhandlungspause dem Otto-Verteidiger RA Niepel erklärte, er billige das von Niepel als rechtswidrig bezeichnete Verhalten seines Vorsitzenden Draber und sehe sich daher nicht veranlaßt, dagegen einzuschreiten.

RA Hannover führte aus: Draber behinderte die Verteidigung vor der Hauptverhandlung, indem er ihm eine Sprecherlaubnis trotz vorgelegter Vollmacht über längere Zeit verweigerte, desweiteren indem er die Termine der Hauptverhandlung nicht mit den Verteidigern abstimmte. In der Hauptverhandlung beinderte Draber die Verteidigung indem er die Benutzung der Tonbandgeräte der Verteidiger untersagte. RA Hannover zog den Schluß, daß dieses Verhalten von Draber nur eine Erklärung in der Tatsache haben könne, daß er den Angeklagten gegenüber voreingenommen sei.

RA Golzem begründete seinen Ablehnungsantrag wie folgt: 1. habe Dr.Draber ihm generell alle Akteneinsicht erschwert, so habe er bis jetzt z.B. noch keine Akteneinsicht in die seit August '76 angefallenen Vorgänge bekommen. Zum 2. zeige die Tatsache, daß Dr.Draber am 1.Verhandlungstag den Antrag der Anwälte von Roth, den anwesenden Spezialisten Prof.Dr.Beck als Gutachter zu hören, ablehnte, die Befangenheit des Richters gegenüber dem Angeklagten.

RA Dethloff begründete seinen Ablehnungsantrag aus der Tatsache heraus, daß Richter Draber zumindest mitverantwortlich sei für die schikanöse Haft der beiden Angeklagten. Diese Haftbedingungen hätten zum Ziel, die Angeklagten physisch und psychisch außer Gefecht zu setzen.

RA Heiermann begründete seinen Ablehnungsantrag wie folgt: Am 17.1.77 habe DRABER es zugelassen, daß Roland Otto während einer Verhandlungspause mit Gewalt aus dem Sitzungssaal geführt wurde, obwohl er und seine Verteidiger beanspruchten, daß ihnen in der Pause Gelegenheit zu einer Besprechung gegeben werde.

2. Dr. DRABER habe im Juli 1976 eine Dienstreise zum Oberlandesgericht in Düsseldorf gemacht, deren Zweck aus dem Verfahren gegen Roland Otto und Karl-Heinz Roth nicht zu erklären sei. Das OLG Düsseldorf sei zum damaligen Zeitpunkt weder mit der Sache befaßt gewesen noch hätten Anhaltspunkte dafür vorgelegen, daß es jemals mit der Sache befaßt werden würde. Sein Mandant Roland Otoo müsse davon ausgehen, daß DRABER zum OLG gefahren sei, um sich Instruktionen für die Durchführung der Hauptverhandlung zu holen, oder sich sonst hinsichtlich der Durchführung des Verfahrens anleiten zu lassen.

Das Gericht sah die Ablehnungsanträge als zulässig an und unterbrach die Verhandlung bis 14^{00} und verkündete dann, daß der Termin am Donnerstag, 27.1.77 aufgehoben werde, um in einer nichtöffentlichen Sitzung die Ablehnungsanträge und die durch sie veranlaßten dienstlichen Erklärungen der abgelehnten Richter zu behandeln.

(Bericht des Unterstützungsbüros)

Das Unterstützungsbüro hat einen ersten Rundbrief veröffentlicht. In einer Zusammenfassung seiner Aktivitäten sind aufgeführt:

„–Herstellung der Prozeßöffentlichkeit
– Sammeln von Prozeßberichten in den Massenmedien
– Anfertigen und Verschicken eines Berichts über jede Prozeßwoche
– Anfertigen und Verschicken von weiteren Informationsmaterialien für die Öffentlichkeitsarbeit
– Information der in- und ausländischen Presse
– Durchführung und Unterstützung von Veranstaltungen zum Prozeß"

Das Unterstützungsbüro ruft zu Spenden auf (135816-508 Postscheckamt Köln; Wolfgang Hippe Sonderkonto) und veröffentlicht eine Liste von Materialien für Unterstützungsveranstaltungen und zu r Information.

Kontaktadresse: Unterstützungsbüro für Roland Otto und Karl-Heinz Roth, Glasstr. 80, 5 Köln 30, Tel.: 0221/520579

GRUNDSATZURTEILE, DIE FÜR GEFANGENE WICHTIG SIND

FRANKFURT 25. Januar Thomas W. Becker, z. Zt. in Frankfurt in Haft, hat uns den folgenden Brief geschickt:

„Ich habe ein paar Grundsatzurteile zugeschickt bekommen und meine, daß die für alle Gefangenen wichtig sind. Dann habe ich noch ein paar Adressen, die vielleicht für Gefangene interessant sind, schicke ich auch mit. Und wenn Leute „brauchbare" Urteile haben,wäre es ganz gut, wenn sie sie mir schicken würden, ich will nämlich sowas wie eine Dokumentation machen. Meine Adresse ist JVA I, 6000 Frankfurt 50. Die Urteile habe ich zum Teil nur sinngemäß wiedergegeben, wird sonst zu lang.

OLG Frankfurt: Vom 20.11.72 3 Ws 393/72: Dem U.-Gefangenen wird gestattet monatlich 2 Pakete mit Eßwaren bzw. mit Toilettenartikeln zu empfangen. – Eine Gefährdung von Sicherheit und Ordnung kann nicht gesehen werden da mit geeigneten Kontrollen dem begegnet werden kann, der erforderliche Personalaufwand muß erbracht werden. – Einkauf in der JVA ist kein Ersatz – UVollZO stellt nur eine Verwaltungsvorschrift dar und bindet den Richter nicht.

OLG Bremen vom 6.9.71 VAs 9/71: Eingehenden Briefen beigelegte Zeitungsausschnitte sind nicht generell eine Gefährdung von Sicherheit und Ordnung. – Sie müssen als Teil des Schreibens angesehen werden und dürfen nicht generell zurückgewiesen werden.

OLG Bonn 2 R 34/69: Strafgefangene haben Anspruch auf Zeugengeld in voller Höhe des entstehenden Ausfalls an Arbeitsbelohnung. – Dies gilt auch, wenn der Belohnungsausfall mehrere Tage umfaßt („Verschubung" in andere JVAs).

Bundesverfassungsgericht 2 Bvr 294/76: Schriftliche Haussuchungsbefehle müssen Angaben über den Tatvorwurf enthalten und Art bzw. vermeintlichen Inhalt der gesuchten Beweismittel erkennen lassen. Andere Durchsuchungsbefehle sind grundgesetzwidrig, da sie gegen die Unverletzlichkeit der Wohnung verstossen.

OLG Frankfurt vom 15.7.76 7 StE 1/76: Dem Angeschuldigten wird gestattet, im Rahmen der Anstaltsordnung einen Tauchsieder zu halten und zu benutzen.

Bundesverfassungsgericht 2 Bvr 41/71: Zensurverbot – Auch jede noch so subjektive und feindselige Meinung steht unter dem Schutz des GG's.

OLG Frankfurt vom 12.5.76 3 Ws 255 und 256/76: (siehe ID 146) Wird gestattet, die Zelle mit Bildern auszuschmücken, wenn keine Beschädigung der Bausubstanz vorkommt und man zur Kontrolle hinter die Bilder sehen kann (nur oben mit Tesa-Film festmachen).

Adressen: Informationszentrum für Gefangenengruppen, Inga Schäfer, Brandenburgerstraße 32, 4800 Bielefeld. Geben auch eine, wie ich meine, gute Zeitung raus, den *Gegenknast*.
AK Kritischer Strafvollzug, Nieder-Ramstädter Straße 30b, 6100 Darmstadt.
AK Resozialisierung, Tamara Baldamus, Rohrbacher Straße 54, 6900 Heidelberg.
AK Strafvollzug, Gisela Nickel, Halberg Straße 72, 6600 Saarbrücken.
Help-Union e.V., Kastorhofstraße 12, 3008 Garbsen, Zeitung *Megaphon*."

ISOLATIONSTRAKT MOABIT

WESTBERLIN 10. Januar — Seit über einem halben Jahr sitzen Monika Berberich, Ilse Jand und Waltraut Siepert im Moabiter Turm in Isolationshaft. Während der Umbauarbeiten im Turm waren sie mehrere Wochen in den F-Flügel verlegt worden. Zum Jahresbeginn, als Neujahrsgeschenk, wurden sie in die umgebaute und neu gesicherte Iso-Abteilung im Turm zurückverlegt. Eine erste Schilderung, wie es in Baumanns „Penthouse" jetzt aussieht, schickt die Rote Hilfe Westberlin:

„isolationssicherheitstrakt: ca 20 m lang - ca 6 m breit, kasten in rechteckform untergebracht in haus 2 station g - flügel eine dicke trennmauer zur übrigen station, mit einer dicken stahltür, die ein quatratisches fenstergucksloch (ca 20 x 20 cm) hat. linker hand: 6 zellen zur belegung, 2 zellen die zu einem gemeinschaftsraum umgebaut sind, 1 kammer

rechter hand: 7 zellen, davon 6 zu belegen, 1 als spülzelle der flur, daß heißt der raum vor den zellen: ausgestattet mit 2 kameras - jeder schritt aus der zelle die totale überwachung durch kameras

auf dem flur steht eine tischtennisplatte zum tischtennisspielen - bisher 3x die woche: jede bewegung wird über monitor überwacht und abgecheckt. der flügel hier hat ne glas überdachung und da ist fliegengitter gezogen. zwischen dem glasdach und dem fliegengitter sind in regelmäßigen abständen kleine lautsprecher angerbacht. fliegengitter und lautsprecher sind weiß gestrichen.

zwischen uns, wie schon im f-flügel, ist jeweils eine zelle leer. vor der mauer ist ein großer beamtenraum, in dem sich 8 monitore befinden (jeder monitor braucht eine kamera) in dem raum halten sich die schließer auf und kommen in den kasten hier nur rein, wenn 1. essen ausgeteilt wird, 2. post oder zeitungen gebracht werden und 3. zum rausholen, hofgang oder tischtennis. die lichtschalter außerhalb der zellen sind drehbare, d.h. sie regulieren die lichtstärke. das haben sie sich einfallen lassen, nachdem beschwerde durch anwalt gemacht, wegen der nächtlichen lichtkontrolle (schlafstörungen).

die zellen selbst sind mit neuen möbeln eingerichtet - schrank, bett und tisch und stuhl plastik mit holzmuster, der tisch ist praktisch, größer als die bisherigen und mit einer ablage unter der tischplatte. der schrank sehr geräumig. die wände: undefinierbares gelb, die decke weiß und die zellentür aus dickem stahl und in dunklem grau gestrichen, über dem waschbecken eine konsolenablage.

raffiniert: über die zelleninneneinrichtung kann nicht gemeckert werden, sie ist praktisch. was aber all das verschleiern kann/soll, was sich vor der zellentür tut.

PREUNGESHEIMER SICHERHEIT

FRANKFURT 25.Januar — Am 11.August letzten Jahres beschloß das Amtsgericht Frankfurt, daß Wolfgang Wraase, einer der Verhafteten vom Gefangenenrat, nur noch einen Brief pro Woche bekommen und schreiben darf. Dieser eine Brief darf nicht mehr als zwei DIN A 4-Blätter umfassen, in der einen wie in der anderen Richtung. Außerdem darf er monatlich nur ein Paket bekommen. Wolfgangs Verteidiger hat daraufhin zweimal Beschwerde eingelegt. Das war im August. Bis heute ist darüber nicht entschieden worden. Jeder, der Wolfgang einen Brief schreiben will, kann sich beim zuständigen Richter beschweren. Und zwar beim
Landgericht - 23.Strafkammer - 6000 Frankfurt/Main

Zuständig sind die Richter:
Lehr, Tel. 1367-2872
Schäfer 1367-2830
Fittora 1367-2860

Daß in Preungesheim Sicherheit mal wieder besonders groß geschrieben wird, geht auch aus einem Brief von einem anderen Gefangenen in Preungesheim hervor:

„Ihr Lieben, seit dem 7.1.77 werden hier die Gefangenen gezwungen, ihre zensierte Post von subalternen Stationsdienern nachzensieren zu lassen. Das geschieht völlig willkürlich, da eine gesetzliche Grundlage dafür nicht vorhanden ist. Laut der Strafprozeßordnung ist allein der Richter bzw. auf Wunsch der Staatsanwalt allein für die Zensur verantwortlich. Es ist ja auch reichlich absurd anzunehmen, daß der vorgeordnete Zensor ‚verbotene Sachen' im Brief läßt.

Die Gefangenen werden massiv genötigt, das Unrecht über sich ergehen zu lassen. Wer sich weigert, bekommt die Post nicht ausgehändigt. Meine Briefe vom ‚Eingang 7.1.' hat man zur Habe genommen, obwohl seitens des zensierenden Staatsanwaltes die Aushändigung genehmigt/angeordnet war. Das ist echt eine Sauerei, und – wehret den Anfängen – vielleicht müssen wir in einem halben Jahr der Stations-Schließer-Figur die Briefe vorlesen.

Was Gutes gibt es auch zu berichten. Seit Bestehen des Hauses haben wir an diesem Wochenende das erste Mal 1 Stunde Freistunde gehabt. Ist natürlich kein Geschenk, sondern liegt am neuen Strafvollzugsgesetz. Aber wenn man sieht, wie reibungslos es mit der vollen Stunde klappt, sieht man doch sehr deutlich, daß alle ‚Argumente' der Anstalt, uns diese

Stunde zu verweigern, nur Spiegelfechterei waren. Und auch die nun gesetzlich vorgeschriebene Stundenzahl hat man an dem Neujahrstag nicht abgehalten. Beschwerden von uns wurden — wie üblich — ignoriert.
Liebe solidarische Grüße ..."

KEIN VERTEIDIGERBESUCH FÜR KRANKEN GEFANGENEN

WERL
8. Januar

„Am 7. Januar 1977 teilte mir der politische Gefangene Lothar Gend, dessen Verteidiger ich bin, schriftlich erhebliche Krankheitssymptome mit. Er klagt bereits seit zwei Jahren über Darmbeschwerden und hat nunmehr Blut im Stuhl festgestellt, ein Merkmal, das bei jedem sorgfältig handelnden Arzt Krebsverdacht begründet. Lothar Gend gibt an, auf diese Anzeichen hin bisher nicht ärztlich behandelt worden zu sein, obwohl er darauf hingewiesen hat.

Am Samstag, dem 8. Januar 1977, meldete sich der bei mir beschäftigte Stationsreferendar, dem ich Untervollmacht erteilt hatte, zum Besuch in der Justizvollzugsanstalt Werl. Nach etwa einstündiger Wartezeit erteilte diesem der Inspektor vom Dienst folgenden Bescheid:

„Nach Rücksprache mit dem Landeskriminalamt lehne ich die ersuchte Genehmigung zum Besuch des Gefangenen Gend ab."

Dem Verteidiger oder einem von ihm zulässigerweise Bevollmächtigten den Besuch bei seinem Mandanten zu verweigern, ist rechtswidrig, denn nach dem Gesetz steht dem Verteidiger freier und unüberwachter Verkehr mit dem Mandanten zu (§ 148 StPO § 26 StrafvollzugsG).

Als weitere Umstände sind festzustellen:
1. Das Landeskriminalamt als Ermittlungsbehörde besitzt keinerlei Zuständigkeit für den Strafvollzugs betreffende Anordnungen;
2. Der angetroffene Anstaltsarzt Dr. Michaelis gab keine befriedigende Auskunft über die Diagnose und Behandlung der Krankheit.

Angesichts des Todes von Katharina Hammerschmidt müssen diese zusätzlichen Umstände, insbesondere die Verteidigerzurückweisung, höchste Wachsamkeit hervorrufen. Ich trage äußerste Besorgnis für die Gesundheit und das Leben meines Mandanten, solange ich mich nicht in einem Gespräch von seinem Zustand überzeugen kann.

Ich fordere die sofortige Aufhebung des Besuchsverbots für den Verteidiger von Lothar Gend.

Rechtsanwalt Brentzel."

Dieser Sachverhalt ist besonders bedrohlich, weil erst vor kurzem in Werl ein seit längerem Herz- und Zuckerkranker gestorben ist. Wegen diesem Todesfall haben Gefangene der JVA Werl beantragt, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. In der Begründung heißt es unter anderem:

„Der Gefangene Eicker war seit längerem herz- und zuckerkrank. Der Gefangene Eicker wurde trotz seiner Krankheit von Duisburg-Hamborn in die C-Anstalt Werl verlegt. Werl ist als JVA zur Krankenpflege nicht geeignet! Der Gefangene wurde vom Anstaltsarzt nicht in das (zustän dige ?) Krankenrevier oder Krankenhaus gelegt, obwohl er ständig klagte und sich in Behand lung befand, sondern der Anstaltsarzt verordnete ihm eine ruhige („Todes"-?) Zelle.

Der Gefangene durfte normalerweise auf keinen Fall in eine Einzelzelle untergebracht werden.

§ 18 StrafvollzugsG: „Eine gemeinsame Unterbringung ist zulässig, sofern ein Gefangener hilfsbedürftig ist oder eine Gefahr für Leben und Gesundheit besteht".

Gefahr für Leben und Gesundheit bestand bei Eicker, er war evident hilfsbedürftig! Die medizinische Betreuung in der JVA Werl ist insuffizient! Wie macht sich ein hilflos Sterbender nachts auf einer Einzelzelle bemerkbar? Laut Angaben eines Gefangenen soll Eicker (man fand ihn beim Aufschluß) noch bis 8.30 Uhr auf dem Boden seiner Zelle gelegen haben, ohne daß sich jemand um ihn kümmerte. Ich benenne den Zeugen F.D.. D. wurde vom Inspektor Anders, als er die Umstände vom Tode Eickers kritisierte, gewaltsam aus dem Büro geworfen und mit einer Verlegung auf die Psychopathenstation B 1 bedroht: „Für Denunzianten haben wir eine spezielle Abteilung". (Gemeint ist wohl die Abteilung für Verhaltensgestörte, Anm. D. Verfassers). Mit ähnlichem Zynismus begegnet man hier in der JVA Suizid-Gefährdeten.

Inspektor Anders ignoriert oft willkürlich Dienst-Aufsichtsbeschwerden Gefangener, droht mit Repressalien und weigert sich mit zynischen verächtlichen Bemerkungen, berechtigte Vorbringungen zu prüfen, um abzublocken.

Anlage: eine Abschrift des Briefes des kahtolischen Anstalts-geistlichen an den Sohn des Verstorbenen.

Zeugen: G.D., H.K., M.S.

Ich beantrage, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten.

Gefangene der JVA Werl"

REPRESSALIEN GEGEN „DURCHBLICK" GEHEN WEITER

WESTBERLIN
10. Januar

Im ID 158/59 berichteten wir über die Gefangenenzeitung „Durchblick", die Gefangene de der JVA Tegel herausgeben.

Die „Durchblicker" schickten uns jetzt noch einmal die „Sonderinformation", die wir schon abgedruckt haben. Weiter heißt es da:

„Die drei Gefangene, die zusammen mit Hans Sontag in der Nr. 1 des „Durchblick" als verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes genannt wurden, erhielten folgenden Brief:

„Der Senator für Justiz

Ich habe zur Kenntnis genommen, daß Sie, wie Sie in Ihrem Schreiben vom 4. Dezember 1976 an den Leiter der Strafanstalt Tegel zu erkennen gegeben haben, an der Vorbereitung und Herstellung eines von Ihnen als Gefangenezeitschrift „Druchblick" bezeichneten Papiers beteiligt gewesen sind. Dieses Papier enthält beleidigende, bedrohende und zu Straftaten auffordernde Passagen. Dadurch wird die Sicherheit und Ordnung der Anstalt erheblich gefährdet. Sie haben daher in der Anstalt mit einer erheblichen Disziplinarmaßnahme zu rechnen. Wenn ich diesmal noch von Ihrer Verlegung in die Untersuchungs- und Aufnahmeanstalt Moabit absehe, dann deshalb, weil ich meine, daß Sie sich der Tragweite Ihes Verhaltens nicht bewußt waren. Ich weise Sie jedoch eindringlich darauf hin, daß Sie bei der Fortsetzung Ihres Verhaltens mit Ihrer Verlegung in die Untersuchungshaft- und Aufnahmeanstalt Moabit rechnen müssen. Ihr Hinweis auf die Pressefreiheit geht fehl: Abgesehen davon, daß die Pressefreiheit gem. Art. 5 Abs. 22 GG ihre Grenze in den allgemeinen Gesetzen (also auch in den Strafgesetzen) findet, handelt es sich bei den am 2. Dezember 1976 beschlagnahmten Papieren nicht um Druckwerke im Sinne des Presserechts, sondern um Flugblätter mit strafbarem Inhalt.

Im übrigen beabsichtige ich, gegen Sie Strafanzeige zu erstatten und wegen der Beleidigung von Bediensteten Strafantrag als Dienstvorgesetzter zu stellen.

Im Auftrag
Lange-Lehngut

beglaubigt
(Unterschrift unleserlich)"

Wie der Tagesspiegel in einer Meldung vom 9.1.77 mitteilt, ist diese Strafanzeige inzwischen gestellt worden. Nr. 1 des „Durchblick" ist trotzdem erschienen! Es ist aber nicht möglich, diese allen zuzuschicken. Ihr könnt das Erscheinen des „Durchblick" unterstützen durch Briefe an:

Durchblick, Uwe Drowski, Ismail Yousef, Karl-Heinz Neundorf JVA Tegel, Seodelstr. 39, 1000 Berlin 27 und Hans Sontag, UHuAA Moabit, Alt Moabit, 1000 Berlin 21

Senator für Justiz, Salburgerstraße 21-25, 1000 Berlin 62."

POLIZEIALLTAG – SCHAUPLATZ JUGENDZENTRUM

HANNOVER 25. Januar *Im Unabhängigen Jugendzentrum Nordstadt in der Kornstraße 28 gab es am 15. Januar einen Polizeiüberfall mit kräftiger Zuhilfenahme der chemischen Keule. Im UJZ treffen sich meist Arbeiterjugendliche, einmal nur so, zum anderen entwickelt sich dort auch ein Stützpunkt im Kampf gegen die Kernkraftwerke und die geplante Wiederaufbereitungsanlage. Über den Polizei- und Gaseinsatz teilt der Trägerverein des UJZ, der Verein für angewandte Sozialarbeit, mit:*

In der Nacht vom 15. Januar 1977 auf den 16. Januar '77 drang die Besatzung eines Streifenwagens der hannoverschen Polizei völlig grundlos in das Unabhängige Jugendzentrum Nordstadt ein und verletzte zwei Jugendliche durch Anwendung der ‚Chemischen Keule' ernstlich.

Holger M. und Rainer W., zwei enge Freunde und seit Jahren ständige Besucher unseres Jugendzentrums trugen auf dem Hof des Jugendzentrums eine halbernste Auseinandersetzung aus, in deren Verlauf sie beide zu Boden gingen. In diesem Moment hielt vor der offenstehenden Hofeinfahrt ein Streifenwagen. Die beiden 18-jährigen ließen beim Anblick des Polizeifahrzeuges sofort voneinander ab. Ein Polizeibeamter, der sich später einem Zeugen gegenüber als Streifenführer Peters vom 12. Polizeirevier ausgab, rannte – die ‚Chemische Keule' in der Hand – auf den Hof und sprühte den beiden Jugendlichen, die sich gerade erheben wollten, eine Ladung chemical mace aus einer Entfernung von weniger als einem Meter mitten ins Gesicht. Die giftige Mischung traf Holger M. genau in die Augen. Ein herbeieilender Zeuge wollte eine Augenspülung vornehmen, wurde jedoch von dem Polizeibeamten daran gehindert. Holger M., der völlig aktionsuntüchtig war, wurde an den Armen vom Hof gezerrt. Erst als sich die etwa 50 Besucher unserer Gaststätte im Unabhängigen Jugendzentrum auf dem Hof versammelt hatten ließen die Polizeibeamten von Holger M. ab und ermöglichten somit eine ärztliche Betreuung. Holger M. und Rainer W. mußten beide im Krankenhaus versorgt werden.

Wir stellen fest:

– Es gab keinerlei Anlaß, in die Rangelei der beiden Jugendlichen einzugreifen.
– Der Polizeibeamte Peters drang widerrechtlich auf das Gelände des Unabhängigen Jugendzentrums ein. Kein Vertreter des Vereins für angewandte Sozialarbeit e.V. und auch kein anderer Besucher hat die Polizei um Unterstützung gebeten.
– Obgleich die beiden Jugendlichen keinerlei Anstalten der Gegenwehr unternahmen, setzte der Polizeibeamte ohne Vorwarnung aus kleinster Entfernung eine chemische Waffe gegen die beiden Lehrlinge ein. Damit hat dieser Polizeibeamte bewußt die mögliche Erblindung oder gar den Tod dieser Jugendlichen inkauf genommen.
– Beide Polizeibeamte haben den Versuch unternommen, die sofortige ärztliche Betreuung der beiden Jugendlichen zu verhindern.

Gegen den Polizeibeamten Peters haben wir zunächst Anzeige wegen Hausfriedensbruch, Körperverletzung im Amt, unterlassener Hilfeleistung und versuchter Freiheitsberaubung im Amt erstattet.

UJZ Nordstadt, Kornstraße 28-30, 3000 Hannover, Tel. (0511) 71 50 33.

VERHANDLUNG ÜBER DIE (NICHT) -ZULASSUNG DES ASSESSORS MIKE KNÖSS

FRANKFURT 20. Januar Das Oberlandesgericht in Frankfurt/M. hat Mike (Gerhard) Knöss letztes Jahr im Verfahren in erster Instanz die Zulassung als Rechtsanwalt verweigert und damit das von der Rechtsanwaltskammer geforderte Berufsverbot verhängt. (siehe ID Nr. 158/159) Mike Knöss ging nun vor die nächste Instanz und hatte am 17.1.77 seine Verhandlung vor dem Ehrensenat des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe.

Aus Frankfurt kamen in die „ehrwürdigen Hallen" ca 100 Leute, die dort von MP-bewaffneten Uniformierten erwartet und zunächst vor Betreten des Zuhörerraums , nach Vorzeigen des Ausweises' namentlich registriert wurden. Später, als diese Prozedur zu lange dauerte,ging es nach lauten Protesten auch ohne das. Drinnen wurde der Einzug der sechs rot-berobten BGH-Richter, ähnlich dem Aufmarsch der Karnevalsgarde, bejubelt. Wohl um noch mehr Aufsehen zu vermeiden, ertrugen es die Richter mit Würde.

Zu Beginn der Verhandlung gab Mike Knöss eine Erklärung zur Person ab. Anschließen beantragte die Verteidigung die Aussetzung des Verfahrens und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts darüber einzuholen, daß § 7, Ziffer 5 der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) verfassungswidrig ist.

Auf diesen Paragraphen stützt die erste Instanz die Nichtzulassung von Knöss. Er beinhaltet, daß derjenige nicht als Anwalt zugelassen ist, der sich eines Verhaltens schuldig gemacht hat, das ihn unwürdig erscheinen läßt, der Beruf eines Rechtsanwalts auszuüben. Die Verfassungswidrigkeit des § 7, Ziffer 5 BRAO ergebe sich aus einem Verstoß gegen ARtikel 12 des Grundgesetzes, der Berufsfreiheit garantiert, und auch aus dem Rechtsstaatprinzip, das verlangt, daß jeder aus dem Gesetz lesen können muß, was erlaubt oder verboten ist. Aber wer weiß schon was „unwürdig" ist?

Danach zeigte die Verteidigung die willkürliche Handhabung der Unwürdigkeitsklausel an einem besonders gravierenden Fall auf. Es ging um einen Bewerber, der im Nationalsozialismus Oberbürgermeister einer Stadt war, aus der während seiner Amtszeit nahezu die gesamte jüdische Bevölkerung vertrieben wurde und in Konzentrationslagern umkam. Dieser Bewerber wurde vom Gericht als würdig anerkannt und als Rechtsanwalt zugelassen. Die Entscheidung darüber fällte dasselbe Gericht, das Mike Knöss in erster Instanz Berufsverbot erteilt hatte!

Zum Schluß begründete die Verteidigung noch, daß nur über den ursprünglichen Vorwurf der Anwaltskammer

gegen Mike Knöss verhandelt werden darf, da dies auch der bisherigen Rechtsprechung des Ehrensenats beim BGH entsprechen würde.Danach müßte Mike Knöss als Anwalt zugelassen werden, da er in Bezug auf den damaligen Vorwurf inzwischen vor Gericht einen Freispruch erlangt hat.Der Ehrensenat erklärte allerdings, daß er möglicherweise von dieser bisherigen Vorgehensweise abweichen werde .

Mike Knöss rechnet inzwischen nicht mehr damit, daß er als Anwalt zugelassen wird. Der BGH wird ihm die Entscheidung schriftlich zusenden.

ERKLÄRUNG VON MIKE KNÖSS

Vor dem Ehrensenat des Bundesgerichtshofs gab Mike Knöss eine Erklärung ab und begründete sein Verständnis von politischem Engagement als Verteidiger. Zunächst vermittelte er seine Erfahrungen während seiner Ausbildung.

„ In der Schule: An meiner Schule bekamen alle Schüler ein Buch mit dem Titel: „ Schuld oder VErhängnis" von Hannah Vogt. Es behandelt die NS-Zeit. Besonders beeindruckte mich das XI. Kapitel mit der Überschrift „Gab es ein Recht zum Widerstand? " Ich zitiere: „Angesichts der ungeheuren Verbrechen der NS-Herrschaft möchte man die Frage dieses Kapitels anders stellen: Gab es nicht die Pflicht zum Widerstand? Mußte man den Verbrechen nicht in die Arme fallen? Junge Menschen, die den Terror selbst nicht mehr kennengelernt haben, fragen zuweilen: Warum hat denn nicht irgendjemand Hitler rechtzeitig umgebracht? Es erscheint ihnen unverständlich, daß der Widerstand nicht größer und erfolgreicher war. Es ist aber verhältnismäßig einfach, heute aus der Sicherheit des Rechtsstaates die Pflicht zum Widerstand zu fordern." Ich begriff, daß es nicht einfach war, Widerstand zu leisten. An vielen Punkten sah ich die Sicherheit des REchtsstaates nicht. Jeden Tag wurden alte Nazis in ihren Posten bestätigt, viele, die als Kommunisten in den KZ's gesessen hatten, wurden schon wieder verfolgt, ohne daß wir uns widersetzt hätten....

Während des Jurastudiums: Der begutachtende Professor lobte mein Referat: Er könne zwar dem Ergebnis nicht folgen, entscheident für einen guten Juristen sei aber niemals, zu welchem Ergebnis er kommt, sondern wie er es begründet. Mir wurde nochmals klar, daß die formale Logik des Rechts Humanität nicht garantiert....

Während der Referendarzeit: Beim Verwaltungsgericht in Darmstadt durfte ich an den geheimen Beratungen teilnehmen. Der verbreitete Eindruck, daß Schöffen nur Marionetten sind, die von den Juristen an die Wand gespielt werden, wurde dort nicht zerstört. Hier zerbrachen meine letzten Illusionen, daß zumindest die dritte Gewalt ein bischen vom Volke beeinflußt wird....

Im Anwaltsbüro: Mein ebenfalls vom Berufsverbot betroffener geschätzter Freund Henry Düx zeigte mir eine Entscheidung des Ehrensenats des Bundesgerichtshofs aus dem Jahre 1963, in der es hieß: „Die Mitwirkung an einem Todesurteil durch ein SOndergericht an einem Polen wegen wiederholtem Diebstahl ist nicht unwürdig, da der Antragsteller nicht anders konnte. Bei anderem Verhalten hätte er mit einer Dienststrafe rechnen müssen." Nachzulesen in Bd. VII S. 137 ff BGH-Beschluß vom 21.10.63. Im Klartext ging es bei dieser Entscheidung um die Frage, ob ein ehemaliger NS-Richter, der an Todesurteilen beteiligt war, noch würdig sein könne, den Beruf eines Rechtsanwalts auszuüben. Wer findet mich unwürdig, Rechtsanwalt zu sein. Nicht die Gefangenen, die ich im Knast besucht habe, nicht die Leute, die ich verteidigt habe, nicht einmal die Richter im Landgericht Frankfurt, die mich nach wie vor zulassen; Ein paar auf ihren Pfründen sitzende Advokaten befinden darüber, welche Anwälte der Deutschen Bank, dem Staatsschutz, dem Haus- und Grundbesitzerverein und dem Arbeitgeberverband am besten passen.

Nur so ist zu verstehen, wie bruchlos Begründungen der Anwaltskammer für mein Berufsverbot übernommen wurden, deren tiefschürfende Sachlichkeit mich tief beeindruckt: „Berücksichtigt man weiter, daß Knöss selbst in einem der besetzten Häuser unangemeldet wohnte, so zeigt dies, daß er offenbar nicht gewillt ist, die rechtsstaatlichen Prinzipien anzuerkennen."Rechtsstaatliche Prinzipien, nach denen zugunsten der spekulierenden Großbanken Wohnraum für Tausende zerstört wurde, und Frankfurt an seiner menschenverachtenden Baukunst mittlerweile erstickt, auf diese Prinzipien pfeife ich allerdings.

Meine Untaten, die zum Berufsverbot herangezogen wurden, machen mich vielleicht in den Augen dieses Gerichts unwürdig, Rechtsanwalt zu sein, mich machen sie stolz.

Ich bin stolz, mich mit Hausbesetzern solidarisiert zu haben. Ich bin froh, daß ich gegen die Ermordung der spanischen Revolutionären Garmendia, Otaegui, Blanco Baena und Tobar auf die Straße gegangen bin, und ich bin verzweifelt, daß unser Widerstand nicht größer und machtvoller war, und den Tod der baskischen Genossen nicht verhindert hat. Jeder, der noch einen Funken Menschlichkeit in sich verspürt, müßte eher beschämt sein über den terroristischen Frankfurter Polizeiüberfall, als ein Protesttransparent am Römer aufgehängt wurde und danach Polizeifahrzeuge die sonntägliche Innenstadt in einen Kriegsschauplatz verwandelten, um 10 Flugblattverteiler zu sistieren.

Ich bin weiterhin stolz, nicht sitzengeblieben zu sein und zugeschaut zu haben, als ein Frankfurter Richter und mehrere Polizeibeamte in einem § 218 Verfahren auf brutale Weise Frauen festnahmen, die im Gerichtssaal gegen die Unterdrückung der Frauen durch die Justiz demonstriert hatten. Schließlich bin ich auch uneinsichtig, wenn mir vorgeworfen wird, ich hätte bei der Verteidigung der Gefangenen der Roten Armee Fraktion alle Grundsätze der Standeswürde mißachtet.

Wurden etwa die Ärzte und Richter standesrechtlich zur Verantwortung gezogen, die Katharina Hammerschmidt sehenden Auges haben zugrunde gehen lassen? Was ist mit der Standeswürde von Richter Prinzing, der sich den Direktiven der Abteilung TE des Bundeskriminalamtes willig unterordnete und die längst beschlossene Verlegung von Holger Meins von Wittlich nach Stammheim nicht durchführte? Ist einer der verantwortlichen Richter und Ärzte, die Holger Meins und Siegfried Hausner ermordet haben, zur Verantwortung gezogen worden? Die Justiz hat Ulrike Meinhof getötet, und niemand wurde belangt, außer Ulrikes Verteidiger Michael Oberwinder, dem nun auch ein Berufsverbot droht.

Wie steht es um die Standeswürde von Bundesrichter Kuhn, der täglich im Akkord menschenvernichtende Haftbedingungen gegen politische Gefangene anordnet? Gegen diese Haftbedingungen zu kämpfen ist der Versuch, mit untauglichen Mitteln das Leben der Gefangenen zu retten. In einer solchen Situation, in der alle Rechtsgarantien unserer bürgerlich parlamentarischen Demokratie nur noch ein papierenes Monument sind, verlangt man von uns als den Verteidigern der Gefangenen Spielregeln einer Gerichtschoreographie zu beachten, die uns zu ohnmächtigen, lächerlichen Figuren macht.

Sollte ich etwa Richter Stiefenhöfer am LG Kaiserslautern aufgrund dessen Beschlusses einer Zwangsuntersuchung Manfred Grashof und Wolfgang Grundmann vom 10 Justizwachtmeistern halb totgeschlagen wurden, untertänig gegenübertreten und sagen: „Herr Vorsitzender, ich stelle anheim"? Wie ist es um die Standeswürde eines Dr. Degenhard in Kassel bestellt, der Andreas Baader das Wasser entzog? Wie steht es um den Ermittlungsrichter Wichmann am AG Kaiserslautern und dem Anstaltsleiter Greus in Zweibrücken, die die Fenster der Zellen der Gefangenen Grashof, Grundmann und Jünschke

mit einer Kette verriegelten, so daß die Gefangenen ein Jahr lang unter Erstickungsangst litten und Klaus Jünschke einen Kreislaufkollaps bekam, und der Richter endlich, als Manfred Grashof das Zellenfenster zerschlug, gegen ihn noch eine Hausstrafe verhängte?

Es kann keiner kommen und sagen, ich hätte die Haftbedingungen der Gefangenen nicht gekannt. Einen Tag vor Holger Meins' Ermordung besuchte ich – an einem Freitag – Jan Karl Raspe in Köln Ossendorf.

Ich wurde wieder an die Bildbände aus der NS-Zeit erinnert, nicht nur von der Bauweise dieses Superknasts her. Ich hatte die Vorstellung, daß der Anstaltsleiter und seine Untergebenen auch zu früheren Zeiten ihre Pflicht bedingungslos erfüllt hätten.

Der flache Trakt, in dem Raspe lag, war leer, am anderen Ende saß Guilleaume. Die Zelle – ganz in weiß – war kalt und leer – der Blick nach draußen ging auf ein bischen Gras und eine weiße Mauer. Kein Anreiz für das Auge und kein Geräusch, außer wenn man klingelte, um die Toilette aufzusuchen. Wir mußten uns abwechselnd an die Heizung stellen, d.h. ich mußte es, weil ich so fror. Als ich gegen Abend den Knast verließ, war mir so erbärmlich zumute wie nie zuvor in meinem Leben. Das einzig menschliche in dieser Hölle war der Gefangene, der täglich in den Medien als menschenverachtender Terrorist dargestellt wurde. Was bedeutet die Standeswürde gegenüber der allmählichen Zerstörung in der Einsamkeit und Sicherheit deutscher Gefängnisse. Ohnmacht und Lächerlichkeit, in gestelzter Sprache auf einem Anwaltsbriefkopf die Aufhebung der Isolationshaft zu verlangen und mit vorzüglicher Hochachtung zu unterzeichnen, wo man nur Verachtung spürt:

Ich pfeife auf die Würde eines Anwaltsstandes, die darin besteht, zu der Unterdrückung zu schweigen. Ich verzichte auf die Würde, mich als Zwangsverteidiger in Stuttgart-Stammheim oder anderswo gegen den erklärten Willen eines Gefangenen noch durch die Mitwirkung an einem der feststehenden lebenslangen Urteile finanziell zu bereichern. Ich verachte Anwälte, die sich am besten in der Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung auskennen und das Verteidigerausschlußgesetz begrüßen, als seien die Gebührensätze erhöht worden.

Ich wehre mich dagegen, Vorstellungen von Würde zu akzeptieren, die es als vereinbar ansehen, daß Rechtsanwalt Stolting II in Frankfurt noch immer Rechtsanwalt wein darf. Hermann Stolting II, der im 3. Reich Staatsanwalt am NS-Sondergericht in Bromberg war, mit leichter Hand Todesurteile forderte, die auch gefällt wurden und der ein vierzehnjähriges Mädchen in ein Straflager einweisen ließ, weil sie einem englischen Kriegsgefangenen sage und schreibe 62,5 Gramm Bonbons zusteckte.

Der Bundesgerichtshof wird sich auch mit der Frage zu beschäftigen haben, wie es passieren kann, daß einer seiner Kollegen, der Bundesrichter Meyer, in einem anderen Senat des Gerichts weiter Richter sein darf, obwohl er gezeigt hat, daß ihm die im Grundgesetz auferlegte richterliche Unabhängigkeit einen Dreck wert ist, und wie es aus all edm begründbar sein soll, daß man mir Berufsverbot erteilt.

Ich bitte dieses Gericht nunmehr – da ich am Ende bin – sich einmal die Mühe zu machen und mir zu erklären, welche Anforderungen an einen guten Rechtsanwalt gestellt werden müssen. Stimmt das Gericht mir zu, wenn ich sage, daß die Rechtsanwälte, die in Argentinien, Brasilien und anderswo mit Gefahr für Leib und Leben die Gefolterten und Entrechteten verteidigen, die in Spanien ins Gefängnis geworfen fen werden, wenn sie baskische Revolutioaäre vor dem Militärgericht in Schutz nehmen, die in Stuttgart - Stammheim unter Bedrohung ihrer Existenz durch Ehrengerichts- und Strafverfahren die Rechte der Gefangenen zu Verteidigen versuchen, daß diese Rechtsanwälte würdig sind und ihrem Berufsstand Ehre machen?

Wenn ja, so bitte ich nunmehr um meine Zulassung.

(Die vollständige Rede von Mike Knöss ist im neuen „Pflasterstrand", Krankfurter Stadtzeitung, nachzulesen: Pflasterstrand c/o Kulturzentrum, Kurfürstenstr. 16, 6 Frankfurt

BOMMI BAUMANN: WIE ALLES ÜBERHAUPT NICHT AUFHÖRT

MÜNCHEN 25. Januar *Über den Revisionsantrag gegen das Urteil im Prozeß wegen der Herausgabe des Bommi Baumann Buches „Wie alles anfing" und neue Zensurmaßnahmen berichtet der Trikont-Verlag:*

Der Prozeß um Bommis Buch „Wie alles anfing", in dem am 27.10.76 vom Landgericht München ein Freispruch ausgesprochen wurde, ist keineswegs zu Ende. Mittlerweile ist uns das Urteil zugänglich, aber auch die Revisionsbegründung der Staatsanwaltschaft. Der Termin vor der dritten Kammer des Bundesgerichtshofes steht noch nicht fest. Mittlerweile ist uns auch bekanntgeworden, daß das Buch weiterhin verboten bleibt. Dieser Beschluß wurde uns erst anderthalb Monate nach Verabschiedung zugestellt. weil, so das Oberlandesgericht, die Büroadresse unserer Anwälte nicht gerichtsbekannt sei. Wir erfuhren von der Sache erst durch die bürgerliche Presse. Mittlerweile ist auch schon ein weiteres Ermittlungsverfahren gegen uns eingeleitet. Von einem möglichen Verbot betroffen ist die „Aktion Menschenfresser", ein Interview mit der ETA über die Liquidation des spanischen Ministerpräsidenten Carrero Blanco. Beschlagnahmt wurde das Buch bisher noch nicht.

Angeklagt waren wir beim Bommi-Buch zum einen wegen § 131 STGB, wegen der „Schilderung von Gewalttaten gegen Menschen in grausamer und unmenschlicher Weise". Das Gericht räumte ein, daß auch der Durchschnittsleser humane Züge in Bommis Autobiographie entdecken könne. Nicht so die Staatsanwaltschaft in der Revisionsbegründung. Im Gegenteil sieht sie in dem Text „einen besonderen Fall von Rücksichtslosigkeit, Gleichgültigkeit und Verachtung des Menschenlebens". Als Beweisstelle wird vor allem der folgende Satz aus dem Buch unterstrichen: „Wenn sowieso am Ende der Galgen lacht, dann kann man schon vorher zurückschlagen." Verblüffend sind demgegenüber die beiden Aussagen in dem Urteil der I. Instanz, die politisch motivierter Gewalt das Attribut unmenschlich und grausam per se absprechen: „Vielmehr werden Gewalttätigkeiten stets in einem Zusammenhang mit einer persönlichen Entwicklung oder politisch motivierter Personengruppen geschildert" (Urteil S. 152) sowie: „Der Verfasser ist bestrebt, sein Verständnis von Gewalt und Gewaltanwendung im Rahmen eines Widerstandspaketes gegen herrschende Zwänge zu schildern" (Urteil S. 152).

Gewichtiger als der § 131 war jedoch die Billigung, von Straftaten (§ 140 StGB). Die Absurdität des Verfahrens wird vor allem an dem Punkt durchsichtig, wo Bommi Sympathie für den Bombenleger Roy Clark hegt. Roy Clark hatte Mitte der Sechziger Jahre die Bundesbahn mit Bombendrohungen erpresst. Als Bommi cirka 15 Jahre alt war, hatten die Taten des Roy Clark für ihn eine gewisse Attraktion:
Bommi: „...Roy Clark... den fand ich schon sehr gut.." Die Richter: „Durch die Formulierung im Imperfekt legt Baumann diese Äußerung jedoch in die Vergangenheit. Er gibt damit klar zu erkennen, daß er das Tun Roy Clarks damals, eben 1967, gebilligt hat."

Revisionsanträger, Staatsanwalt Gehrig: „Es ist allgemeine Sprachregelung, daß Ereignisse, die als vollendete, abgeschlossene Tatsachen berichtet werden sollen, in das Perfekt zu setzen sind. Im Imperfekt dagegen, das Erzählform ist, werden vorzugsweise,

Ereignisse der Vergangenheit, die in die Gegenwart hineinreichen, aneinandergereiht, und auch häufig wiederkehrendes oder allgemeingültiges ausgedrückt."

Der Dialog bricht hier ab. Mag Bommi weiterhin Roy Clark? Oder hat er die allgemeine Sprachregelung nicht beachtet? Sowas kann öfters mal vorkommen, meint auch der Staatsanwalt. Da wir aber als Verleger angeklagt sind, müssen wir auch wissen und gewußt haben, ob der Bommi den Roy Clark noch sympathisch findet. Das beste wäre natürlich den Bommi zu fragen. Da der aber nicht zu greifen ist, entscheiden jetzt die roten Richter des BGH darüber, ob Bommi den Roy Clark jetzt noch gut findet und ob wir Verleger es gut finden, daß er ihn gutfindet oder ob wir ihn selber gutfinden. Insbesondere sticht die Staatsanwaltschaft die folgende Karikatur:

„Gerade durch diese Karikaturen wird in Verbindung mit dem Text Baumanns ein psychisches Klima geschaffen, in dem Bombenanschläge und Banküberfälle gedeihen."

Verboten werden soll mithin auch die Ironie. — Behandelt wird in dem Urteil auch der Maulkorbparagraph, obgleich er zum Zeitpunkt der Veröffentlichung noch nicht in Kraft war. Auch hier wird im Fall der Lorenzentführung angenommen, daß der § 88a — 88d zum Teil zutreffe, ihre Darstellung fördere aber nicht die „Bereitschaft anderer zur Tatbegehung". Nach dem Urteil haben wir auch einen Schadensersatzanspruch.

Der Revisionsantrag fordert eine Rückverweisung an eine andere Kammer des hiesigen Landgerichts, zumindest aber, daß wir keine Entschädigung erhalten. Neben den schon oben angeführten Revisionsgründen werden noch angeführt, das Buch richte sich nicht allein an einen linken Leserkreis, sondern ebenso an den „unbefangenen Durchschnittsleser". Für den stelle es in der Tat eine Gefährdung dar. Außerdem, wenn einer den Täter lobe, lobe er auch die Tat und sei für diese Loberei verantwortlich. Verlangt wird von Bommi und uns eine „moralische Abkehr" von der Tat. Also eine innere Wandlung — die Seele des einzelnen wird justiziabel. Außerdem reicht es nicht aus, daß Bommi zum jetzigen Zeitpunkt von der Stadtguerilla Abstand nimmt, er muß es auf alle Ewigkeit tun:„Dem Buch ist nur zu entnehmen, daß Baumann nur von der augenblicklichen Strategie des Kampfes nicht mehr überzeugt ist." Wenige Seiten weiter werden die Taten Bommis mit den „während der nationalsozialistischen Herrschaft begangenen Massenverbrechen" in Zusammenhang gebracht. Genau wie diese, stören sie den öffentlichen Frieden.

Die Revisionsbegründung der Staatsanwaltschaft richtet sich nicht mehr allein gegen die Meinungsfreiheit — sie hat die Zerstörung der Gedanken Freiheit zum Ziel. Sie verlangt, ihrer Logik entsprechend ausgelegt, ein Bekenntnis zum Pazifismus, eine öffentlich gemachte moralische Abkehr von der Tat, einen Schwur, daß man in Zukunft nie mehr Gewalt anwendet. Es geht dabei garnicht mehr darum, was auf dem Papier steht, sondern darum, was wir als Verleger und Bommi sich „gedacht" haben. Dieser Grad totalitären Bewußtseins zeigt klar die Möglichkeit an, daß es einmal nicht mehr auf die Objektivierung der Tat anzukommen braucht. Sie zeigt, worum es bestimmten Staatsstellen wirklich geht: nämlich die Gehirnkontrolle seiner Untertanen, die Absicht, dem Gedanken den Prozeß zu machen.

‚WIRD ZEIT, DAß WIR LEBEN — K.H. ROTH ZU CHRISTIAN GEISSLERS NEUEM BUCH

KÖLN
26. Januar

Im Rotbuch-Verlag ist eine Roman-Geschichte von Christian Geissler erschienen: „Wird Zeit, daß wir leben". Das Gerüst bildet die Geschichte der Hamburger KPD-Chefs Schlosser, der Ostern 1933 von der Gestapo geschnappt wird. Mit vier anderen zum Tode verurteilten Genossen wird er von einer Untergrundgruppe bei der ersten „deutschen" Weihnacht befreit. Darüber wird ein Bild der Arbeiterbewegung entwickelt, über ihre innere und äußere Struktur, das wesentlich mehr vermittelt, als eine formale „linke" Geschichtsschreibung. Karl-Heinz Roth hat zu dem Buch eine Rezension geschrieben, die in der neuen Ausgabe der Zeitschrift AUTONOMIE erscheint. Wir übernehmen Auszüge davon, weil die sowohl von Geissler verarbeiteten Inhalte, alsauch K.-H. Roths Darstellung, wie er sie erfahren hat, wichtige und aktuelle Diskussionspunkte enthalten:

Zunächst einmal: Der kommunistische Spitzenfunktionär Schlosser besteht weitgehend aus dem, was man banal ungelebtes Leben nennt. Das ist umso bitterer, wenn man bedenkt, welche Wüste ihm bevorsteht. Schlosser war nie richtig er selbst. Er hat im Gegensatz zu seinen Gefährten, die sich jetzt blitzartig mit ihrer Kritik in seine Erinnerung hineindrängen, nie den Kampf gegen die kapitalistische Despotie als Befreiungsfest erlebt. Allerding kommen die Genossen auch jetzt nicht vollständig an ihn heran. Der rechtschaffene, von Kindesbeinen an in penibelster Ordnung erzogene und friedliebende Funktionär mit ausgeprägter Facharbeiter-Vergangenheit (Schlosser!) hat sich gegen den rabiatvertraulichen Anspruch seiner heimlichsten Freunde rasch wieder in der Hand; freilich in fremder Hand.

Für den Leser bedeuten diese wenigen Gedankenfetzen viel. Er fängt unwillkürlich an, die ganze politische Tragweite dieses so individuell dargestellten Problems des Durchhaltens zu durchdenken. Ihm wird, ohne daß der Autor mit hocherhobenem Zeigefinger und selbstgefälliger literarischer Attitude dazwischentritt, klar, wie eben diese engsten Vertrauten Schlossers aus einem Wust fragmentarischer Bemerkungen die Exposition für das Kernproblem des gesamten Buches zimmern.

Der Polizist Leo etwa, eine Schlüsselfigur des aktiven Untergrundes, hält Schlosser vor, er habe abgrundtiefe Angst vor den Menschen, als der vorführt, wie sehr ihm die Strich-Genossinnen vom Kiez zuwider sind, bloß weil sie darauf bestehen, daß der Begriff Genosse auch vom Verb „genießen" herkomme. Und was Schlosser derart nachhaltig von der untergründigen Parteibasis trennt, gilt noch ausgeprägter für das Verhältnis zur Klasse selbst. Für die arbeitslos-gewalttätigen Kuddels, Oles, Emmis, für den Mob des Gängeviertels, für die Arbeitermädchen der Billstedter Jutefabrik hat Schlosser wenig Verständnis. Er ist nicht ihr Idol.

Er repräsentiert niemals ihre dumpfe, oft kurzsichtige, aber immer auch kühne Vitalität und Aufsässigkeit; er versteht sich immer nur als Kontrolleur, Dompteur als Abwiegler. Schlosser, der typische disziplinierte Facharbeiter — im Jargon des proletarischen Mobs ein ‚Ausgelernter' ,— ist durch einen Abgrund von Angst von der Klasse getrennt. Da er im Gegensatz zu ihr nie im echten, umso ausgiebiger aber in der falschen Gemeinschaftlichkeit von ‚Achtung, Richtung, Ordnung, Regel und Recht' (S.10) Halt findet, vermag er auch nicht dieses barbarische und unzivilisierte Verlangen nach Selbstbestimmung auszudrücken, das mitnichten auf die griechischen KAlenden eines fernen Kommunismus hereinfällt. Schlosser bleibt immer aufs Surrogat angewiesen, auf das Klassenbewußtsein, das sich dafür, bar aller Praxis und Theorie, umso konsequenter und rigider verwalten läßt. Damit ist über das Individuum Schlosser plötzlich die ganze Kluft zwischen Klasse und ‚bolschewistischer' Partei hergestellt, freilich nicht im Interesse gehässiger Abrechnung, sondern bitterer Selbstkritik. Mit Schlosser muß erst einmal ein ganzen Mythos von ‚Arbeiterbewegung' enthüllt werden, damit der Blick auf die wirkliche Vielfalt und die tatsächliche Kampfbereitschaft der Klasse freiwird. Und bitter ist diese Selbstkritik insofern, als es den Massen nicht rechtzeitig gelingt, sich von dieser falschen Bevormundung zu emanzipieren: Schlosser und mit ihm die Partei sind in der Geschichte allgegenwärtig, er versteht es, sich auf allen Konfliktebenen in die Konfrontation zwischen den Massen und dem kapitalistischen Staat zu schieben.

Daraus resultiert die entscheidende Lähmung auf der inneren Linie. Denn Schlosser schleppt, im Grunde auch heimlich vor allem gegen sich selbst, ein wahrhaft entwaffnendes Über-Ich mit sich herum. Er ist die Partei, die zurückpfeift, die die unmittelbare Aktion gegen Zwangsexmittierung und Wohlfahrtswillkür zugunsten organisatorischen Selbstlaufs unterdrückt, die die Praxislosigkeit als Strategie fetischiert. Eine solche Partei ist tatsächlich nur ‚Einschätzung aller Faktoren...Zusammenfassung der Kämpfe von unten... Stärkstinitiative, Millionenfront...mühevoll in den Betrieben und Strassen die Kleinarbeit klug verrichtend...Taktik und Startegie, das Kräfteverhältnis im Auge, und in gleichzeitig unversühnlicher Abrechnung mit den Sektierern das Bündnis der Fortschrittskräfte gewinnend' (S.14). Das Resultat ist eine groteske Relation zwischen Partei und Klassenkampf, die in historischen Situationen, wo es hart auf hart geht, allemal zur bitteren Wahrheit drängt, indem parteiinterne Spaltung und Massenniederlage eine fatale Symbiose eingehen. Die Klasse findet unter solchen Bedingungen immer nur da zu sich selbst, wo die Partei sich ihr am schärfsten entgegenstemmt, weil ein Schlosser jeden Schritt zur Klassenmacht nur noch in der Begrifflichkeit von ‚Provokation' und ‚Abenteuertum' denkt. Wo die Massen wirklich zum Kampf übergehen, hat für Schlosser und die Partei der Kampf längst aufgehört. Und ironischerweise und folgerichtig werden im Verlauf der Geisslergeschichte nur genau eben diejenigen Genossen Schlosser vor dem Handbeil des Henkers zu retten verstehen, die lange vor dem Desaster des 30. Januar 1933 aus seiner Kontrolle geraten sind. Aber das ist nur ein Glücksfall, und zwar für beide Seiten. Später lesen wir genauer, wie es schon damals unter derart fatalen Beziehungen zwischen Klasse und Organisation um die bestellt ist, die wirklich kämpfen (S. 50):„Wer richtig mal Leben hat, nämlich sich selbst, der hat was entdeckt, der sieht Land, unser Land endlich mal für uns alle..., und wenn du das alles siehst und wirklich gepackt hast und nicht wieder losläßt, nämlich dich selbst, dann sind sie hinter dir her, dann haben sie vor dir Angst, dann wollen sie möglichst bald mal durch deine Augen schießen.' die uralte Frage, warum die wirkliche Klassen-autonomie derart zersplittert und rudimentär bleibt und immer wieder dem Terrorismusgeschrei der wahrhaft terroristischen Klasse zum Opfer fällt, statt von unten her zur selbstbestimmten revolutionären Oragnisation ohne Schlosser und Co, weiterzuwachsen, war nicht nur zwischen 1929 und 1934 aktuell. Wenn die Rekonstruktion der wirklichen Arbeitergeschichte einen Sinn haben soll — dann den, diese Frage solange weiter stellen zu helfen, bis sie endlich gelöst wird.

In allen diesen Fällen erleben wir eine radikalisierte Arbeiterklasse, die von den pazifistischen Losungen und Parolen nicht mehr satt wird, und zur direkten Aktion übergeht. Überall treffen wir die Hauptfiguren des Romans an, die durchaus das Zeug in sich haben, und teilweise sogar über die erforderlichen Resourcen verfügen, um die Einzelrevolten gegen Hunger, Zwangsexmittierung un d gegen die Willkür der Wohlfahrtsbehörden systematisch zu schüren; um die verelendenden Massen aus der fruchtlosen Konfrontation zwischen ‚Sieg Heil' und ‚Rotfront' herauszulotsen; um die zum selbstbestimmten, revolutionären Handeln zu stimulieren. Aber überall ist auch SChlosser präsent, das Synonym für kommunistische Partei, die systematisch alle personellen und materiellen Vermittlungen vor der Klasse zurückreißt, sie entwaffnet, lähmt. Der Untergrund der Partei, die Karo, Rigo und Leo, treten auf der Stelle. Sie unterwerfen sich weder weder vollständig der Partei, noch wagen sie es, das offene und denunziatorische Verdammungsurteil des Provokateurs auf sich zu nehmen, um ungedeckt durch Parteiapparate innerhalb der Massen neu anzufangen.

Schließlich kommt der 30, Januar 1933, Schlosser höchst persönlich setzt alle ihm unterstellten Parteileitungen ab, die, statt mit Aufklärungsflugblättern gegen die SA-Kolonnen antreten zu wollen, anfangen, ihre Waffenvorräte aufzuteilen. Die organisierten Fraktionen der Klasse gehen unter, ohne Widerstand zu leisten. Die untergründig-militante Parteibasis hat sich nicht weit genug von den Apparaten abgesetzt, um unter dem jetzt einsetzenden Terror hinlänglich intakt zu bleiben. Karo, Rigo und Leo brauchen Monate, um wenigstens die Resourcen für eine ernsthafte exemplarische Aktion aufzubauen, um Schlosser und Genossen — welche Ironie der Geschichte! — dem Henker zu entreißen.

Warum im Rahmen einer Rezension diese ausführliche Rekonstruktion des Geschehensablaufs? Weil es darauf ankommt, bekannt zu machen, daß Geisslers Text nicht nur Literatur ist, sondern zugleich ein höchst brisantes Stück revolutionärer Geschichtsschreibung. ...

Aber auch literarisch werden, wie mir scheint, neue Maßstäbe gesetzt. Geissler stößt zu den neuen historischen Tatsachen geradezu dadurch vor, daß er alle bislang üblichen Stilmittel ‚proletarischer' Literatur zerschlägt und hinter sich läßt. Abgesehen von SchlOsser, dessen Individualität negativ entwickelt wird, um den ständigen Verobjektivierungspeozeß der realen Klassenvielfalt durch die KPD zu symbolisieren, gibt es keine bürgerlichen Helden mehr. An die Stelle des falschen proletarischen Heros sind etwa 30 bis 40 Subjekte getreten, die sich immer nur miteinander verpersönlichen, und zwischen den besonders hervorgehobenen Figuren Rigo, Karo und Leo und den übrigen Mitgliedern des mobilen revolutionären Kollektivs bestehen nur quantitaitve Unterschiede im Ausmaß stilistischer Skizzierung. Auf diese Weise gelingt Geissler eine brisante und überzeugende Alternative, zur gegenwärtigen linken Literatur. ...

Geissler zeigt auch sprachlich, daß soziale Individualität und Vielfalt nur da aufkommen, wo gegen die Verobjektivierung der Welt gekämpft wird, wo sich Utopie hier und jetzt in ersten Ansätzen realisiert.

GLADBECK: SIEMENS WILL 200 ENTLASSEN

GLADBECK 18. Januar */Der Berliner Extra-Dienst berichtet*

„Im Gladbecker Siemens-Werk werden bis zum Herbst 1977 200 Arbeitsplätze „abgebaut". Die Schuld wird anderen zugeschoben: Als Grund für die Entlassungen führt die Firmenleitung einen „erheblichen Auftragsrückgang durch die Bundespost" an.

Daß diese Aussage mit einer gehörigen Portion Mißtrauen aufgenommen wird, wurde durch einen Besuch der Gladbecker Verwaltungs- und SPD-Spitze beim parlamentarischen Staatssekretär im Bundespostministerium, Lothar Wrede, deutlich. Im Ministerium soll nun geprüft werden, ob die Siemens-Aussage den Tatsachen entspricht.

Wie dem auch sei: Die Ruhrgebietsstadt Gladbeck wird in diesem JAhr höchstwahrscheinlich weitere 200 Arbeitslose bekommen. Daß die Situation in Gladbeck schon besonders tragisch ist, kann kein Kriterium für Unternehmerentscheidungen sein. Durch Zechensterben an der Ruhr gingen in Gladbeck schon 10 000 Arbeitsplätze verloren. Nicht zuletzt durch erhebliche finanzielle Aufwendungen der Stadt gelang es 1961 Siemens klarzumachen, daß Gladbeck doch ein guter Standort sei. Siemens entwickelte sich zum größten Gladbecker Industriebetrieb. Zu 70% beschäftigt Siemens in Gladbeck Frauen.

Von 1972 bis 1976 hat Siemens aber 1 600 Arbeitsplätze abgebaut". Bei 4 600 Beschäftigten 1972 und nur noch 3000 in 1976 beträgt der „Abbau" mehr als ein Drittel. In diesem JAhr sollen sich weitere 200 diesem Drittel anschließen, für 1978 ließ man eine ähnliche Entwicklung durchblicken. Denn die Kapazitätsauslastung des Gladbecker Betriebs sei unter 50% gesunken.

Von den 34 Auszubildenden, die Ende Januar ihre Prüfung bei Siemens machen, werden nur 6 übernommen. Die Arbeitslosigkeit in Gladbeck liegt weit über dem Bundes- und Landesdurchschnitt. Die Dezemberzahlen: BRD 4,3%, NRW 4,6% und Gladbeck 7,2%. Die 82 000-Menschen-Stadt zählt 2078 Arbeitslose, darunter 1016 Frauen und 365 Jugendliche. Der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung, der in der Bundesrepublik insgesamt 44,2% beträgt, liegt in Gladbeck bei nur 37,9%.

(Zu den Entlassungen in den Siemens Betrieben Berlin, Ghlin-Bandour/Belgien und Bruchsal, s.ID 73, 150, 152).

STREIKENDE DRUCKER SIND KEINE KRIMINELLEN!

REUTLINGEN 22.Januar

Das Komitee der 41 festgenommenen Reutlinger Streikposten (siehe ID 124,125,155) berichtet über die Demonstration und Protestkundgebung des DGB-Kreises Reutlingen am 13.Januar 1977. Die DGB-Kreisdelegierten riefen zu der Aktion mit einer Resolution auf (am 14.Dezember 1976), in der es heißt:

„Die DGB-Kreisdelegierten haben mit Bestürzung und Empörung auf den unerhörten Übergriff der Polizei gegen die Streikposten und Solidaritätsaktionen vor dem GEA reagiert. Die von überall eingehenden Solidaritätserklärungen bestärken die Delegierten in der Überzeugung, stark und geschlossen für die Arbeitskampffreiheit einzutreten.

Nicht wenige vertraten die Auffassung, die Behörden würden vor einer solchen Demonstration gewerkschaftlicher Kraft zurückschrecken und die eingeleiteten Verfahren einstellen. Sie lassen dabei außer acht, daß das Vorgehen der Polizei im Druckerstreik kein Einzelfall – kein ZUFALL ist:

Die Metaller registrieren und protestieren seit 1973 in Baden-Württemberg gegen Polizeieinsätze bei Tarifverhandlungen und Arbeitsniederlegungen.

IG Metall-Bezirksleiter Steinkühler legte im Juni dieses Jahres eine Dokumentation über Polizeieinsätze vor – wonach Polizisten Personallisten in den Betrieben verlangt, Flugblattverteiler erkennungsdienstlich behandelt und Zivilbeamte Tarifverhandlungen beobachtet sowie Erkenntnisse über Gesprächsinhalte gesammelt haben. (Abgedruckt in ‚express' vom 8.7.1976)

Am 25.Mai letzten Jahres stürmten Polizeibeamte mit MP's das Stuttgarter Hotel Europa, weil 80 demonstrierende jugendliche Metaller die Unternehmer nach ihrem Angebot zum Manteltarifvertrag für Auszubildende fragen wollten.

Am 2.Juni enttarnte IG Metall-Bezirkssekretär Holler im Lindner-Grill in Reutlingen einen Polizisten in Zivil, der die Tarifverhandlungen auftragsgemäß beobachtet hat.

Vor diesem Hintergrund darf es nicht überraschen, daß Oberbürgermeister Oechsle Streikposten Bußgeldbescheide zuschickt und die Staatsanwaltschaft die Behinderung der Auslieferung während einer Aussperrung als Nötigung anklagt!"

Demonstration und Kundgebung hatten den Sinn, schärfsten gewerkschaftlichen Protest gegen die Festnahme von 44 Kolleginnen und Kollegen in der Öffentlichkeit deutlich zu machen. Die Kolleginnen und Kollegen hatten in der Nacht vom 6./7.Mai 76 – zu Beginn der Totalstreikphase im Arbeitskampf in der Druckindustrie – versucht, durch einen Sitzstreik die Auslieferung einer Notausgabe des Reutlinger Generalanzeigers zu verhindern, zusammen mit über 100 weiteren Kollegen.

Alle Festgenommenen wurden in Zellen gesperrt und nach erkennungsdienstlicher Behandlung wieder entlassen. Kurz nach der Bundestagswahl erhielten 24 Festgenommene Bußgeldbescheide über 113,- DM wegen unerlaubter Ansammlung. Mitte November flattern 18 Kolleginnen und Kollegen Anklageschriften ins Haus mit der Anschuldigung, „gemeinschaftlich handelnd einen anderen rechtswidrig mit Gewalt oder Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung genötigt zu haben". Bezüglich den Anklagen wegen Nötigung ist man inzwischen über Einstellungsverhandlungen ein Stück weiter gekommen, und der Reutlinger OB Oechsle hat 6 Bußgeldbescheide zurückgenommen. Auf 18 Kolleginnen und Kollegen wartet jedoch noch immer der Gerichtstermin, da sie richtigerweise gegen ihre Bußgeldbescheide Einspruch eingelegt haben.

Diesen Sachverhalt stellte auch Kollegen Heinrich Schnaubel DGB-Kreisvorsitzender in Reutlingen, in seiner Eröffnungsrede dar Er wies darauf hin, daß in „unzähligen Sitzungen und Konferenzen alle Gewerkschaften des DGB-Kreises unmittelbar danach ihre uneingeschränkte Solidarität mit allen Betroffenen ohne Ausnahme bekundet und gegen die Maßnahmen schärfstens protestiert" hätten. Kollege Schnaubelt formulierte wörtlich: „Es handelte sich um einen massiven Anschlag gegen unsere Streikfreiheit,durch den die Tarifautonomie gefährdet und die Koalitionsfreiheit entwertet wurde".

Mit dem Hinweis, daß „die zur Zeit herrschenden Gesetze die Gesetze der Herrschenden" seien, leitete Kollege Ferdinand Weidner, Betriebsratsmitglied bei der Fa.Bosch und altverdienter Gewerkschafter, der ebenfalls einen Bußgeldbescheid bekommen hatte, seinen Redebeitrag ein. Er bezog sich dabei auf die Rechtsordnung der Bundesrepublik, die es zulasse, daß Unternehmer rücksichtslos Arbeiter und Angestellte aussperrten, wenn jedoch Arbeitnehmer aktiv ihr Streikrecht in Anspruch nähmen, werde die Polizei gegen sie eingesetzt.

Der Kollegen Weidner ging vor allem mit der Berichterstattung des ‚Reutlinger Generalanzeigers' ins Gericht. Verfolge man die Stellungnahmen des Generalanzeigers zu gewerkschaftlichen Angelegenheiten, besonders aber zum Druckerstreik, so werde die rigoros antigewerkschaftliche Linie deutlich; so würden laufend die Gewerkschaften als die ‚bösen Buben' dargestellt, die den „armen Unternehmern das letzte Hemd ausziehen" wollten. So habe der Generalanzeiger mit seiner „grob-fahrlässigen und falschen Aussage" alle von Bußgeldbescheiden Betroffenen seien Schüler und Studenten gewesen, eindeutig die Absicht verfolgt, „die ganze Streikpostenaktion in die linke Ecke zu drängen" und bei den Lesern den Eindruck hervorzurufen, daß „Menschen, die andere Menschen in ihren berechtigten Forderungen unterstützen,nichts

anderes alsChaoten, Revoluzzer oder einfach Krakeeler" seien. Kollege Weidner forderte alle anwesenden 1500 Gewerkschafter auf, sich durch diese Unternehmerpropaganda nicht spalten zu lassen.

Diesen Appell zu gewerkschaftlicher Solidarität bekräftigte auch Kollege Detlef Hensche, Redakteur beim Hauptvorstand der IG Druck und Papier und Hauptreferent der Kundgebung. Vor allem müsse man dem Versuch von Polizei, Staatsanwalt und Bürgermeister entgegentreten, die Betroffenen in Berufstätige und „solche, die noch studieren" zu spalten. Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus gebühre gerade den Kollegen aus anderen Gewerkschaften und Branchen „Dank und Anerkennung für ihre Unterstützung". Im übrigen sei er eigentlich immer der Ansicht gewesen, gerade Sitzstreiks seien die Form gewaltlosen Widerstands. Es sei auch wohl nur für ein Juristenhirn nachzuvollziehen, wie aus gewaltlosem Widerstand Gewalt werde.

Bei diesem Polizeieinsatz in Reutlingen und der weiteren strafrechtlichen Verfolgung der Kollegen werde deutlich, daß die „Justiz mit zweierlei Maß messe"; denn wo seien denn die staatlichen Organe, wenn – wie beim letzten Arbeitskampf in der Druckindustrie – Arbeitnehmer massenhaft ausgesperrt würden? Oder wenn, wie bei der Firma Seibel in Erwitte, Arbeitnehmer völlig willkürlich entlassen würden?

Auch als in der sogenannten ‚Ölkrise' die Mineralölkonzerne der Bundesregierung ‚Lieferkonsequenzen' androhten, falls sie Preiskontrollen einführe, sei trotz dieser eindeutigen „Nötigung von Verfassungsorganen" kein Staatsanwalt aktiv geworden.

Wenn jetzt auch noch, wie in Reutlingen, exemplarisch vorgeführt, die gewerkschaftliche Arbeitskampffreiheit eingeschränkt werde, so werde die „Rechtsordnung erst recht zu einem Klassenkampfinstrument in den Händen der Herrschenden". Im Zusammenhang mit einem Hinweis auf polizeiliche Bespitzelungen der Metalltarifrunde 1976 in Baden-Württemberg formulierte Kollege Hensche: „Wenn 10 Unternehmer zusammenkommen, so ist dies eine Konferenz. Wenn 10 Gewerkschafter zusammenkommen, lem Mund und erklären uns, wie gesund das Fasten sei!"

Er schloß seinen Beitrag mit den Worten, die zugleich die Beiträge seiner Vorredner und die Stimmung der Anwesenden auf einen Nenner brachten: „Wir sind klar im Ziel, wir sind auch einig im Weg; insbesondere aber sind wir gemeinsam in der Aktion."

DIE AKTUELLE ENTWICKLUNG SEIT DER KUNDGEBUNG

Die Anklagen gegen die 18 „Nötiger" werden wohl endgültig eingestellt werden. Aber die Verfahren gegen die Kolleginnen und Kollegen, die gegen ihre Bußgeldbescheide Einspruch einlegten, werden wider Erwarten nicht eingestellt. Gegen sie wird es verschiedene Verfahren (in alphabetischer Folge) geben. Der erste

Gerichtstermin: 11.Februar, 9.15 Uhr, Amtsgericht Reutlingen, Gartenstr.40

Es gibt eine:

Dokumentation über den Polizeieinsatz beim Reutlinger Druckerstreik

Die Dokumentation enthält den aktuellen Stand, Darstellung und Augenzeugenberichte der Polizeiaktion, Auszüge aus Solidaritätserklärungen, Dienstaufsichtsbeschwerde und Antwort der Polizei. Bestellungen der Dokumentation und

Anschrift des Komitees:

Komitee der 41 Festgenommenen – Reutlinger Streikposten
i.A. Hartmut Boger; 07121/41632/ Liststraße 21; 7410 Reutlingen

ROTE PUNKT AKTION IN SAARBRÜCKEN

SAARBRÜCKEN
25. Januar

Alle Jahren wieder erhöhen sich die Fahrpreise in Saarbrücken, so auch zum 1. Januar 1977. Die der Stadt gehörende Gesellschaft der Straßenbahnen im Saartal AG erhöhte die Busfahrpreise um über 12 %, ein Einzelfahrschein kostet seitdem 1,90 DM. Sicher nicht ohne Absicht lag die Erhöhung in den Schulfe-

Einziges Ziel des Richters im Prozeß war die Vertuschung und Widerlegung des politischen Charakters, z.B. in der Zeugenvernehmung kaute er ihnen vor, was sie zu sagen hätten: „Sie hätten sicher auch Anzeige erstattet, wenn jemand Persil über Ihre Plakate geklebt hätte? " und ähnliches. Sei ne Besonderheit hatte der Prozeß auch durch das Fehlen jedes Beweises. Die Stadt hatte gegen alle Mitglieder des Komitees Anzeige erstattet. Die Anklage gegen die zwei wurden erhoben, weil eine von ihnen presserechtlich verantwortlich war und die andere Kontaktadresse ist. Sie wurden zu 100 DM Geldstrafe und Prozeßkosten als Mittäterinnen verurteilt. Begründung: Sie hätten die Tat in einem Zeitungsartikel gerechtfertigt. Billigung reiche zur Mittäterschaft nach § 25 aus. Die Berufungsverhandlung wird vor dem Konstanzer Landgericht stattfinden.

ZWEITES GUTACHTERGESPRÄCH ZUM KKW WYHL

EMMENDINGEN
15. Januar

NACH KARLSRUHE FAND DAS ZWEITE GESPRÄCH MIT DEN GUTACHTERN ZUM KKW WYHL AM 15. JANUAR IN EMMENDINGEN-WINDENREUTHE STATT. DARÜBER UNTENSTEHENDER BERICHT AUS DER BESETZERZEITUNG „WAS WIR WOLLEN". ÜBRIGENS: AM 27. JANUAR HAT DAS HAUPTSACHEVERFAHREN UM DAS KKW WYHL BEGONNEN.

„Ca. 500 Leute aus der Region füllten den Saal, mehr wurden von der Polizei nicht reingelassen – eine neue Form von Saalschutz? Überhaupt stand unser Schutz durch mehrere Hundertschaften Polizei mit Hunden und voller Kampfausrüstung (in den oberen Räumen über dem Saal versteckt) an erster

Ich glaube, der einzige Grund für die Fortstzung der Gespräche war das sichere Wissen, daß die größte Blamage für die Landesregierung noch bevorstand in Bezug auf die Gutachten, und das wollte man ihr auf keinen Fall ersparen. Die Landesregierung hatte immerhin behauptet, auf grund dieser Gutachten stände dem Bau nichts mehr im Wege.

Prof. Ruf und zwei weitere Kollegen von der Bayrischen biologischen Versuchsanstalt referierten mit vielen Fremdworten zur radiologischen Auswirkung durch Abluft und Abwasser. Dr. Herbst aus Freiburg zeigte auf, wie unvollständig die Forschung noch sei und man deshalb noch gar keine 100%igen Aussagen machen könne. Herr Eberle beschränkte sich darauf festzustellen, daß sich auch seine Werte im Rahmen der neuen Strahlenschutzverordnung hielten.

Herr Wüstenhagen bekam jetzt endlich Gelegenheit, auf die Vorwürfe des Innenministers einzugehen und endete mit dem Hinweis, daß das Land Nordrheinwestfalen die Konsequenz aus der Studie gezogen hätte mit einem 2-jährigen Baustopp. Unserer Forderung, es seinem Kollegen Kühn nachzutun, mochte Eberle natürlich nicht nachkommen.

Jetzt gingen unsere wissenschaftlichen Berater auf die Gutachten im einzelnen ein und zeigten, was davon zu halten ist. Am auffallensden waren die Rechenfehler, die Herrn Handke bei der Berechnung der radioaktiven Belastung des Weines angelastet wurden. Er bezog sich auf seine Computer, die immer niedrigere Werte berechneten als unsere! Weiter wurden die Anreicherungsfaktoren zu niedrig berechnet, ihre Konzentrationsabhängigkeit nicht berücksichtigt, usw. usw. Diese Mängelliste wurde beliebig fortgesetzt; ganz wichtig noch, Unfälle, Leckagen sind in keiner Weise berücksichtigt, obwohl in der Präambel der Offenburger Vereinbarungen steht: „Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung haben absoluten Vorrang!"

Jeder im Saal konnte erkennen, daß diese „Gutachten" wissenschaftlich schlampig gemacht, falsch berechnet oder un-

spukt Baader-Meinhof dazwischen rum". Man müsse auch sehen, daß Einschränkungen der gewerkschaftlichen Freiheit am Vorabend jeder Tarifrunde stattfänden und zwar in publizistisch groß aufgemachten ‚Maßhalteappellen' von Bundesregierung, Bundesbank, Sachverständigenrat und wissenschaftlichen Instituten, d.h. von seiten der „wirtschaftspolitischen Viererbande".

Angesichts der Rechtsentwicklung, die sich in Parolen vom ‚Gewerkschaftsstaat' ebenso bemerkbar mache, wie in der verfälschten Mitbestimmungsregelung, der verhinderten Reform der beruflichen Bildung und den ‚Berufsverboten gegen links', sei es mehr denn je notwendig, gewerkschaftliche Zielvorstellungen zu verwirklichen.

Das gewerkschaftliche Ziel der Verwirklichung des Sozialstaats beinhaltet den Ausführungen des Kollegen Hensche zufolge „eine drastische Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich", ein „System der gesellschaftlichen Kontrolle der Investitionen", das „Verbot der Aussperrung" und vor allem die „Teilhabe der Arbeiter und Angestellten an der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Macht". Hensche schloß seine Rede mit dem Hinweis darauf, daß die Verfassung der Bundesrepublik die Errichtung einer „sozialistischen Wirtschaftsordnung" durchaus zulasse.

Auf die aktuelle Tarifrunde in der Metallindustrie ging Helmut Buck, 1.Bevollmächtigter der IG Metall Ortsverwaltung Reutlingen, ein. Er wies vor allem die Angriffe gegen die IG Metall zurück und wandte sich gegen die Anstrengungen von vielen Seiten, die gewerkschaftliche Organisation zum ‚Buhmann' zu machen. Wirtschaft und Währung seien noch nie an Lohnforderungen zugrundegegangen, aber schon mehrmals an Krieg und Inflation. Die Maßhalteappelle kämen gerade von denjenigen, die in den letzten Jahren erhebliche Einkommensverbesserungen durchgesetzt hätten, nämlich von Unternehmern, Ärzten und Parlamentariern. Kollege Buck wörtlich: „Ringsum stehen alle und kauen mit vol-

rien, trotzdem bildete sich auf die Initiative der Stadtzeitung Saarbrücken hin, die jetzt mit ihrer Nr. 3 erschienen ist, ein Aktionskomitee gegen die Fahrpreiserhöhung (Roter-Punkt-Komitee), das über 4.000 Unterschriften sammelte und vor Schulen, Betrieben und in der Stadt über 20.000 Flugblätter verteilte. Innerhalb weniger Tage gabs drei Demonstrationen, bei deren Verlauf zeitweise die Busse blockiert wurden. An der größten Demo beteiligten sich ca. 600 Leute, „Oskars Knüppelgarde" (Oscar La Fontaine ist Bürgermeister) war auch dabei mit Schutzschildern, extra langen Knüppeln und chemical Mace. Sie gingen gewaltsam gegen die Blockierer vor und drängten sie von einer Kreuzung ab. Bei der vorläufig letzten Demo am 20.1. waren es mehr Polizisten als Demonstranten (etwa 150).

Zur Zeit wird versucht, einen Mitfahrdienst an den wichtigsten Haltestellen zu organisieren. Für den 5. Februar (verkaufsoffener Samstag) wird zu einer großen Demonstration gegen die Fahrpreise aufgerufen.

Weite Informationen beim Donnerstagstreff der Stadtzeitung, Saarbrücken ,Cecilienstraße 23, um 20.000 Uhr

PROZESS GEGEN EIN § 218-KOMITEE

FURTWANGEN 24. Januar Im Donaueschinger Amtsgericht fand am 19.1. ein Prozeß gegen zwei Mitglieder des Furtwangener Komitees gegen den § 218 wegen „Sachbeschädigung durch Plakatieren" statt. Anzeige war vom Furtwangener Bürgermeiser, dem CDU- und SPD- Vorsitzenden, sowie von Herrn Dold, einem Fabrikanten, erstattet worden. Als Anlaß hatten sie Ende Juli geklebte Plakate und überklebte Wahlplakate genommen.

Stelle bei den Sorgen der Landesregierung. Die Vertreter der Kraftwerke Süd GmbH (KWS) waren erst gar nicht erschienen! Unsere Sorgen in Bezug auf das geplante KKW Wyhl wurden dagegen sehr klein bewertet. Nicht einmal die neuen Studien des Instituts für Reaktorsicherheit, die bei einem GAU immerhin mit Millionen Toten rechnen (vgl. ID 160), wurden so ernst genommen, daß Minister Eberle sie als neuen Gesprächspunkt innerhalb der Offenburger Vereinbarungen akzeptiert hätte. Er verlas die Stellungnahme des Bundesinnenministers Maihofer dazu und wollte damit wieder zur Tagesordnung übergehen. Da der anwesende BUU-Vorsitzende H. Wüstenhagen in dieser Stellungnahme stark angegriffen wird, verlangten wir, daß er sich rechtfertigen dürfe, um uns selber ein Bild machen zu können. Abgelehnt.... Das gehöre nicht hierher, und für Sicherheitsfragen sei sowieso der Bund zuständig.

Rechtsanwalt de Witt wies Eberle darauf hin, daß der Bund kein Weisungsrecht zum Bau eines KKW habe und daß das Wirtschaftsministerium des Landes Baden-Württemberg als Genehmigungsbehörde die volle Verantwortung für die Zulassung trägt. Minister Eberle als Vorsitzender dieses Ministeriums sei deshalb auch für die Fragen der Sicherheit nicht nur der zuständige Mann, sondern duch seinen Amtseid (...das Wohl des Volkes zu mehren und es vor Gefahren zu schützen...) geradezu verpflichtet, die neue IRS-Studie zu untersuchen und alle weiteren Entscheidungen für ein KKW Wyhl zurückzustellen.

Es ist schon erlebenswert zu sehen, wie sich ein Minister, auf Karriere erpicht und verpflichtet, vor der Öffentlichkeit und regionaler Presse, vor Gutachtern und Kollegen windet, um sich dann mit ihnen zurückzuziehen zur Beratung. Dabei kam natürlich nichts heraus. Deshalb beantragen unsere Leute auch eine Pause, um zu überlegen, ob man unter soclhen Bedingungen überhaupt weitermachen wolle.

vollständig sind und damit keine Grundlage für den Baubeginn eines KKW, wo auch immer, sein können.

Marionette Eberle aber zieht den Schluß: „Mit diesen Gesprächen über die Gutachten sind die Offenburger Vereinbarungen erfüllt, die Gutachten sprechen nicht gegen den Standort Wyhl! Die Landesregierung kommt aber den Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen zusätzlich noch einmal entgegen, indem sie abwartet, bis in der mündlichen Gerichtsverhandlung in Herbolzheim auch noch die Restbedenken der Bedenken der Bevölkerung ausgeräumt werden."

Der darauf folgende Tumult im Saal hat ihm hoffentlich gezeigt, wie wir auf einen solchen Betrug reagieren werden."

aus: Was wir wollen 1/77, c/o Lothar Stark, Postfach 68 7832 Kenzingen

SONDERSCHICHTEN AN DER BAUSTELLE DES KERNKRAFTWERKES GRAFENRHEINFELD

SCHWEINFURT 26. Januar Seit Dezember 76 werden auf der Baustelle des KKW Grafenrheinfeld bei Schweinfurt Sonderschichten gefahren, anfänglich zwei Schichten zu je 10 Stunden, mittlerweise je zwei zu 12 Stunden. Ein Arbeiter, der anonym bleiben möchte, hat dies der Schweinfurter Presse mitgeteilt, und auf die Unvereinbarkeit dieser „mörderischen Schichten" (Brief) mit der zugleich wachsenden Zahl von Arbeitslosen hingewiesen. Begründet wurde dieses skandalöse Vorgehen der Bayernwerk AG damit, daß man durch nachträgliche (!) Sicherheitsauflagen beträchtlich in Verzug geraten

sei (z.Z. wird am Reaktorgebäude und am Noteinspeisesystem gebaut). Dadurch sei eine Inbetriebnahme bis zur „Winterspitze 79/80" des Stromverbrauchs in Gefahr geraten. Die IG Bau-Steine-Erden hat indessen alle Bauarbeiter aufgefordert, Überstunden abzulehnen. Wörtlich: „Der erweiterte Vorstand des Bezirksverbandes Schweinfurt der IG B-S-E stellt mit Befremden fest, daß bei Bauvorhaben immer wieder Fertigstellungstermine festgelegt werden, die zur Verletzung der tariflich bestimmten Arbeitszeitbestimmung führen. Besonders bedauerlich ist dabei, daß oft auch bei öffentlichen Bauvorhaben die Arbeitszeitvorschriften immer wieder mit Füßen getreten werden. Angesichts der hohen Arbeitslosenzahl ist diese völlig unverständlich Der erweiterte Vorstand fordert alle Bauarbeiter auf, in Solidarität mit den Arbeitslosen Überstunden abzulehnen. Jeder Kollege, der deshalb betrieblich benachteiligt wird, erhält den Rechtsschutz der Gewerkschaft."

IG Bausekretär Hollwich wie auch darauf hin, „daß Arbeiter der Firma 'Dyckerhoff & Widmann' nach Fertigstellung des Projekts 'Roter Kuppe' (ein äußerst umstrittenes Hotelprojekt im Naturpark "Rhön") für längere Zeit in Kurzarbeit gegangen war, um nun wieder massenweise Überstunden zu leisten."

Infolge der kalten Witterung der letzten Wochen soll es sowohl zu einer vermehrten Anzahl von Betriebsunfällen, wie acuh zu Arbeitsniederlegungen unter Protest gekommen sein.

Im Übrigen: Der Stadtrat Schweinfurts hat in seiner Sitzung am 1.12.76 (einstimmig) beschlossen, endgültig keine Vergleichsverhandlungen mit der Bayernwerk AG zu führen, und sattdessen 150 000 DM im Haushalt '77 für das Hauptgerichtsverfahren gegen die BAG zur Verfügung zu stellen, mit dessen Eröffnung im Frühjahr gerechnet wird. Dabei sollen mehrere bekannte Gutachter auftreten. Ausschlaggebend für diese Entscheidung dürften neben dem über diese Frage ausgebrochenen Streit unter den drei Fraktionen auch die Unterschriften aktion der Bürgeraktion, bei der sich nahezu alle Ärzte und Apotheker beteiligten, sowie die Unterschriftensammlung auf der Starße durch die Gruppe „KKW-Nein". sein.

FORDERUNG NACH SOFORTIGEM BAUSTOP FÜR AKW

NECKARWESTHEIM/ STUTTGART 27.Januar

Der fraktionslose Stadtrat Eugen Eberle hat im Stuttgarter Gemeinderat den Antrag gestellt, daß die gemeindeeigenen Technischen Werke Stuttgart (TWS) sofort alle weiteren Baumaßnahmen am Atomkraftwerk Neckarwestheim stoppen. Der Antrag soll voraussichtlich am 3.Februar um 16.30 Uhr in öffentlicher Sitzung des Stuttgarter Gemeinderats behandelt werden. Die Stuttgarter Bevölkerung soll nicht über ihre Technischen Werke dem Bau von umstrittenen Atomkraftwerken Vorschub leisten.

UMWELTSCHÜTZER HIELTEN MAHNWACHE

PHILIPPSBURG 22. Januar

Mitglieder der Bürgeraktion Umweltschutz Waghäusel – Lußheim hielten am Samstagmorgen, den 22.1.1977, eine Mahnwache auf dem Philippsburger Marktplatz, um gegen die Nichtveröffentlichung des Katastrophenschutzplanes im Zusammenhang mit der in diesem Jahr bevorstehenden Inbetriebnahme von Block I des Kernkraftwerks Philippsburg zu protestieren.

Gasmaskenträger wiesen im Gespräch mit interessierten Passanten auf die Gefahren der Kernenergie hin („Vor Radioaktivität schützen keine Gasmasken"; „Kennen Sie den Katastrophenplan? "; „Wohin mit dem Atommüll? " usw.). Die Aktion der Bürgeraktion Umweltschutz erhielt zusätzliche Aktualität durch die jüngste Veröffentlichung geheimer Studien über Störfallfolgen in Kernkraftwerken und Wiederaufarbeitungsanlagen (Millionen von Toten) sowie die neuerliche schwere Betriebspanne im Kernkraftwerk Gundremmingen (gleicher Reaktortyp wie in Philippsburg).

Es blieb der Polizei vorbehalten, die Mahnwache um die Mittagszeit aus formalem Grund (eine Mahnwache sei anzumelden, und ihre Durchführung hänge von der Genehmigung seitens der Ordnungsbehörden ab) gegen den Protest der Umweltschützer aufzulösen.

„ANARCHISTISCHER TERROR IN BROKDORF" (hihi)

KARLSRUHE 27. Januar

Die Kernkraftwerksbetreiber beabsichtigen noch rechtzeitig zu der angekündigten Großkundgebung am 19. Februar in Brokdorf bundesweit eine Anzeigen- und Plakatenkampagne zu starten. Die Plakate – auf den üblichen Plakatwänden in Stadt und Land angebracht – zeigen sechs Fotos (von Werkschützern aus dem Gelände heraus fotographiert, hervorragende Qualität trotz Riesenformat 60 x 80 cm) Aufschrift auf jedem Foto: **„Anarchistischer Terror in Brokdorf".**

In der Mitte zwischen den Fotos soll folgender Text eingerückt werden in Riesenlettern:

„Terror, Terror, Terror, diese Leute wollen ihnen ihre Arbeitsplätze wegnehmen!"

Auf den Fotos sind Demonstranten zu sehen, auch eine Fahne der KPD und wie versucht wird, mit Drahtschneidern und Scheren den Zaun aufzuschneiden. Aufgrund dieser Hetzpropaganda der Kernkraftwerksbetreiber fordert die Initiativgruppe KKW-Nein-Neupotz/Karlsruhe dazu auf, den Informationsfluß zwischen den Gruppen zu verstärken und schlagen deshalb ein überregionales Treffen der KKW-Nein-Gruppen für Mitte März/Anfang April vor.

Kontaktadresse: Initiativgruppe KKW-Nein-Neupotz c/o Studentenwerk, Karlsstr. 39, 7500 Karlsruhe 1

AKW-VERANSTALTUNG IN FRANKFURT

FRANKFURT 27. Januar

Am 2. Februar wird um 19.30 Uhr im Frankfurter Volksbildungsheim eine Veranstaltung gegen Atomkraftwerke stattfinden. Noch vor der Großkundgebung am 19. Februar in Brokdorf wollen die Veranstalter – Initiativgruppe Frankfurt gegen Atomkraftwerke und Club Voltäure – die Bürger von Frankfurt über Atomkraftwerke informieren, dabei näher auf Biblis eingehen und für die Großkundgebung in Brokdorf mobilisieren. Die Veranstaltung soll auch zur Gründung einer Frankfurter Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke beitragen.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

KKW - INFORMATIONSMATERIAL

HAMBURG 1.DIA-Serien, Super-8-Filme, Viedeo-Bänder (für Sona-CV-Geräte) über die Brokdorf Demonstrationen vom 30.10.76 und 13.11.76 und über die Entwicklung der Bewegung gegen KKW's können gemietet bzw. auch gekauft werden beim: Reents-Verlag, Lerchérstr. 75, 2000 Hamburg 50, Tel.: 43 53 06, 14.00 - 17.00.

2. Die Regionalgruppe Altona der BUU hat Anfang Januar 77 die erste Ausgabe eines „Nachrichtendienstes gegen Atomerergie und Umweltverschmutzung" herausgegeben. Der ND soll wöchentlich erscheinen und„zum aktuellen Informationsaustausch innerhalb der Antiatomkraftwerksbewegung in Norddeutschland dienen. Er soll in einer größeren Zahl gedruckt werden — schon damit der Preis der einzelnen Ausgabe erträglich bleibt. Er sollaktuelle Meldungen aus der Presse, Nachrichtenagenturen, Rundfunk und Fernsehen und den Bürgerinitiativen selbst allen Interessenten als Arbeitsmaterial zur Verfügung stellen. Dazu brauchen wir Eure Unterstützung. Der ND kann im Wesebtlichen immer nur die Informationen bringen, die aus den Gruppen und von einzeln zelnen Interessierten zu uns kommen. "

Die Regionalgruppe Altona ruft daher auf, regelmäßig Zeitungen, Flugblätter, Artikel aus anderen Zeitungen (insbesondere Lokalpresse) oder sonstige Berichte sowie Fotos an die Redaktionsanschrift zu senden. Wegen anderer Formen von Mitarbeit (möglicher technischer Unterstützung, Vertrieb, Verkauf) und Abo-Bestellungen wendet Euch bitte an die unten angegebene Kontaktsdresse.

Der wöchentliche ND kostet im Abo per Post 6 DM im Monat (4 Ausgaben) — zahlbar im Voraus! Extras werden auf besondere Bestellung geliefert und gesondert berechnet. Für Wiederverkäufer (Buchhandlungen, Bürgerinitiativen) Rabatte auf Anfrage — Kommissionslieferung ist möglich.

Anschrift: Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe — Altona ND-Redaktion c/o Jan Lüthje Tel.: 040/ 88 00 21 8, Bielfeldstr. 2, 2000 Hamburg 50 (Informationsbüro: bei der Osterkirche 23,2 HH 50)

Bei der gleichen Adresse kann auch eine Broschüre bestellt werden mit Augenzeugenberichten von den beiden Kundgebungen in Brokdorf. Die Berichte sind vom Ermittlungsausschuss und den Klägern der BUU zusammengestellt worden und geben ein Bild der beispiellosen Brutalität der Polizei und des BGS bei den Demonstrationen. Umfang: 56 S., viele Fotos, Stückpreis 3 Mark plus Versandkosten.

HANNOVER Die Bürgerinitiative gegen Atomernergie Hannover hat eine Broschüre gemacht, die auch über den Hannoverschen Raum hinaus wichtig und lesenswert ist. In kurzer Form wird über die Entwicklung des Widerstands gegen die Funktion von Reaktoren dargestellt. Diese Broschüre kostet eine BRD-Mark plus Versandkosten (meist -.50). Der minimale Überschuß (ca. 250.- bei dieser ersten Auflage) fließt der Bürgerinitiative zu

Versandadresse: J. Ruppert, Lauennauerstr. 12, 3000 Hanover 91, Tel.: 44 71 37 gegen Vorkasse
Außerdem gibt es in Hanover jetzt ein Atom-Info-Zentrum (Büro) im unabhängigen Jugendzentrum Nordstadt, Kornstr. 28 - 30, Tel.: 71 50 33/2, wo alles vorhanden ist und bekommen werden kann, was ein Antiatomlerherz erfreut (Flugblätter, Videoaufnahmen). Es ist jeden Tag von 10 - 18.30 geöffnet.

TÜBINGEN Unterrichtsmaterial über Atomkraftwerke. Es enthält Basiswissen für den Lehrer und Schülertexte. Aus dem Inhalt: kritische Auseinandersetzung mit U-Material der Atomkraftwerksindustrie, wirtschaftliche Verflechtung, ökologische und biologische Auswirkungen, Bürgerinitiativen um Wyhl, Funktionsweise, Energiebetrachtung.
Preis 5 Mark plus Porto, **Bund für Umweltschutz, Postfach 1141, 7400 Tübingen, Stichwort: Unterrichtsmaterial**

BROKDORF-HILFE : NACHTRAG

AACHEN 25. Januar Für Leute, die für die Brokdorf-Hilfe spenden, sei's nochmal geschrieben: Das Geld **nicht** wie in ID 153 veröffentlicht, auf das Aachener Konto überweisen, sondern direkt auf die Konten der BUU-Altona (siehe ID 154). Entweder für das Konto des BUU Rechtshilfe- und Ermittlungsausschusses, der vor allem die Rechtshilfe und Verteidigung festgenommener Demonstranten übernimmt und in einigen Fällen gegen Polizisten, Werks- und Bundesgrenzschützer ermittelt:

Kto. Piontek/BUU-Rechtshilfe, Kto.Nr. 11/18413, Westbank Hamburg, BLZ 200 300 00

oder auf das Konto der BUU-Verletztenhilfe, die auf der Brokdorf-Demonstration vom 13.11.76 einen Sanitätsdienst organisierte und das auch für die Demonstration am 19.2.77 vorhat:

Konto. Lüthje/BUU Verletztenhilfe, Kto.Nr. 11/18397, Westbank Hamburg MLZ 200 300 00

Sollte doch noch jemand sein Geld, das er ursprünglich für die zertrampelte Wiese gespendet hat, zurückwollen, dann an:

Ulrich Osbergshaus, c/o Klenkes, Zeitung Aachener Bürgerinitiativen, Oppenhoffallee 107, 5100 AACHEN schreiben.

NAZI–MASSENMÖRDER SORGT SICH UM SEINE RESOZIALISIERUNG

HAMBURG 26.Januar Der ehemalige SS-Untersturmführer Wilhelm Rosenbaum hat einen Rechtsstreit gegen die Zeitung des KB ‚Arbeiterkampf', begonnen. Dort wurde behauptet, der zu lebenslang Verurteilte werde durch unverhältnismäßig viele Haftunterbrechungen begünstigt. Die,öffentliche Arbeitsgruppe gegen politische Unterdrückung in der BRD' teilt dazu mit:

„Rosenbaum wurde 1968 zu lebenslanger Haft verurteilt, weil ihm 148 grausame Morde nachgewiesen werden konnten. Er war 1942/43 Wirtschaftsführer einer Polizeischule in Bad Rabka in Polen. Dort fuhr er öfters durch die Stadt und schoß wahllos auf vorübergehende Juden. Einem Juden ließ er vor der Erschiessung die Hände abhacken, weil er laut ‚Jesus' gerufen hatte. Eine Familie ließ er mitsamt ihren zwei kleinen Kindern erschiessen, weil sie Rosenbaum hieß. „Kein Jude darf meinen Namen tragen", war seine Begründung. Seine Opfer pflegte er in kalkgefüllte Gruben zu werfen — auch, wenn sie noch lebten!

Per Einstweiliger Verfügung hatte Rosenbaum der Zeitung ‚Arbeiterkampf' vor seiner Entlassung verbieten lassen wollen, weiterhin zu schreiben, er werde in der Strafanstalt Fuhlsbüttel durch unverhältnismäßig viele Haftunterbrechungen begünstigt. der Arbeiterkampf Nr.88 hatte im September berichtet, daß ein Gefangener, der sich über die nach seinen Beobachtungen bevorzugte Behandlung Rosenbaums empörte, dies den Hamburger Bürgerschaftsfraktionen, der Jüdischen Gemeinde und vielen anderen Stellen geschrieben hatte. Als einzige Reaktion kam ein recht knapper Brief der Jüdischen Gemeinde, die la-

konisch festellte, sie habe sich bei der Behörde erkundigt und die habe die Vorwürfe bestritten. Mittlerweile ist der Fall zu einem Skandal geworden; die bürgerliche Presse berichtet seit Wochen bereits über Rosenbaums Vergünstigungen und Verbrechen. Die ‚Bildzeitung' konnte am 22.12. — unseres Wissens bisher unbeschadet — das gleiche Zitat bringen, das Rosenbaum dem Arbeiterkampf verbieten wollte.

Das Widerspruchsverfahren konnte Rosenbaum noch gewinnen. Das nahm sein Anwalt zum Anlaß, mit zwei weiteren Anträgen nachzustoßen, in denen er ausführte, Rosenbaum habe, da er nach Hamburger Gnadenpraxis wohl bald entlassen werden würde, ein Anrecht darauf, daß man nicht mehr über ihn berichtet bzw. im Zusammenhang mit NS-Verbrechen nicht mehr seinen bürgerlichen Namen nennt, damit seine Resozialisierung nicht gefährdet würde!!"

INTERNATIONALES

GROSSE FRAUENDEMONSTRATION IN ROM
„Das Glück ist keine Utopie,
Frau schrei es: ich gehöre mir!"

ROM
23.Januar

In der Nach von Samstag auf Sonntag, am 27.12., fand in Rom eine außergewöhnliche Demonstration statt: etwa 15 000 bis 20 000 Frauen demonstrierten gegen „Gewalt gegen Frauen" und zogen durch die nächtlichen, teilweise sehr belebten Straßen, ausgerüstet mit Fackeln, bunten, goldglänzenden oder phosphorierenden Spruchbändern und Plakaten, mit Puppen, die das Patriarchat, die Kirche und den Staat darstellen sollten oder waren selbst als Hexen verkleidet oder mit Flitterzeug behangen.

„Die Nacht gefällt uns — wir wollen in Frieden rumlaufen" — zumindest dieses eine Mal war es nicht gefährlich, unter Frauen, ohne Männerbegleitung abends auszugehen, konnten wir uns auf den Straßen bewegen, wie wir wollten, ohne Angst vor Vergewaltigungen, Anpöbeleien,Blicken,Betatschereien etc. zu haben.

Doch die Frauen demonstrierten nicht nur gegen diese sichtbaren Formen der Gewalt, die täglich gegen Frauen ausgeübt wird, auch wenn diese ‚offensichtliche' Gewalt in Italien geradezu ‚politische' Züge annimmt: So wurde im November ein 15jähriges Mädchen in Verona vergewaltigt, weil sie eine Feministin ist... „Unsere ganze angestaute Wut und Empörung über unsere sexuelle, psychische und physische Ausbeutung als Objekte der Männer machte sich Luft: Werbe- und Filmplakate längs des Wegs gingen in Fetzen; an verschiedenen Cafes — fast ausschließlich für Männer reservierte öffentliche Treffpunkte in Italien — gab es eine Rangelei, und den am Rand stehenden Männern und Genossen wurden Sprüche zugerufen, die ihnen eine Solidarisierung wahrscheinlich schwer bzw. unmöglich gemacht haben:
sowohl die recht wohlmeinende Aufforderung, lieber zu Hause abzuwaschen, statt hier glotzend rumzustehen, bis hin zu dem Rat, daß die „unterdrückten Männer sich nicht bei uns,sondern lieber im Klo einen wichsen sollten...." Was eine jede einzelne Frau in der Beziehung zu Männern tausendmal erfahren hatte, machte sich Luft. Und nicht eine Frau, sondern 20 000 Frauen schrien den Männern zu: *„Du hast weder Liebe noch Phantasie, du mit deinen ganzen Widerwärtigkeiten, hau doch ab!"*

Die Frauen auf der Demo fühlten sich stark und glücklich: an einem bestimmten Punkt, als überblickt werden konnte, wie groß die Demo — die nur auf lokaler Ebene angekündigt worden war, wenn auch Genossinnen aus anderen Städten in der Nähe Roms teilnahmen — war, hieß es nur noch: Eviva le donne! (Es leben die Frauen!) Die ‚politisch-materiellen' Forderungen, wie ‚Freie Abtreibung' oder gar ‚Lohn für die Hausarbeit' usw. standen absolut im Hintergrund: wenn, dann wollte Frau das Glück, und zwar für sich: *„Das Glück ist keine Utopie, Frau schrei es: ich gehöre mir!"* oder *„Keine Madonnen oder Huren mehr, endlich sind wir nur noch Frauen!"*

Daß eine solche neue Art der Demonstration, daß diese neuen Inhalte möglich wurden, erklärt sich aus über Monate sich hinziehenden Diskussionen und Auseinandersetzungen über die Erfahrungen, die die Frauenbewegung mit der Kampagne für die „freie und kostenlose Abtreibung" gesammelt hatte: ein Teil der (autonomen) Frauenbewegung aus Turin hatte einen eigenen Gesetzesvorschlag verfasst; sie wollten auch in Gesetzesform präzisieren, was „Freie Abtreibung" für die Frauen bedeutet. Nach monatelangen Auseinandersetzungen über diesen Vorschlag — und das heißt nach monatelangen Diskussionen über das, was an der Freien Abtreibung wirklich frei ist, über die Selbstbestimmung des Körpers, Sexualität und Mutterschaft hatte sich der überwiegend größte Teil der Frauenbewegung faktisch geweigert, diesen Gesetzvorschlag zu unterstützen: die Abtreibung, als eine der brutalsten Formen der Gewalt gegen den Körper, die Psyche, die Sexualität und überhaupt das Leben der Frauen darf zwar nicht strafbar und muß frei von staatlicher Bevormundung sein — in Bezug auf die Befreiung der Frau aber ist sie nur ein erster, kleiner Schritt, weil diese ‚Freiheit' sozusagen nur negativ definiert werden kann. Sie ist die Negation der Mutterschaft, das heißt, die Negation einer Möglichkeit des weiblichen Körpers, die die Frauen für sich zurückerobern müssen und nicht einfach leugnen können. Aus diesem hier nur angedeutetem Zusammenhang hat sich in der italienischen Frauenbewegung die Auseinandersetzung mit der Gewalt ergeben, die generell auf jeder Ebene das Leben der Frauen bestimmt: weitere Demonstrationen im Dezember in Mailand und jetzt im Januar in Turin, die ebenso zahlreich waren, zeigen, wie groß das Bedürfnis ist, sich dagegen zu wehren.

NACHRICHTEN AUS DER INTERNATIONALEN FRAUENBEWEGUNG

WESTBERLIN
15. Januar

Aus der Courage Nr. 1 vom 15. Januar 77, übernehmen wir die folgenden Nachrichten aus anderen Ländern:

ITALIEN

Seit dem 2. Oktober halten Frauen einen Palazzo in Rom besetzt. Das Haus war zehn Jahre nicht mehr bewohnt worden und durch die Nachlässigkeit der Verwaltung allmählich verfallen. Damit ist es in den Besitz von allen übergegangen, sagen die Frauen. Sie haben das Haus besetzt, um es vor dem Verfall zu retten und vor der Spekulation ,die in Rom die älteren Viertel bedroht. „Wir brauchen einen Raum, um unsere Kämpfe zu organisieren, wo wir arbeiten und unsere Kreativität entfalten können. Wir werden das Haus wieder instand setzen, und es wird endlich einen vernünftigen Zweck haben,nämlich uns allen zu gehören". Die Frauen haben angefangen, Schwangerschafts- und Rechtsberatung für die Frauen des umliegenden Viertels zu geben und das Haus steht Tag und Nacht für geschlagene Frauen offen.

ITALIEN

Frauen der CISA (Informationszentrum für Sterilisation und Abtreibung) eine Organisation, die mit Hilfe der Radikalen Partei Abtreibungen durchführt helfen Frauen in Italien,wo die Abtreibung immer noch verboten ist.In Florenz besuchen jede Woche bis zu 200 Frauen die CISA-Hilfe, 10 % davon sind Frauen , die abtreiben wollen, die anderen, vor allem junge Frauen, lassen sich über Verhütung beraten. Nicht nur Abtreibung, auch das Verbreiten von Informationen über Empfängnisverhütung an Minderjährige ist in Italien verboten. In Florenz wurde die CISA-Wohnung von der Polizei aufgebrochen, 16 Leute verhaftet, 7 Frauen angeklagt. DieRadikale Partei und andere CISA;Gruppen in anderen Städten haben sofort reagiert, es wurde versucht, eine Selbstbezichtigungskampagne zu beginnen, was von der feministischen Bewegung nicht unterstützt wurde.

SPANIEN

Immer mehr Frauen kämpfen für die Abschaffung der mittelalterlichen Gesetze über Ehebruch, die Frauen in besonderer Weise diskriminieren. Eine Frau kann bis zu fünf Jahren Gefängnis für Ehebruch bekommen. Scheidung ist gesetzlich nicht möglich. Am 13.11.76 erschienen drei Polizeisten mit einem Vollziehungsbescheid im Haus von Angeles Munoz in Barcelona, um ihre sechsjährige Tochter zu holen. Mit der Hilfe von 40 Frauen konnte Angeles sich erfolgreich dagegen wehren und die Polizisten mußten wieder abziehen. 1970, zwei Monate nach der Geburt der Tochter, hatte der Ehemann Angeles verlassen. Sie schlug sich als Putzfrau durch und nahm Mieter ins Haus. 1973 begann sie mit einem anderen Mannzu leben. Als sie schwanger war, tauchte der „legale" Ehemann wieder auf und verklagte sie wegen Ehebruchs auf Herausgabe der Tochter, um die er sich nie gekümmert hatte. Angeles muß das Kind herausgeben. Am Morgen des Prozesses versammelten sich 300 Frauen vor dem Gericht und sangen Lieder: „Ich bin auch eine Ehebrecherin", „Wir sind nicht das Eigentum unserer Ehemänner!", „Nieder mit der Ehe!"

PARIS (europäischer Frauenkongreß)

Für Ende Februar 1977 ist in Paris ein europäisches Frauentreffen unter dem Motto„Frauenkämpfe, Klassenkämpfe" geplant.In einem Aufruf dazu heißt es: „Aber wir, die die Frauenkämpfe nicht isoliert von den Kämpfen für die Befreiung der Arbeiter und dem Aufbau der autonomen Frauenbewegung sehen wollen, wir halten es für notwendig, einen politischen Austausch zwischen Feministinnen anzuregen, die in verschiedenen Ländern und in unterschiedlichen politischen Situationen kämpfen, besonders in Südeuropa, wo Frauenkämpfe sich mehr und mehr ausdehnen."

Zu einem nationalen Vorbereitungs treffen am 4./5. Dezember 1976 in Düsseldorf schickten nur verhältnismäßig wenige Frauenzentren Delegiertinnen. Von den ca. 30 in Düsseldorf versammelten Frauen war ein kleiner Teil mit dem Aufruf nicht einverstanden, da in im unklar blieb, was unter „Kämpfen zur Befreiung der Arbeiter" lösgelöst von der Frauenbewegung zu verstehen sei. In der nationalen Vorbereitung des Kongresses soll die Frauenarbeit im Vordergrund stehen, Frauenarbeit im Unterscheid zur Männerarbeit in der dreifachen Bestimmung: als Kindererziehung, Hausarbeit und Berufsarbeit. Kontakt über das Düsseldorfer Frauenzentrum, c/o Birgit Freitag, Erkratherstr. 265, 4000 Düsseldorf.

ENGLAND

Gegen Berufsverbot für Lesbierinnen und für eine finanzielle Entschädigung führt Loise Boyschul seit dem 11.11.76 einen Arbeitsgerichtsprozeß. Sie verklagte eine internationale Versicherungsgesellschaft. Sie war entlassen worden, weil sie bei der Arbeit einen Anstecker mit dem Lesben-Zeichen getragen hatte. An der Einstellung des Gerichts gegenüber lesbischen Frauen gibt es keinen Zweifel mehr, seit der Vorsitzende Loise das 1. Buch Moses vorgehalten hatte, wo es heißt: „Gott der Herr wird die Perversen vernichten". Das Verfahren läuft noch, dank der Frauenbewegung in England wird Gott der Herr an seinem Vorhaben gehindert werden.

„Wir haben nicht ein ganzes Leben gelebt, um jetzt dadurch zu Tode zu kommen, daß sich niemand mehr um uns kümmert." In London haben alte Frauen angefangen, sich gegen die miserablen Lebensbedingungen zu wehren, Rentnerinnen (und Rentner) organisierten im Oktober eine Protestwoche mit Demonstrationen, mit Wachen vor den Häusern zuständiger Parlamentsabgeordneter und Versammlungen. Sie verlangen eine Rente, die die Hälfte des durchschnittlichen Arbeiterlohnes betragen soll. Heizkostenzuschuß und keine Kürzungen. (Tausende von alten Leuten starben im letzten Jahr in England an Unterkühlung und Erkältung). Regen und Kälte hielten die Frauen nicht davon ab, auch nachts Wache zu halten, um auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen. Eine Frau, Ada Picton aus Brent, blieb 48 Stunden hintereinander wach, „auch Wache" und sagte nachher: „Eigentlich müßte ich völlig erschöpft und erkältet sein nach zwei Nächten, aber es geht mir prima — ich glaube, das liegt am Schnaps, den wir in der letzten Nacht hatten."

HOLLAND

Fünf Frauen haben die „Big Mamma Blues Company" gegründet. Sie geben Konzerte für Frauen, spielten bisher in Holland und haben ein Interesse von Frauen in anderen Ländern zu hören, die auch Musik machen. Zu erreichen über Frauenhaus (Vrouwenthuis) Nieuwe Herengracht 95, Amsterdam.

Eine Adresse, die wichtig ist, wenn Frauen über Frauen studieren wollen: das Internationale Feministische Archiv, Amsterdam, Herengracht 262-266.

„WIR HABEN ES SATT, WIE TIERE ZU LEBEN (II)

BARCELONA
20. Januar

DIE PLÄNE DER FABRIKHERREN

Der erreichte Prozeß der Selbstorganisation hatte den Bannfluch geschleudert gegen das Allerheiligste des kapitalistischen Eigentums und kapitalistischer Ausbeutung: Die Macht und Willkür der Fabrikherren, die despotischen Anordnungen der zwischengeschalteten Instanzen und einer untauglichen Direktion, die allesamt unfähig sind, mehr von sich zu geben als das, was der Direktor Garcia Bou der Delegiertenkommission sagte: Disziplin, Disziplin, Disziplin, Produktion, Produktion, Produktion', worauf wir Arbeiter antworteten: 'Und mehr, und mehr Lohn!' Oder was der Arbeitgebervertreter bei den Tarifverhandlungen, Purroy, sagte: ‚Wenn Arbeiter nicht zufrieden sind, sollen sie doch woanders arbeiten gehen.'

Und die Arbeiter? Und unsere Bedürfnisse, unsere Sicherheit, unsre Silikose, Unfälle, Familien...? Das zählt in keiner Weise für diese Herren des Kapitals. Aber die Delegierten, das Fünfzehner-Komitee, der Prozeß der Selbstorganisation in einem Projekt einheitlicher gewerkschaftlicher Struktur, in der alle Tendenzen Platz finden, — das ist es, was es um jeden Preis zu liquidieren galt, weil ja — wenn wir Arbeiter uns selbst organisieren, um für unsre Klasseninteressen zu kämpfen — wir weder Diktate akzeptieren noch mit den Fabrikherren paktieren. Diese Haltung beizubehalten, bedeutet auf der einen Seite den Bruch mit allen Plänen der Regierung (ökonomische Maßnahmen), die das Gewicht der Krise auf unsere Schultern aufbürden wollen, und auf der anderen Seite zeigt es, welche Form des Kampfes und der Organisation wir als Arbeiterklasse haben müssen."

UNTERNEHMERREPRESSION UND ARBEITERANTWORT

So kommt es zu den genannten Maßnahmen der Firma gegen einzelne Arbeiter. Die Arbeiter sehen, „daß das nur das Vorspiel ist, um eine Heraussäuberung aller Vertreter der Arbeiter, d.h. aller Delegierten, einzuleiten....Sich der 50, 100 oder 500 Arbeiter zu entledigen, die besser die Lektionen des bisherigen Streiks gelernt haben und auf diese Weise die bewußteste Avantgarde der Roca zu enthaupten.

Das ist es, was die ökonomischen Maßnahmen der Regierung bedeuten: Arbeitskraft auszurangieren, um ‚den Laden zu säubern' und zur gleichen Zeit die käpmferischsten Leute ‚aus dem Verkehr zu ziehen', die den Fabrikherren die Stirn bieten und sich nicht niedertreten lassen und ihren Kollegen sagen, daß sie das auch nicht tun sollen. So sieht die nackte Brutalität dieses Kampfes aus , den das Recht der uneingeschränkten Entlassung darstellt. Unsere Antwort ist aber auch eine andere Realität: Totaler und unmittelbarer Streik in Verteidigung unseres Arbeitsplatzes!"

„Am 9. werden wir aus der Fabrik geräumt. Einmal auf der Straße, greift die Guardia Civil verschiedene Male an, es kommt zu den ersten Zusammenstößen. Am 10. um 6 Uhr morgens, als wir friedlich im Werksparkhaus versammelt sind, werden wir von neuem ohne Vorwarnung angegriffen. Gegen Mittag verteidigen wir Arbeiter uns, indem wir Barrikaden errichten, Steine werfen und die Rauchbomben, die auf uns geschleudert werden, zurückwerfen, und erreichen so den Rückzug der Guardia Civil. Am Abend beschießen sie mit Maschinenpistolen einige Wohnungen unserer Kollegen in der Roca-Siedlung.

Vom ersten Tag des Kampfes an macht die Firma Gebrauch von der einzigen Waffe, die ihr bleibt: der bewaffneten Repression. Ihre treuen Diener (Guardia Civil) machten sich mit einem wahrhaft verbrecherischen Sadismus daran, mit ihren Gewehrkolben Köpfe und ungeschützte Leiber zu zermalmen, und den Terror in der Roca-Siedlung zu verbreiten, die Arbeiter in den Cafes festzunehmen und zu verprügeln, und uns mit Maschinenpistolen bis in unsere Wohnungen hinein zu beschießen.

Einer Frau, die sich auf dem Balkon ihrer Wohnung befand, streifte eine Kugel die Wange und schlug dann im Innern der Wohnung ein. In einer anderen Wohnung kann man die Geschosse in der Decke stecken sehen; ebenfalls kann man die Einschläge in zahlreichen Balkonen und Fenstern anderer Häuser feststellen. In der staatlichen Volksschule haben sie Rauchbomben abgefeuert und damit die Kinder terrorisiert, genauso wie sie einen Herrn verprügelten, der zufällig dort vorbeikam.

Es gibt Hunderte von Zeugen dafür, und man kann die verformten Bleikugeln als Beweis vorlegen... Das ist es, ‚ihr gebildeten Herren von Roca', was ihr der Presse erzählen solltet, anstatt euer Entsetzen zur Schau zu stellen über das ‚Verbrechen' die Hochöfen stillgelegt zu haben. Aber für euch ist ein Hochofen unendlich viel mehr wert als der Arbeitsplatz, das Leben und die Gesundheit eines jeden von uns allen."

Der Generalstreik vom 12. November — der in Gavá und Viladecans total war — brachte neue Zusammenstöße zwischen den Streikenden und der Polizei. Bilanz: 40 Verhaftete, von denen 28 am gleichen Tag wieder freigelassen wurden, während der Rest der Militärgerichtsbarkeit überantwortet wurde.

Am 13. November versuchen die Arbeiter einen neuen Weg für Verhandlungen zu eröffnen, über den Erzbischof. Auf dessen Vermittlung hin erlaubt der Provinzdelegierter der CNS, daß eine Versammlung stattfindet, aus der durch geheime Wahl eine Zehnerkommission, in der einige Gewerkschaftszentralen vertreten sein sollten, hervorgehen sollte, und verspricht, daß man auf dieser Grundlage die Verhandlungen wieder aufnehmen könne. Die Versammlung wählt die genannte Kommission, aber in offener Abstimmung. „Die Versammlung will keine Auflagen... Wir haben offen abgestimmt, weil wir Arbeiter einige Interessen haben, die dieselben sind... Nun sollen sie die Kommission empfangen, die die Vollversammlung, das höchste Organ der Arbeiter, gewählt hat."

Angesichts dessen entscheidet der Provinzdelegierte der CNS jede Vermittlung zugunsten der Arbeiterseite einzustellen. Von den gewählten erhalten 9, insgesamt 44 Arbeiter die Kündigung in Form von Telegrammen. Man erreicht also die Gesamtzahl von 46 Entlassenen. Alle Entlassenen sind Delegierte!

Am 15. November hätte die Rückkehr an die Arbeit stattfinden müssen (jeweils mit Ablauf der von der Firma verhängten Straffristen der Suspendierung von Lohn und Arbeit). Die Vollversammlung der Arbeiter traf die Entscheidung, den Streik weiterzuführen und bekräftigte die anfänglichen Zielsetzungen („wenn wir wegen der Entlassung eines Kollegen in den Streik getreten sind, wie können wir dann wieder an die Arbeit gehen nun, wo wir 46 entlassene Kollegen haben? "

Drei Tage später, am 18. November, kündigt das Unternehmen die Schließung des Werks an, wenn das Personal für den Betrieb der Hochöfen nicht die Arbeit wiederaufnähme. „Eine despotische Maßnahme mehr," urteilen die Arbeiter. „Eine niederträchtige Drohung, um Furcht und Unsicherheit unter uns zu stiften. Ein Gewaltmittel, um die Schwächsten zur Rückkehr an die Arbeit zu zwingen. Aber unsere Einheit bleibt bestehen, über alle Versuche, uns zu spalten hinweg."

Das Werk wird geschlossen. Die Hochöfen werden funktionsunfähig. „Das haben sie provoziert. Zwei von diesen Öfen hätten schon seit acht Monaten repariert werden müssen. Das plötzliche fehlerhafte Löschen, das bewußt von der Firma selbst veranlaßt wurde, das war es, was den Schaden an diesen Hochöfen verursacht hat. Man muß auch sagen, daß die Temperatur der Öfen gut von dem Personal, das nicht dem Tarifvertrag unterliegt und sich nicht unserem Kampf angeschlossen hat, hätte aufrechterhalten werden können."

Die Not der 4.500 Arbeiterfamilien ist groß. Man versucht alle Mittel, um zu Verhandlungen zu kommen, man schreibt an den Gouverneur, den Provinzdelegierten der CNS, den Erzbischof, die Firma, man wendet sich an den Arbeitsminister („Wir wissen nichts von einem Konflikt bei Roca")... Man findet sich bereit, an die Arbeit zurückzukehren, wenn die Entlassungen in Sanktionen umgewandelt würden.

Die Haltung des Unternehmens bleibt unnachgiebig. „Unsere Feinde sind viele. In unserem Kampf stoßen wir andauernd mit der kapitalistischen Struktur zusammen (Unternehmer, Guardia Civil, faschistische Banden, Medien, Gewerkschaft usw.). Alle eng verschworen. Die Firma hat uns hinausgeworfen. Der Gouverneur hat den Beschluß unserer Häuser genehmigt. Die Banden degenerierter Faschisten haben unsere Delegierten mit dem Tode bedroht und Bomben in ihre Wohnungen gelegt..."

Im bisherigen Verlauf des Streiks wurden wiederholt Anschläge auf die Delegierten verübt, mit Sprengstoff, Molotow-Cocktails, mit Knüppeln, Fahrradketten und Schlagringen, so daß diese zeitweise praktisch im Untergrund leben mußten. Den Arbeitern blieb nur die Möglichkeit der Selbsthilfe: Gruppen zur Bewachung der Wohnungen der Delegierten zu bilden.

„ Vom ersten Tag an haben die Massenmedien (Radio, Fernsehen usw.) uns dargestellt als Terroristen. Die bürgerliche Presse hat die Tatsachen verdreht zur Verleumdung der Arbeiter, die wir um unseren Arbeitsplatz kämpfen..." „... sie hat die Tatsache in einer Weise dargestellt, wie sie die Fabrikherren interessiert, weil diese ja das Geld haben, um die Nachrichten zu bezahlen, was wir Arbeiter nicht können. Sicher soll das die Pressefreiheit der politischen Reform sein: die der letzten 40 Jahre."

Angesichts dessen müssen wir einmal mehr herausschreien: ‚Ihr da, ihr Faschisten seid die Terroristen!' Wir müssen klarstellen, was den Anschlag vom 20. November auf ein Büro der Firma in Barcelona, Paseo de Gracia angeht, daß dies nicht unsere Kampf-

methoden sind. Wir Arbeiter von Roca denken, daß es sich um ein neues Manöver handelt, um die öffentliche Meinung gegen unseren Kampf einzunehmen."

AUGENBLICKLICHE SITUATION UND PERSPEKTIVEN DES KAMPFES

Die materielle Lage der Arbeiter ist sehr schlecht. Was an Spenden hereinkommt, reicht maximal, um jedem Arbeiter in der Woche 1000 ptas (ca. 35 DM) zu geben; nicht wenige haben aber Familien mit 4, 5, 6 Kindern. Dann die Isolation. Im Bereich von Gava und Viladecans sind die meisten Werke in der Hand der von der Kommunistischen Partei beherrschten Comisiones Obreras. Diese haben – genau wie die sozialistische UGT und die „apolitische" USO – kein Interesse daran, einen Streik zu unterstützen, der auf Selbstorganisation und imperativem Mandat beruht; denn sie wollen sich mit der Regierung gut stellen, um im Zuge der Gewerkschaftsreform legalisiert zu werden. Als einzige der Gewerkschaften unterstützt die anarcho-syndikalistische CNT die Arbeiter in ihrem Kampf. Das ist aber begrenzt, da sie sich selbst noch im Prozeß des Wiederaufbaus befindet. So sind die Arbeiter weitgehend auf sich selbst gestellt. Dennoch ist ihr Kampfgeist ungebrochen.

„Angesichts der allgemeinen Situation sind wir Arbeiter von Roca uns bewußt, daß die isolierten Kämpfe zum Scheitern verurteilt sind. Die Erfahrung hat uns das gelehrt (Motor Iberica, Metallstreik von Sabadell usw.) Deshalb rufen wir dazu auf, alle unsere Bemühungen zu vereinigen in einer gemeinsamen Front gegen die Fabrikherren und die Regierung, die sie schützt." Für den kommenden 24. Januar ist die Verhandlung über die Klage gegen die Firma wegen unbegründeter Entlassung der entlassenen Kollegen anberaumt. Für diesen Tag will die Vollversammlung der Arbeiter einen Aufruf zum Generalstreik im ganzen Gebiet des Vall de Llobregat erlassen.

Als Spendenkonto steht zur Verfügung **Postscheckkonto 97987-505 PSchA Köln (Ralf Stein) Stichwort „Roca".** Wir leiten die eingehenden Gelder dann unmittelbar an die Streikenden weiter. Eine Abrechnung wird in unseren „Iberien-Nachrichten" veröffentlicht werden.

Komitee Freies Iberien, c/o Ralf Stein, Postfach 10 18 26, 5000 Köln 1

AN ALLE METALLARBEITER EUROPAS:

„Kollegen,
Wir, die in der Vollversammlung zusammengetretenen Arbeiter des Unternehmens ‚Roca Radiatores' richten uns an Euch zu einem Zeitpunkt, wo ein Monat vergangen ist, seitdem unser Streik begonnen hat.

In diesen Augenblicken hängen das Leben und die Zukunft von 4500 Familien von der Unterstützung ab, die wir von den Arbeitern bekommen. Wir können auf niemand anderen mehr rechnen. Die Arbeitsgesetze der zweiten Regierung der Monarchie haben die willkürliche Entlassung von 42 unserer Kollegen legalisiert. Das Gesetz bestraft die Gruppen von Arbeitern, die über den Streik informieren und ihn ausdehnen. Die rechtsextremen Banden dagegen haben ungestraft sechs verbrecherische Attentate gegen uns verübt, die Guardia Civil (paramilitärische Landpolizei) haben unsere Häuser mit Maschinengewehren beschossen und acht Kollegen sind ins Gefängnis gekommen. Zwölf von ihnen sind unter die Militärgerichtsbarkeit gestellt worden und werden möglicherweise vor ein Militärgericht gestellt.

All diese Tatsachen stellen für uns die politische Reform der Regierung dar, über die sie uns in wenigen Tagen mittels des ‚Referendums' (Volksabstimmung) abstimmen lassen wollen,damit wir eine Regierung unterstützen, die gegen die Arbeiter gerichtet ist, und eine Monarchie, die uns aufgezwungen wurde.Auf der anderen Seite verfolgt die gewerkschaftliche Reform nur die Spaltung der Arbeiterklasse. Wir, die Arbeiter von ‚Roca Radiatores', kämpfen für die Zukunft unserer Kinder und – unabhängig von allen Ideologien und Nationalitäten – für die Einheit aller Arbeiter. Als unsere Kollegen bitten wir Euch, daß Ihr unseren Streik bekannt macht und uns dringend Eure Solidarität und Unterstützung zukommen laßt. Denn sonst wird die Unternehmerschaft faschistischen Musters einmal mehr ihre kapitalistische Unterdrückung durchsetzen und uns ihren Hungerpakt aufzwingen.

VOLLVERSAMMLUNG DER ARBEITER VON ROCA"

(Dieses Kommuniqué ist begeistert und einstimmig von der Vollversammlung der Arbeiter von Roca verabschiedet worden.)

Zur Zeit ist eine Delegation der Roca-Arbeiter in der BRD unterwegs, um über ihren Streik zu informieren. Die ‚Freundschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen Volkes' hat dazu mehrere Veranstaltungen angesetzt:

Samstag, 29.1. im Audimax der TU Berlin

Dienstag, 1.2., 18.30 Uhr, TU Berlin, Hörsaal 104

Freitag, 4.2. in Mainz

Sonntag, 6.2. in Frankfurt, Hörsaal V der Uni um 18.oo Uhr

KOLUMBIEN : WIEDER AUSNAHMEZUSTAND

WESTBERLIN
17. Januar

Nach nur vier-monatiger politischer „Normalität" herrscht in Kolumbien wieder einmal seit Anfang Oktober der Ausnahmezustand. Der langanhaltende Medizinerstreik und seine politischen Folgen, die die Regierung langsam unruhig werden lassen, vermehrte Entführungen und steigende Kriminalität sind nur einige der Ursachen, die zur Erklärung des Ausnahmezustandes führten. Nun sind Demonstrationen wieder verboten, die Regierung hat das Recht, Angestellten im öffentlichen Dienst wegen der Teilnahme an Streiks zu kündigen – eine gute Maßnahme also, um den sich immer mehr ausweitenden Mediziner–Streik zu bedrohen, aber auch eine nützliche Methode, um „Ausschreitungen" beim 5-Tage Besuch des Königs Juan Carlos und der Königin Sophie von Spanien zu verhindern. Maria elena Crovo, Arbeitsministerin und verantwortlich für die Hauptverhandlungen mit dem Gesundheitsdienst, reicht aus „gesundheitlichen und familiären Gründen" ihr Abschiedsgesuch ein – wie sie es auch schon vor einiger Zeit beim Bank Streik in diesem Jahr tun wollte. Justizminister Samuel Hoyos Arango folgt am 12. Oktober. In dieser kritischen Situation – es wurde außerdem von den im Gesundheitswesen Arbeitenden mit einem Generalstreik gedroht – kam der Besuch des spanischen Königs gerade zur rechten Zeit, auch, um die Aufmerksamkeit mit allem entsprechenden Prunk abzulenken von von der Lockheed-Affäre, in die nun auch Luftwaffenoffiziere verwickelt sind. Aber Dank des Ausnahmezustandes ist nun das Militär wieder für gerichtliche Entscheidungen zuständig, und der Militärgerichtshof kann nach eigenem Ermessen entscheiden.

NEUE UNIVERSITÄTSKRISE

Eine neue Krise bahnt sich an. Drei Monate nach Wiedereröffnung der Nationaluniversität von Bogotá mit einer Verwaltungsreform für die akademischen Statuten, für Professoren und Studenten und einer Erhöhung der Semestergebühren besetzten Militäreinheiten das Universitätsgelände, nachdem der Sicherheitsdienst in den WOhnheimen der Studenten eine Benzinbombe gefunden haben will. Der Rektor, Luis Eduardo Mesa Velaquez, beschuldigt die Regierung „hinter seinem Rücken" und ohne vorherige Absprache gehandelt zu haben. Rektor, Vizerektor und Generalsekretär sprechen ihre Kündigung aus.

400 Tagen für eine Lohnforderung von 4 T.L. (0,80 DM) Stundenlohn. Der Unternehmer will ihnen nur 2,5 T.L. geben. Neben ihrer Lohnforderung haben die Arbeiter die Parolen: „Arbeiter vereint euch" und „Der Faschismus wird nicht siegen".

Auch im Siemens-Werk von Bursa (Westanatolien) streiken die 275 Arbeiter seit dem 14.12.76. In einer Presseerklärung der streikenden Siemens-Arbeiter heißt es: „Während Siemens Hunderte von Millionen Lira Gewinne einstreicht, bekommen die Arbeiter nur 5,75 T.L. (0,90 DM) Stundenlohn... Gleichzeitig beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden. Siemens weigert sich, diese wöchentliche Arbeitszeit zu reduzieren."
Insgesamt streiken in der Türkei Ende Dezember 76 nach einer Aufstellung der liberalen Tageszeitung ‚Milliyet' vom 30.12.76 etwa 18.000 Arbeiter.

Eine weitere Nachricht sollte in der Bundesrepublik nich unbekannt bleiben: der rheinland-pfälzische Innenminister Schwarz kam in den letzten Tagen in die Türkei, um mit dem türkischen Ministerpräsidenten Demirel und Vertretern seiner reaktionären AP-Partei Gespräche zu führen. Laut Tageszeitung ‚Cumhuriyet' vom 3.1.77 äußerte sich Schwarz wie folgt: „Die CDU wird mit der AP zusammenarbeiten... Freiheitsverständnis und -prinzipien der AP erlauben eine Zusammenarbeit mit unserer Partei".

‚HILFE' IM ERDBEBENGEBIET

Noch einige Informationen zur Lage im ostanatolischen Erdbebengebiet. Daß die Erdbebenhilfe von Seiten der türkischen Regierung weitgehend plan- und programmlos abläuft, dürfte inzwischen in der BRD bekanntgeworden sein. Hierzu einige Details, die aus einer Serie von Berichten der Tageszeitung ‚Vatan' entnommen wurden. So hatte beispielsweise im Dorf Caldiran im Erdbebengebiet laut Angaben des Dorfvorstehers drei Wochen nach dem Erdbeben die Bewohner „kein einziges Brot als Hilfe bekommen". Ein Bauer erzählt: „An der Spitze des Hilfskomitees in Caldiran sind Gendarmen. „Gebt mir Brot", sagte ich, „meine Kinder haben Hunger". Die Gendarmen sagten: „Es ist verboten, hierherzukommen". Sie haben mich geschlagen und zu Boden geworfen. Sie haben mir zwei Rippen gebrochen". Die Opfer wissen zu berichten, wer Hilfsgelder erhält: „Das Geld des Hilfskomitees geht an die Mitglieder von CGP, AP und MHP (die Regierungsparteien, Anm. d.Verf.)".

Ein Beispiel für die Fehlorganisation der Hilfe: Vor dem Beben kostete in der Provinzhauptstadt Van eine Tonne Kohle 1.200 T.L.. Nun kamen 65 Lastwagen mit Kohle, die kostenlos verteilt werden sollte, ins Erdbebengebiet. Was aber passierte? Die Kohle wurde auf dem freien Markt verkauft, worauf zwar der Preis für die Tonne Kohle auf 700 T.L. sank, was aber für die mittellosen Erdbebenopfer immer noch zuviel ist.

Im Erdbebengebiet wohnen fast ausschließlich Kurden. Wie eng dort nationale Unterdrückung der Kurden und bewußte Verweigerung von Hilfe zusammenhängen, zeigt folgender Bericht eines Bauern aus der Kreisstadt Muradiye im Erdbebengebiet: „Meine Frau hat gestern abend eine Geburt gehabt. Im Zelt. Der Weg ist lang; es gab keinen Wagen, um sie ins Krankenhaus nach Van zu bringen. Ich bin hierhergekommen zur Verwaltung und wollte einen Wagen. Der Landrat hat geflucht: „Wir geben doch nicht jedem Dahergelaufenem einen Wagen, du elender Kurde. Wir sind doch alle Türken — oder ? " hat er geschrien und mich zu Boden gestoßen. Dann hat er mich ins Gesicht geschlagen."
Die Zeitung ‚Vatan' vom 27.12.76 zeigt ein Foto dieses Bauern: ein vierzigjähriger Mann, Blut auf der rechten Backe,blutunterlaufene und angeschwollene Augenbrauen. Ein Bild aus der heutigen Türkei.

Die Zeitung ‚Cumhuriyet' schrieb in den Ausgaben vom 10., 11.,12.Januar: Am 7.Januar kam es in Istanbul wieder zu einer der unzähligen und sich in letzter Zeit fast täglich abspielenden bewaffneten Zusammenstößen zwischen rechten und linken Studenten.

Ein faschistisches Kommando überfiel das als links bekannte Site-Studentenwohnheim, wo im Laufe der Schlägerei 2 revolutionäre Studenten verletzt wurden. Daraufhin unternahm die Polizei anstatt die Initiatoren der Auseinandersetzung zu verfolgen, in dem überfallenen Studentenwohnheim eine Hausdurchsuchung und nahm den IYÖD (Istanbul Yüksek Ögrenim Dernegi ≙ Studentenvereinigung Istanbul)–Vorsitzenden Pasa Güven fest. Nach Augenzeugenberichten schlug die Polizei dabei mit Gummiknüppel auf ihn ein. Bei der Verhaftung befand sich in Pasa Güvens Besitz ein Revolver. Überdies machte die Polizei eine Razzia im Büro der IYÖD, wo sie das Inventar zerstörte und 24 Studenten, die sich zu einer Lagebesprechung versammelt hatten, in ‚viehischer Weise:' festnahm und zum Polizeirevier brachte. Diese mußten jedoch am Abend wieder freigelassen werden.

Pasa Güven wurde dagegen am 8.Januar im Koma liegend ins Krankenhaus eingeliefert „...wurde der IYÖD-Vorsitzende Pasa Güven gefoltert, sein Gesicht und seine Augen ließ man blutverschmiert. Wie in den Zeitungen zu sehen war, wurde er mit einem Pistolenknauf ins Gesicht geschlagen. Die Wunde auf der Stirn zeigt das deutlich. Am selben Tag brachte man ihn in das 1.Revier, wo man ihn mit Stromstößen behandelte, ununterbrochen schlug man auf seinen Kopf ein. Wir kennen dies aus eigenen Erfahrungen ganz genau".

Pasa Güven's Rechtsanwalt erklärte, daß sein Mandant eine große Wunde an der Stirn, die von einem schweren Gegenstand herrühre, sowie Prellungen und Quetschungen am ganzen Körper habe. Sein rechter Arm sei dreimal gebrochen.

Inzwischen hatte Pasa Güven sich wegen unerlaubten Waffenbesitzes vor Gericht zu verantworten, das ihn zu 10 Monaten Gefängnis verurteilte.

Das ist also die Seite 27 vom letzten ID! Den Zusammenhang stellen darum die Seiten 26 und 28 vom ID 161 her.

TIMOR: FRETILIN-TRUPPEN STEHEN VOR DER HAUPTSTADT

PARIS 15. Januar

In einem Kommunique, das am 13. Januar in Maputo, der Hauptstadt Mozambiques, verbreitet wurde, bestätigt die revolutionäre Front für die Unabhängigkeit Ost-Timors (FRETILIN), daß ihre Trupper zwei Dörfer — Remixio und Tibar — eingenommen haben, die nur 12 bzw. 15 km von Dili, der Hauptstadt des nach dem portugiesischen Abzug von indonesischen Truppen offiziell angeschlossenen Gebiets entfernt liegen. Nach dem Bericht der Fretilin sind mehr als hundert indonesische Soldaten während der ersten Januarwoche außer Gefecht gesetzt worden. Als wort auf den Erfolg der Fretilin begeht die Besatzungsarmee verstärkt „Greueltaten" gegenüber der Bevölkerung.
(aus: Le Monde)

Erziehungsminister Hernando Duran Dussan jedoch verteidigt den Angriff auf die Universität. Er beschuldigt die Studenten, an Straßenunruhen teilzunehmen. Noch vor ein paar Wochen hat er solche Vorfälle außeruniversitären Unruhestiftern zugeschrieben und kritisierte das Verhalten der Militärs im Universitätsgelände als brutale und ungerechtfertigte Aktionen. Dieses Mal ist er jedoch anscheinend stärker von Armeekommandeur General Luis Carlos Camacho Leyva und vom Kommandeur des Militärinstituts, General Fernando Landzabal Reyes, beeinflußt worden. Dank des Ausnahmezustandes sind Vorkommnisse in der Universität als Angelegenheiten der öffentlichen Ordnung zu betrachten. So wird die NAtionaluniversität von Bogotá am 21. Oktober von Militäreinheiten besetzt, die Wohnheime — für meist mittellose Studenten — und das Restaurant geschlossen, Verhaftungen vorgenommen. Zwei Tage später wird die Schließung der Universität von Caldas in Manizales angeordnet. Seit einem Monat schon ist die Nationaluniversität in Cartagena geschlossen, die von Santander ebenfalls — alle vom Militär besetzt. Proteststreiks gegen diese Maßnahmen werden in den Universitäten von Antioquia, Cauca und Choco organisiert. Weitere Verhaftungen sind die Folgen.

Die Städte werden teilweise unter militärischen Besetzung gestellt, die Armeeeinheiten sind angehalten, allen Fällen von Sabotage, Terror, Entführung, Erpressung u.a. zu begegnen. Die Regierung scheint dem Militär immer mehr Macht einzuräumen in ihrem hilflosen Kampf gegen „subversive" Erscheinungen. So sind Polizeioffiziere ermächtigt, Bürger, die Ruhe und Ordnung stören, bis zu 180 Tagen in Haft zu nehmen. In Manizales wurden bereits 16 Studenten zu 90 Tagen Haft verurteilt, in Medellin über 70. Darüberhinaus wird in der bürgerlichen Presse eine unglaubliche Hetze gegen die staatlichen Universitäten veranstaltet. Die Politik der Regierung richtet sich klar gegen die Öffentlichen Erziehungsinstitutionen — es genügt festzustellen, daß das Defizit der staatlichen Universitätshaushalte am Ende des Jahres 600 Mio Pesos beträgt. Durch Selbstfinanzierungsprogramme, Anhebung der Semestergebühren, Unterstützung der privaten Erziehunsginstitutionen usw. wir die Elitisierung der Studentenschaft vorangetrieben.

Um die Universitätskrise nicht zu sehr zuzuspitzen, aber unter dauernder Androhung einer entgültigen Schließung, wird die Nationaluniversität am 15, November für Abschlußexamen geöffnet, an denen ein Teil der herausgeworfenen Wohnheim-Studenten wegen fehlender Unterkünfte nicht teilnehmen kann und so das Semester verlieren wird. Die Forderungen der Studenten lauten: Öffnung der Nationaluniversität für das nächste Semester, Zurückgabe der Wohnheime für mittellose Studenten und für Studenten aus den Provinzen, Rückzug der Militäreinheiten aus dem Universitätsgelände, Freiheit für die verhafteten Studenten, einen angemessenen Etat, der die akademischen und wissenschaftlichen Arbeiten der Universität garantiert.

KABINETTSKRISE

Inzwischen hat die durch die verschiedenen Bewegungen entstandene Kabinettskrise zur Umsetzung von sechs Ministerposten geführt.... Dieser Wechsel der Ministerposten bedeutet zwar nicht einen abrupten Einbruch in die Linie der Regierungspolitik. Er ist aber doch ein Zeichen für den ständigen Abrutsch der Regierung Lopez nach rechts nach der anfänglichen Demagogie, mit der er in Hinblick auf seine liberal „revolutionäre" Vergangenheit seine Wahl als Präsident betrieb. Die Zerschlagung jeden Protests seitens der Bevölkerung, die Ausrufung des Ausnahmezustandes und die Militarisierung des Landes kann nicht als augenblickliche Reaktion betrachtet werden, sondern ist als eine auf lange Sicht geplante Politik anzusehen, die das Ziel hat, sich einen reaktionären und wirkungsvollen Apparat aufzubauen, um nach der jetzt zu Ende gehenden Nationalfront (Frente Nacional) der traditionellen Parteien die Beherrschung des Volkes in der Zukunft abzusichern.

STREIK IM GESUNDHEITSWESEN

Ende Oktober, am 27. 10 schließlich, wird der seit dem 6. September anhaltende Streik der Mediziner und der anderen Angestellten des staatlichen Kolubianischen Instituts für Sozialversicherung (Instituto Columbiano de Seguros Sociales, ICSS) offiziell beendet, und man beginnt mit den Verhandlungen. Durch den Streik wurde die medizinische Versorgung der Bevölkerung eingeschränkt, und es konnte so wirksam auf die großen Vernachlässigungen und schlechte Organisation innerhalb dieser Institutionen hingewiesen und die Regierung unter Druck gestzt werden. Die Beschäftigten des ICSS traten in Streik aus Protest gegen das Statut für öffentliche Angestellte, das von der Verwaltungsreform aufgestellt wurde. Darin wird festgelegt, daß Beschäftigte an staatlichen Institutionen als öffentliche Angestellte gelten. Es werden keine für alle gleich geltenden Arbeitsverträge mit den gleichen Rechten ausgestellt, die Stellen können beliebig besetzt oder gekündigt werden. Es stehen so demokratische und gewerkschaftliche Rechte der im ICSS Beschäftigten, aber auch aller anderen Kolumbianischen Arbeitenden auf dem Spiel, will die Regierung die Verwaltungsreform durchsetzen. Trotz der Repression des Staates durch Verkündung des Ausnahmezustandes, der Drohung massiver Entlassungen und Entzug der Arbeitserlaubnis beschließt das Streik Komitee u.a.einen Totalstreik aller seiner Leistungen im Gesundheitswesen für Mitte Oktober. Die Solidarität mit den Streikenden vergrößert sich immer mehr. Es wird außer der Zurücknahme der Einstufung als öffentliche Angestellte gefordert: Wiedereinstellung der gekündigten Streikenden, arbeitsrechtliche Stabilität, bessere Arbeitsbedingungen, Anhebung des Gehalts u.a.Trotz des Versprechens des Präsidenten, daß es weder Sieger noch Besiegte geben würde, und nichts gegen die Gewerkschaften unternommen würde, haben sich die von der Regierung geschickten Repräsentanten in der Verhandlungskommission bisher geweigert, 94 Gekündigte — meist Gewerkschaftsführer — wieder einzustellen.

Für Mitte Dezember sind neue Verhandlungen ausgesetzt. Wie diese auch ausgehen werden, eines ist gewiß: Alle am Streik beteiligten haben an Erfahrung gewonnen, die Politisierung und kämpferische Haltung hat vor allem auch an der Basis zugenommen. Man hat die Notwendigkeit erkannt, die Grundlagen für die Organisierung einer vereinheitlichten Gewerkschaft des Gesundheitswesens zuschaffen, um effektiver der demagogischen und repressiven Politik der Regierung begegnen zu können.

(aus: CHILE-NACHRICHTEN 44, Dez. 76)

DER CIA, SEINE SCHWEINE UND SEINE PEST

KUBA
25. Januar

In USA wurden neue Enthüllungen über biologische Kriegsführung gegen Kuba veröffentlicht. Im Berliner Extra Dienst vom 21. Januar wurden die Recherchen der New Yorker Zeitung „Newsday" zusammengefaßt.

Als 1971 in Kuba – zum ersten und einzigen Mal auf dem westlichen Teil der Erde – das „afrikanische Schweinefieber" festgestellt wurde, war dies nach dem Urteil der FAO, der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen, das schlimmste Ereignis jenes Jahres. Diese von einem Virus verursachte Epidemie, die für Schweine fatal ist, Menschen jedoch nicht direkt angreift, erzwang die Abschlachtung und Vernichtung von 500 000 Schweinen, legte die kubanische Schweinefleischproduktion für Monate lahm und führte zu ernsthaften Versorgungsschwierigkeiten.

Für Kuba ebenso wie für die FAO blieb der Ausbruch dieser Schweinepest-Epidemie ein Rätsel; die Experten gaben sich schließlich mit der Vermutung zufrieden, daß die Seuche entweder durch den Müll der zivilen Luftfahrt oder durch von Seeleuten mitgebrachte Würste eingeschleppt worden sein müßte. Eine New Yorker Zeitung veröffentlichte nun in der letzten Woche Hinweise auf einen anderen Seucheerreger: die Epidemie sei nicht zufällig ausgebrochen, sondern sehr gezielt vom Geheimdienst CIA der USA ausgelöst worden.

„Newsday" zufolge sei der Virus, „zumindest mit Unterstützung von CIA-Beamten" durch Castro-feindliche Terroristen nach Kuba gebracht worden. In dem von zwei US-Journalisten recherchierten Artikel wird aus mehreren von einander unabhängigen Aussagen von offensichtlich direkt beteiligten Agenten der Transportweg eines versiegelten Behälters von der CIA-Trainingsbasis Fort Gulick in der Panamakanalzone, dem von den USA besetzt gehaltenen Territorium, bis auf die kubanische Insel rekonstruiert. Einige der beteiligten Agenten wollen erst Monate nach dem Bekanntwerden der Seuche erfahren haben, daß es sich bei dem Behälter um Schweinepest-Viren gehandelt habe. Im März 1971, als der Transport über fünf Zwischenstationen vonstatten ging, wußten die Beteiligten jedenfalls, daß der mysteriöse Container „aus Fort Gulick" war. Auch die Bezahlung ließ sie auf eine wichtige Operation schliessen – ein vom CIA ausgebildeter Terrorist, der schon vorher mehrmals für diesen Geheimdienst aktiv gewesen war, und der den Container auf einem Trawler vor der Panamaküste übernommen und nach Navassa, eine den USA gehörende, unbewohnte Insel zwischen Jamaica und Kuba, gebracht hatte, sagte aus, er habe zwar keine CIA-Leute auf dem Boot gesehen, fügte aber hinzu: „Wir sind für diese Sache sehr gut bezahlt worden, und die Exilkubaner-Gruppen haben soviel Geld nicht." Am 6. Mai 1971 wurden dann die ersten infizierten Schweine auf Kuba festgestellt.

Den beiden Journalisten von „Newsday" wollte der CIA-Presse-„Sprecher" keinen Kommentar abgeben. Freilich hat der CIA bei früherer Gelegenheit zugeben müssen, daß von dieser Geheimdienstorganisation „eine Zeit lang", wie es hieß, „Experimente" mit chemischen und biologischen „Operationsmitteln" veranstaltet worden seien.

Im US-Kongreß wird der Affäre einiges Gewicht beigemessen. Wenn sich nämlich herausstellte, daß die Seuche 1971 tatsächlich mit CIA-Hilfe gepflanzt worden ist, dann wäre dies eine anscheinend völlig eigenmächtige CIA-Tat, denn zwei Jahre zuvor hatte der damalige US-Präsident Nixon den Gebrauch von „offensiven chemischen und biologischen Kriegsmitteln" verboten; auch in den Listen der von den entsprechenden Kongreßausschüssen abgedeckten Geheimoperationen des CIA sei die Schweinepest-Aktion nicht enthalten.

Im Senats-Sonderausschuß über die Geheimdienste, der mit seinen Untersuchungen in der letzten Zeit ohnehin schon übelste Mord- und Terror-Praktiken des CIA ans Licht gebracht hatte, herrschen indessen keine Illusionen über die Vollständigkeit der Untersuchungen: als bisher völlig unaufgeklärt gelten gerade die Geheimdienst-Aktivitäten mit chemischen und biologischen Vernichtungsmitteln. Bekannt ist dort lediglich, daß es zwischen dem CIA und Dienststellen der US-Armee ein Übereinkommen zur Entwicklung biochemischer Mittel und Systeme ihrer Anwendung gegeben hat, und daß sämtliche schriftlichen Unterlagen über diese Aktivitäten inzwischen zerstört worden sind.

DIE GEWERKSCHAFTEN AUSTRALIENS BOYKOTTIEREN DIE URAN-PRODUKTION

LOS ANGELES
15. Januar

Der Abbau und der Export des australischen Urans wird von den staatlichen und nationalen Gewerkschaftsverbänden untersucht. Mr. Robert Hawke, der Präsident der 2 1/2 Millionen starken australischen Gewerkschaftskonferenz (ACTU), sagte, daß ein nationaler Boykott gegen den Uranexport solange andauern wird, bis die Gewerkschaften einen Bericht einer von der Regierung beauftragten 3-Mann-Kommission untersucht hätten. Die ACTU und die angeschlossenen Gewerkschaften haben in ihrer Geschichte schon öfter den Boykott als Druckmittel benutzt, um die Politik der Regierung zu beeinflussen. In der Vergangenheit wurden wegen der nuklearen Testversuche Frankreichs im Pazifik französische Waren boykottiert. US-Waren wurden als Protest gegen die US-Vietnam-Politik nicht nach Australien reingelassen.

Die 3-Mann-Kommission, die nach dem australischen Umweltschutzgesetz von 1974 von der Regierung beauftragt wurde, veröffentlichte Ende Oktober einen Bericht, in dem empfohlen wurde, den Uranabbau und Export zu genehmigen, aber es wurde darauf hingewiesen, daß der Verkauf nicht an solche Länder stattfinden solle, die den Atomwaffensperrvertrag nicht unterschrieben haben. Die Staatsbeauftragten sagten ferner, daß die Möglichkeit des „Nuklearterrorismus" bestehe, was bedeute, daß man die Uranproduktion unter konstanter Aufsicht und Kontrolle durchführen müsse.

Der Vorsitzende der Kommission, Mr. Justice Fox, versprach einen weiteren Bericht für das Jahr 1977, und empfahl daß keine Entscheidungen bis zu dem Zeitpunkt getroffenen werden sollten.

Die ACTU, als Vertreter fast aller australischen Gewerkschaften, in denen 75% der Arbeiter organisiert sind (im Vergleich zu den USA sehr viel; dort repräsentiert die AFL/CIO nur 20%), hat angekündigt, daß sie eine weitere Ausdehnung im Uranabbau nicht zulassen würden, bis sie in ihrer Analyse Anhaltspunkte gefunden hätten, ihre jetzige Politik aufgeben zu müssen.Der Arbeitgeberverband hat die Gewerkschaftshaltung kritisiert und will den weiteren Uranabbau und Verkauf so schnell wie möglich vorantreiben.

Premierminister Fraser und seine Regierung haben ihren Standpunkt zu dem Konflikt noch nicht bekannt gegeben im Abgeordnetenhaus wird demnächst darüber diskutiert. Die ACTU ist mit der australischen Laborparty eng verbunden und man kann annehmen, daß die Partei der Politik der ACTU folgen wird und somit der Regierungspartei, die weiter Uran fördern will, entgegentritt.

aus „Transnational Features Service" P.O.Box 19148 A. Los Angeles, LA 90019

SOLIDARITÄTSAUFRUF FÜR CHILENISCHE MIR-GENOSSEN

PFOR ZHEIM
26. Januar

Raul Campos ist seit Juni 76 Gefangener der faschistischen Militär-Diktatur Pinochets in den chilenischen KZ's der DINA (nationaler Sicherheitsdienst). Bis heute ist er noch nicht als offizieller Gefangener anerkannt, was bedeutet, daß er unkontrolliert gefoltert oder sogar ermordet werden kann. Raul Campos ist Mitglied der MIR–Bewegung der revolutionären Linken. Zusammen mit 29 anderen Personen versuchte er Mitte Juni 76 in der Bulgarischen Botschaft Schutz zu finden. Er wurde aber von einem österreichischen Botschatfsfunktionär (bulgarische Botschaft befindet sich unter der Schirmherrschaft Österreichs) abgewiesen, der außerdem die Wachen und die Polizei alarmierte. Daraufhin wurde die ganze Gruppe verhaftet. Zum gleichen Zeitpunkt fand in Santiago die OAS-Konferenz (Organisation of amer ican States, Organisation zur Sicherung der rechtlichen und territorialen Unverletzlichkeit des amerikanischen Kontinents) statt. Eines ihrer Mitglieder setzte sich für die Freilassung der Gruppe ein.

Sie wurden von Mitgliedern der DINA freigelassen (dies stellte in diesem Fall nachträglich die Anerkennung als Gefangener dar). Das war am 16. Juni 76. Über einen Freund wurde bekannt, daß Raul Campos noch am gleichen Tag wieder verhaftet wurde, was von den chilenischen Behörden bis heute nicht zugegenen wird.

Die Chile-Arbeitsgruppe Pforzheim ruft in ihrer Broschüre Nr. 2 vom Dez, 76 dazu auf, sich in Briefen und Karten an die chilenische Botschaft, 53 Bonn-Bad Godesberg, Kronprinzenstr. oder an den Präsidenten des Höchsten Gerichts in Chile (Al Presidente de la Corte Suprema de Chile – Senor José Maria Eyzaguirre – Corte de Justica – Santiago/ Chile) einzusetzen für:

1. die Bearbeitung des Habeas-Corpus-Antrages betr. Raul Cornejo Campos
2. Für die Freilassung und Ausreisegenehmigung für Raul Campos.

(Ein Habeas-Corpus-Antrag bedeutet, daß kein Gefangener ohne gerichtliche Untersuchung in Haft gehalten wird und das Recht auf körperliche Unversehrtheit gewahrt werden muß.)

Kontaktadresse: Chile-Arbeitsgruppe, c/o Götz Wörner, Haselweg 20, 7530 Pforzheim

ABLEHNUNG AUF ÖSTERREICHISCH

FRANKFURT
24. Januar

Seit Mitte Dezember sitzt Waltraud Boock in Wien wegen Bankraub in Untersuchungshaft. Eine Frankfurter Genossin stellte beim Landgericht für Strafsachen in Wien einen Antrag auf Besuchserlaubnis und bekam postwendend folgende charmant östereichische Ablehnung:

„In der Strafsache gegen Waltraud Boock ergeht in Beantwortung Ihres Besuchsantrages vom 10.1.1977 folgende Mitteilung: Untersuchungsgefangene dürfen nach der für die Anstalt des Landgerichts für Strafsachen Wien geltenden Regelung wöchentlich je einen Besuch in der Dauer von einer Viertelstunde empfangen.

In begründeten Ausnahmefällen kann diese Besuchszeit auf die Dauer von einer halben Stunde ausgedehnt werden. Sollte der Untersuchungsgefangene bereits besucht worden sein, ist ein weiterer Besuch nicht zulässig. Da es die Regel darstellt, daß Familienangehörige ihr Besuchsrecht unangemeldet ausüben, kann niemandem eine Gewähr dafür gegeben werden, daß er an einem bestimmten Tag oder in einer bestimmten Woche auch tatsächlich zu einem Besuch zugelassen wird.

Jedem Besuch eines Untersuchungsgefangenen hat ständig eine Gerichtsperson beizuwohnen. Der Austausch von Gegenständen und schriftlichen Aufzeichnungen ist hierbei ebenso untersagt, wie das leise Sprechen und das Verwenden einer Sprache, die der beiwohnenden Gerichtsperson nicht geläufig ist. Es ist ferner nicht statthaft, beim Besuch über Dinge zu reden, die mit dem Strafverfahren oder dem Grund der Anhaltung in Verbindung zu bringen sind.

Schließlich sind nach den bestehenden Vorschriften (187 Abs. 1 StPO) überhaupt nur solche Besucher zuzulassen, von denen keine Beeinträchtigung des Zwecks der Untersuchungshaft zu befürchten ist.

Sollten Sie aufgrund der gegebenen Rechtslage nicht von sich aus Anlaß finden, von dem beabsichtigten Besuch Abstand zu nehmen, muß Ihr Ansuchen abschlägig beantwortet werden, weil dann Ihre Absicht – eine derart weite Zufahrt auf sich zu nehmen, um bestenfalls eine halbe Stunde mit Frau Boock in Gegenwart einer Gerichtsperson über belanglose Dinge zu sprechen – höchst bedenklich erscheint und sich schon allein aus diesem Vorhaben ableiten läßt, daß die Motivation Ihres Antrages mit den Zwecken der Untersuchungshaft nicht zu vereinbaren ist.

Landgericht für Strafsachen Wien, 1082 Wien, Landesgerichtsstraße 11, Abt. 24a, am 17.1.1977."

(Nr. 162)

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

!?!

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !?!

Nummer des Abonnements	bezahlt bis ID–Nummer (Stand: 18.1.)	Exemplare

Die Abo-Bedingungen des ID:

1. Wir liefern den ID nur gegenVorauskasse auf unser Postscheckkonto, 6000 Frankfurt 90, Nr. 525228-602
2. Überweist bitte mindestens 18.-
3. Ein Exemplar des ID kostet 1.50 DM. Für 18 Mark gibts also 12 Hefte, für 36.- gibts 24 Hefte uswusf.
4. Auf dem Empfängerabschnitt der Überweisung sollte, gut lesbar, die Adresse des zukünftigen Abonennten zu finden sein.
5. Sobald die erste Zahlung eingetroffen und verbucht ist, erhält der neue Abonennt eine Nummer.Sie befindet sich auf der Adressetikette links oben. Der neue und der alte Abonennt mögen diese Nummer bitte bei weiteren Überweisungen angeben.
6. Acht Wochen, bevor das Abo zu Ende geht, tauchen auf der Adressetikette diese Zeichen auf: !?!. Sie sollen an den Gang zu Bank oder Post erinnern. Ein Beispiel: Das Abo ist bis zur Nummer 200 bezahlt. Ab der Nummer 196 gibts ein !?!. Die letzte Lieferung kommt dann in Gestalt der Nummer 204. Dann gibts erst nach der Zahlung wieder was.

Also: Wer regelmäßig bezahlt, der bekommt regelmäßig den ID und kann ihn regelmäßig lesen.

AUFRUF DER FRAUENGRUPPEN ZUR VORBEREITUNG DES RUSSEL – TRIBUNALS GEGEN DIE REPRESSION

WESTBERLIN 27. Januar Im Sommer 1977 wird ein Bertrand-Russel-Tribunal über die Repression in der Bundesrepublik stattfinden. Bisher sind zwei solche Tribunale gehalten worden, eines über Vietnam, eines über die politische Unterdrückung in Lateinamerika. Das Tribunal über und in der Bundesrepublik wird die neue autoritäre Ausrichtung von Staat und Gesellschaft zum Gegenstand haben.

Wir halten es für wichtig , daß auf diesem Tribunal auch die für die letzten Jahre charakteristischen Maßnahmen der Unterdrückung und Mittel der Diskriminierung von Frauen in der Bundesrepublik behandelt werden. Zu folgenden Themen sind sicher schon von Frauengruppen Materialien gesammelt worden, die dem Russel-Tribunal als konkrete Fälle der Repression gegen einzelne Frauen oder Gruppen von Frauen vorgelegt werden können:

1. Praktiken und Verordnungen, die den revidierten § 218 lokal und regional unterlaufen, Berufsverbote für Frauen, die legal abgetrieben haben
2. Polizeiübergriffe auf oder Bespitzelungen von Frauenzentren und Frauenhäusern
3. Haftbedingungen von weiblichen politischen Gefangenen, Haftbedingungen von Lesbierinnen
4. Rücknahme von Berufsförderungschancen für Frauen, die auf fakti sche Berufsverbote hinauslaufen
5. Verengung der Möglichkeiten der Berufstätigkeit von Frauen durch Schikanen von Arbeitsämtern und Behörden bei der Arbeitsvermittlung, Entlassungen alleinstehender Frauen und Mütter
6. Verschärfung der familialen Gewalt gegen Frauen durch Männer, deren Ursachen in Arbeitslosigkeit oder wachsenden Leistungszwängen am Arbeitsplatz sich aufzeigen lassen
7. Zensur und Unterdrückung von Beiträgen zur Frauenbefreiung in den Massenmedien Presse, Rundfunk und Fernsehen
8. Diskriminierung von Frauenzentren, Frauenhäusern und anderen Frauenaktionen in den Massenmedien.

Frauen und Frauengruppen, die Erfahrungen mit diesen oder anderen Bereichen haben und Materialien vorbereiten wollen, wendet Euch bitte an folgende Adressen:

Berliner Frauenzeitung, COURAGE, Bleibtreustr. 48, 1 Berlin 12

Frauenzentrum Bockenheim, Landgrafenstr. 13, 6 Frankfurt 90.

Am 5. und 6. März wird eine Arbeitskonferenz aller gegen die Repression aktiven Gruppen stattfinden. Wenn ihr hinkommen wollt, informiert bitte nicht nur uns, sondern auch den ID.